

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 13. Mai 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis per Nummer 10 Pf.
Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Eingetragene Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit Wochenschrift 10 Pf. Post-
abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Belegungs-
preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
eine oder deren Raum 50 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Berichterstattungs-Anzeigen 80 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das erste (selb-
gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
Wort 10 Pf. Stellengesuche und Schlaf-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Die Angestellten gegen die Scharfmacher des Deutschen Handelstages.

Am 13. April fand in Berlin eine Vollversammlung des Deutschen Handelstages statt. Natürlich nahm auch diese Interessengruppe zu den heute schwebenden Fragen der Sozialpolitik Stellung. Der Generalsekretär Dr. Soetbeer hielt ein Referat, in dem er es für notwendig erachtete, „einmal offen auszusprechen, daß mit dem Worte vom Schutze des wirtschaftlich Schwachen sehr viel Unfug getrieben werde. Nicht der Arbeiter, sondern der Arbeitgeber sei der wirtschaftlich schwächere Teil, denn er habe ganz andere Dinge zu verlieren als der Arbeiter...“ Auf diesem Niveau standen auch die übrigen Ausführungen des Redners und der Wortlaut der Resolution, die schließlich angenommen wurde. Mit Zug und Recht konnte als Präsident des Handelstages der Reichstagsabg. Raempf nach der Rede Soetbeers konstatieren: Er hat uns allen aus der Seele und aus dem Herzen gesprochen und in vorzüglicher Weise das zum Ausdruck gebracht, was wir alle gedacht haben.

Am Montag nahmen die Vereinigten Privatangestelltenverbände von Groß-Berlin, soweit sie nicht der Generalkommission angeschlossen sind, zu diesem Beschluß des Handelstages Stellung. Die Versammlung, die im Friedrichshain stattfand, gab den erfreulichen Beweis dafür, daß nun auch die bürgerlichen Angestellten, besonders die Techniker, an den sozialen Fragen teilnehmen lernen. Das Referat hielt Redakteur Schubert vom Deutschen Technikerverband im Sinne nachfolgender Resolution, die einstimmig angenommen wurde:

Die auf den 9. Mai von den Vereinigten Privatangestelltenverbänden einberufene öffentliche Versammlung stellt durch die Stellungnahme des Deutschen Handelstages gegen die Sozialpolitik in Deutschland den Beweis dafür erbracht, daß die Vertretungen der Arbeitgeber es immer wieder versuchen, den durch die Verhältnisse gegebenen Gegensatz zwischen Angestellten und Arbeitgebern zu verschärfen, und den Grund, daß die Sozialpolitik eine Politik der Verschönerung sein soll, zu mißachten. Die Versammlung konstatiert, daß der Deutsche Handelstag sich damit die Scharfmacherei des Zentralverbandes deutscher Industrieller zu eigen gemacht hat.

Demgegenüber betonen die Angestellten einmütig ihre Forderungen an die Sozialpolitik des Reiches und zwar einheitliches Angestelltenrecht, Sicherstellung des Koalitionsrechtes, gesetzliche Vertretungen der Angestellten, Beseitigung der Konkurrenzklause, Einschränkung der Angestellten, Regelung der Arbeitszeit, insbesondere reichsgesetzliche Einführung des Achtstundentages und völlige Sonntagsruhe, Fortbildungszwang für alle jugendlichen Angestellten beiderlei Geschlechts, Maßregeln gegen den Mißbrauch sogenannter Wohlfahrtseinrichtungen, Fortzahlung des vollen Gehaltes in Krankheitsfällen bis zu sechs Wochen, bei militärischen Leistungen bis zu 9 Wochen, Gewährung regelmäßigen Urlaubs unter Fortzahlung des Gehaltes, Ausbau der Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte.

Die Verrücktheit dieser Forderungen tritt um so dringender zutage, als die Zunahme der Großunternehmungen in immer weiterem Umfang geistige und wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse schafft und damit die Lage der Angestellten ständig verschlechtert.

Deshalb verlangen die Versammelten von Regierung und gesetzgebenden Körperschaften, daß sie, entgegen den Beschlüssen des Handelstages und anderen Vorstößen der Scharfmacherischen Richtung im Arbeitgeberum die Sozialpolitik weiter fortzuführen und damit den berechtigten Forderungen der Angestellten entgegenkommen.

Auch von den Vertretern der übrigen Verbände wurden zum Teil recht radikale Reden gehalten. Bieht man aber das Fazit der Versammlung, so ergibt sich, daß die Ausführungen aller Redner auf einen gewissen wohlwärtigen Ton abgestimmt waren. Den bürgerlichen Angestellten fehlt eben der Blick für die gleichmäßigen Zusammenhänge der kapitalistischen Entwicklung, sie beurteilen die Situation zumeist nur unter dem Gesichtswinkel ihrer „Standespolitik“, sie wehklagen darüber, daß die bösen Unternehmer so reaktionär geworden sind. Als ob auf die Beschlüsse des Handelstages durch Protestresolutionen eingewirkt werden könnte! Die Stellungnahme dieser Unternehmerorganisation bedeutet eben nur eine kurze Episode in der Reihe der Auseinandersetzungen, die zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern ausgefochten werden müssen. Es sind Klassengegensätze, die sich aus der inneren Notwendigkeit der kapitalistischen Entwicklung von selbst ergeben. Für die Angestellten ist die gegenwärtige Situation nur deshalb bedeutungsvoll, weil auch sie in diese Auseinandersetzungen mehr und mehr hineingezogen werden.

Der Kapitalismus hat in seinem Anfangsstadium zuerst nur den Kleinbürger in seiner Existenz bedroht. Die großen Fabriken und Warenhäuser haben die kleinen Betriebe im Handel und Gewerbe zerschlagen. Das Recht des wirtschaftlich Starken hat sich auch hier durchgesetzt. Ueber den Niedergang des Kleinbürgertums sucht sich die bürgerliche Sozialpolitik durch das Märchen vom „neuen Mittelstand“ zu trösten. Der Patronchef eines Warenhauses oder der Chefingenieur einer Fabrik wird verglichen mit einem Kleinkaufmann oder einem Handwerksmeister, und dann wird doziert, daß für diesen „alten Mittelstand“ ein „neuer Mittelstand“ entstanden sei,

dessen soziale und wirtschaftliche Position besser sei als die des Kleinbürgers.

Die Nichtigkeit dieser Auffassung ist von der Entwicklung selbst widerlegt worden. Immer klarer haben sich die Tendenzen durchgesetzt, die nun auch den Angestellten in die gleiche Unabhängigkeit einschreiten, wie den Arbeiter.

Im Auftrage des Kapitalisten hatte bisher der Angestellte den Arbeiter „organisiert“. Die Maschinenwirtschaft war sorgfältig auszubilden, an jeden Arbeitsplatz war der richtige Mann zu stellen. Die billigsten Arbeitskräfte wurden herangezogen, um aus ihnen den höchsten Nugeffekt herauszuwirtschaften. Abgesehen von den rein technisch-konstruktiven und den rein kaufmännisch-verwaltenden Funktionen trat der Angestellte überall dort, wo er als Werkmeister, Betriebsingenieur dem Arbeitsaal vorstand, dem Arbeiter selbst als Antreiber und Ausbeuter gegenüber. Mit dem Wachsen der Betriebe aber wurde das Geheiß der kapitalistischen Ausbeutung auch auf den Angestellten selbst angewendet. Der Riesenbetrieb fordert einen großen Beamtenapparat, eine Arbeitsteilung wird durchgeführt. Das Bestreben einer jeden modernen Betriebsleitung geht stets darauf hinaus, sich möglichst unabhängig von der Zuverlässigkeit einzelner Angestellten zu machen. Die Bureauarbeit wird mechanisiert. Die wirklich leitenden Funktionen werden nur einer kleinen Gruppe von Oberbeamten übertragen, die durch verhältnismäßig hohe Gehälter und Lohntien an den Betrieb gefesselt werden. Der Kapitalist schafft sich eine kleine Gruppe von Vertrauensleuten, während die große und übergroße Masse der übrigen Arbeitnehmer durch eine kunstvolle Anordnung dem Produktionsprozeß als untergeordnete Teile eingefügt werden. Jeder einzelne erhält nur eine sehr beschränkte Teiloperation zugewiesen, wird als Arbeitskraft ausbeutebar und entbehrlich, ein unscheinbares Rädchen im Getriebe des ganzen Werkes.

Die Unternehmer suchen sich ein möglichst hohes Angebot von Arbeitskräften zu sichern. Eine fabelhaft raffinierte Schulpolitik wird getrieben. In allen Zweigen der Großindustrie sucht der Kapitalist sich auch eine industrielle Reservearmee der Angestellten heranzuzüchten. Im Jahrbuch für die soziale Bewegung der Industriebeamten hat kürzlich der Ingenieur Dosmar sehr interessante Zahlenzusammenstellungen darüber gebracht, in welchem Umfang die offiziöse Schulpolitik für die Gründung technischer Unterrichtsanstalten und für den „Bedarf“ technischer Arbeitskräfte sorgt. Die Steiger in Rheinland-Westfalen haben erst kürzlich die Daten veröffentlicht, nach denen die Grubenmagnaten durch Gründung neuer Bergschulen sich ein möglichst hohes Angebot von Steigern schaffen wollen, und den Kapitänen und Offizieren der Handelsmarine, die jetzt vor den Rednern mehr und mehr zu Kreuze kriechen, sind ebenfalls neue Schulschiffe zur Heranbildung des genügenden Nachwuchses beschert worden. Je größer das Angebot an Arbeitskräften, desto erfolgreicher kann auch hier der Unternehmer den Arbeitsvertrag einseitig festlegen. Und alle Zeichen sprechen dafür, daß in der nächsten Zukunft die Arbeitsgelegenheiten für den Angestellten immer mehr verschlechtert werden.

So werden denn auch die Angestellten in ihrem Organisationsleben vorwärts getrieben. Die Not der Zeit zwingt selbst die paritätischen Verbände dazu, gewerkschaftliche Formen anzunehmen. Wo diese Wandlung sich nicht durchsetzt, da entstehen den alten Organisationen Konkurrenzverbände, die sich als recht unbequeme Nebenbuhler erweisen. Das hat der Deutsche Technikerverband spüren müssen, der endgültig seine führende Stellung an den Bund der technisch-industriellen Beamten abgeben mußte, mag er auch heute zahlenmäßig noch in der Uebermacht sein. Das mag auch für die Harmonieverbände der Handlungsgehilfen ein böses Omen bedeuten, da durch Harmonieedukation die Interessen der Angestellten, ausgerechnet den heutigen Unternehmern gegenüber, nicht vertreten werden können.

Darin liegt überhaupt das Kennzeichen der jetzigen Situation. Die Entwicklung selbst treibt auch den geistigen Arbeiter in einen gewerkschaftlichen und politischen Klassenkampf, aus dem es kein Zurück mehr gibt. Dadurch wird hintwiederum der Widerstand im Unternehmerlager herbeigerufen. Unsere Scharfmacher gedenken nun, die aufstrebende Angestelltenbewegung ebenso zu knebeln, wie sie die Arbeiterbewegung niederzuhalten versuchen. Deshalb wird es nicht genügen, wenn Protestresolutionen losgelassen werden, sondern die Angestellten müssen zu aktiven Gegenmaßnahmen greifen. Sie müssen politisch, mit dem Stimmzettel in der Hand, den Reaktionen die Antwort geben, und gewerkschaftlich eine Kampfaktive entfalten. Es bleibt abzuwarten, ob der „neue Mittelstand“ dazu die nötige Entschlossenheit findet.

Die russische Regierung gegen den „Vorwärts“

Die überhandnehmenden Scheuglichkeiten und Besialitäten in den russischen Gefängnissen, die von der ausländischen und zum Teil auch von der inländischen Presse aufgedeckt werden, haben der russischen Regierung endlich die Junge gelöst. In einem etwa 1500 Zeilen langen Communiqué in der offiziellen „Rossija“, betitelt „Die angeblichen Bedrückungen der Gefangenen in den russischen Gefängnissen“, ver-

sucht die Regierung sich vor der öffentlichen Meinung Europas zu rechtfertigen, indem sie die zahlreichen Greuel und Mißstände in den Kerkeren glatt ableugnet und sich selbst als Opfer der Verleumdung seitens ihrer politischen Gegner hinstellt.

Vor allem ist es die ausländische sozialdemokratische Presse, gegen die der russische Offiziosus die Anschuldigung der böswilligen Verleumdung erhebt. Am häufigsten kommt er hierbei auf den „Vorwärts“ und einen Artikel des Genossen Kautsky in der Pariser „Humanité“ zu sprechen, der in zahlreichen Zeitungen nachgedruckt wurde. Alle diese Artikel, wie die angeblichen „Insinuationen“ des Fürsten B. Kraptkinn, auf dessen Tatsachenmaterial die Regierung indessen nicht eingeht, werden in dem Communiqué als „böswillige Erfindung“ bezeichnet. Die russische Regierung will sich aber nicht mit einem allgemeinen Dementi der in letzter Zeit veröffentlichten „falschen oder ungenauen“ Mitteilungen begnügen, sie will auch „positive Daten“ mitteilen, um wenigstens die Tatsachen im „richtigen Lichte“ erscheinen zu lassen.

Selten hat eine Regierung es gewagt, in einer Mitteilung, die Anspruch auf ernsthafte Beachtung im Ausland erhebt, die öffentliche Meinung der Kulturwelt so irre zu führen, wie mit diesem Communiqué. Der ganze Bericht ist nichts weiter als eine Anhäufung lügenerischer Behauptungen, Fälschungen und Tatsachenverdrehungen, die dadurch nicht besser wird, daß die russische Regierung sich hinter dem Rücken der Volksvertreter — wohlgerneht der Mehrheitspartei der dritten Duma — zu verstecken sucht. Die einzige Entschuldigung wäre vielleicht die, daß die Petersburger Regierung außerstande ist, etwas anderes als Insanien und Fälschungen in die Welt zu setzen. Diesmal aber hat sie sich selbst übertroffen, und ihr Bericht wird zu einem ewigen Denkmal der Verworfenheit und des Jynismus der Regierung Nikolaus II.

Nach den Worten der Bericht „kann man mit Bestimmtheit behaupten, daß die Gefangenen in den russischen Gefängnissen nicht nur keine Not leiden, sondern vom Standpunkt der Bequemlichkeit ihrer Lage, der Nahrung, der Bekleidung usw., in nicht schlechteren Verhältnissen leben als der gewöhnliche Bauer oder selbst der einfache städtische Einwohner, der sich in Freiheit befindet“. Von einer „übermäßigen Ueberfüllung“ der Gefängnisse zu sprechen, ist Uebertreibung. Es läßt sich bloß eine „gewisse Ueberfüllung“ der Gefängnisse konstatieren. Obgleich die Zahl der Gefangenen die maximale Aufnahmefähigkeit der Gefängnisse selbst nach den Angaben des Berichtes um 50 Proz. übersteigt (180 000 Gefangene auf 120 000 „Plätze“), blieb keiner der Gefangenen ohne genügenden Raum!“ Die Daten über die sanitären Zustände in den Kerkeren enthalten „nichts Bedrohliches oder gar Sensationelles und haben auf jeden Fall nichts gemein mit den Uebertreibungen, die von der Broschüre B. Kraptkinn und der „Humanité“ in Umlauf gesetzt worden sind“. Allerdings beläuft sich die Zahl der (amtlich anerkannten) Krankheitsfälle nach dem Bericht der Hauptgefängnisverwaltung für 1908 auf etwa 8 Proz., die Sterblichkeitsziffer auf 3 Proz. aller Gefangenen, aber — in Anbetracht der hohen Sterblichkeitsziffer im ganzen Reich können diese Zahlen „keineswegs als hoch angesehen werden“. Dasselbe gilt auch von den zahlreichen Selbstmorden der Gefangenen. Amtlich registriert wurden im Jahre 1907 118, im Jahre 1908 103 Selbstmorde (nach den Angaben Kraptkinn wurden in der Presse vom 1. Januar 1907 bis 1. November 1908 130 Selbstmorde in den Gefängnissen registriert, die amtlichen Angaben übersteigen also die „lügenerischen“ Angaben Kraptkinn um ein beträchtliches), aber auch das stellt nichts „Bedrohliches“ dar, da der „Selbstmord eine ständige Begleiterscheinung der Gefängnishaft“ ist und zudem „die Mehrzahl der Gefängnisinsassen das Gleichgewicht verloren haben und ein gerütteltes Kernensystem besitzen“. Was endlich die „Insinuationen“ über die Mißhandlung und Folterung der Gefangenen betrifft, so gehören selbst „leichte Schläge“ oder „grobe Behandlung“ der Gefangenen durch die Administration zu den „Seltenerheiten“. Zudem genießen „die Gefangenen das unumschränkte Recht, sich an sämtliche Behörden mit Klagen zu wenden“, und die Hauptgefängnisverwaltung „läßt nicht nur keine Klage der Betroffenen, sondern auch kein Verdict, das durch die Presse oder auf anderem Wege zu ihrer Kenntnis gelangt, außer acht“. Mit einem Wort — die Lage der Gefangenen in den russischen Gefängnissen ist so ausgezeichnet, daß man sich wundern muß, weshalb es die Arme der Arbeitslosen in den Städten und die hungernden Bauern in den Dörfern nicht vorgehen, in den Gefängnisparadiesen des Herrn Stolypin Erholung zu suchen.

Die Antwort auf diese Frage findet man in den amtlichen Berichten des Justizministeriums, der Hauptgefängnisverwaltung, verschiedener örtlicher und kommunaler Behörden und den Mitteilungen, die selbst von den Rednern der Regierungsparteien in der Duma gemacht werden. So erklärte der Redner der Oktoberpartei, Beamter des Justizministeriums Antonoff, bei der Debatte über den Etat der Gefängnisressorts am 14. März d. J. in der Duma:

„Unsere Gefängnisse und unser Gefängnisregime entsprechen den zubiiterten Strafen nicht... Dank der außerordentlichen Ansammlung der Gefangenen in den Kerkeren, ist der sanitäre Zustand der letzteren ein vollkommen unmöglicher. In der letzten Zeit haben wir, daß sich in den Gefängnissen der Typhus entwidelt. Ich will die Zahlen aus den Berichten nicht anführen, aber dieser Typhus griff hiernach aus den Gefängnissen auf die städtische Bevölkerung über. Dann sind die Gefängnisse eine Wursstätte der Tuberkulose.“

Dasselbe bestätigt der Bericht des Justizministeriums, der dem Etat für 1910 beigefügt ist. Nach diesem Bericht wüßte

1909 in 65 Gefängnissen die Typhusepidemie. Nach amtlichen Angaben wurden im März 1909 etwa 3000, Ende Mai etwa 2000 Typhusfranke gezählt. Die amtlichen Ziffern für Kiew vom Jahre 1908 besagen: 9150 Fälle von Typhus, davon 2188 im Gefängnis. Was Wunder, wenn allein in dem Lufjanoffgefängnis in Kiew in den letzten Jahren etwa 2000 Gefangene starben. („Pravo“, zitiert vom Dumaabgeordneten Gerasimoff in der Dumasitzung vom 14. März 1910). Die Ueberfüllung in den Gefängnissen wird in dem Bericht der Dumakommission wie folgt charakterisiert: Die Reichs-Zitadelle in Tiflis ist überfüllt; sie ist auf 496 Personen berechnet, während dort etwa 800 interniert sind. Das ist aber eine Erscheinung, die in allen Gefängnissen fast allgemein ist.

Wir können noch unzählige Beispiele aus den amtlichen Denkschriften, den Duma-Berichten und den Mitteilungen der russischen Tagespresse anführen — überall werden die Gefängnis-zustände ebenso geschildert, wie in der „Lügnerischen“, „verleumdenden“, „irreführenden“ sozialdemokratischen Presse des Auslandes. Um noch einige Beispiele aus der letzten Zeit hinzuzufügen, sei auf folgende, bisher nicht dementierte Mitteilungen der russischen Tagespresse hingewiesen: Die Peterburger Zeitung „Recht“ bringt unter dem 14./27. April folgendes Telegramm aus Jekaterinoslaw:

Die städtische Sanitätsinspektion hat eine entsetzliche Entdeckung gemacht: Es erweist sich, daß infolge der anti-hygienischen Bedingungen in dem Gouvernementsgefängnis die Tuberkulose wüthet, wobei im Gefängnis mehr Leute daran zugrunde gehen als in der ganzen Stadt. In Anbetracht der der städtischen Bevölkerung drohenden Gefahr wird die Frage in der Stadtverordnetenversammlung erörtert werden.

Dieselbe Zeitung brachte bereits am 2. April die Mitteilung aus Orel, wonach in dem dortigen Katorga-Gefängnis im Jahre 1909 77 Gefangene starben: 2 infolge Selbstmord, 75 an der Lungenschwindsucht. Es handelt sich um dasselbe Gefängnis, in welchem die Greuel ihren Höhepunkt erreicht haben. Die Administration empfangt die Gefangenen in der Wabestube und unterwirft sie empfindlich den ärgsten Exekutionen. Einen Hinweis auf die spezielle Aufgabe dieses Gefängnisses liefert unwillkürlich der Regierungsbericht in der „Rossija“: „Die Sterblichkeit in diesem Gefängnis erreichte im Jahre 1909 bloß (1) 5,8 Proz. und das ausschließlich darum, weil hier im Laufe des genannten Jahres eine bedeutende Anzahl von Gefangenen, die an Lungentuberkulose erkrankt waren, aus den nördlichen Gefängnissen zur Internierung eingeliefert waren.“ Die unmenschliche Behandlung in diesem Gefängnis, über die wir ausführliche Berichte in Händen haben, verfolgte also offenbar den Zweck, die lungentranken Gefangenen aus den nördlichen Gouvernements auf die schnellste und billigste Weise los zu werden!

Ein charakteristisches Merkmal des Rechtfertigungsversuches der russischen Regierung ist es, daß sie den Ursprung aller in der ausländischen Presse zirkulierenden Enthüllungen über die russischen Gefängnisgräuere in den Interpellationen der sozialdemokratischen Dumafraktion sieht. Ohne auch nur den Versuch zu machen, das in diesen Interpellationen enthaltene Tatsachenmaterial zu widerlegen, verweist sie sich in einem plötzlichen Anfall von „Konstitutionalismus“ hinter den „Volksvertretern“, die diese Interpellationen angeblich infolge ihrer „mangelhaften Begründung“ in der Kommission ablehnten. Daß man von den Vertretern der Mehrheitspartei der Duma, die das Senatsregime in Russland unterstützen, keine Objektivität erwarten kann, versteht sich von selbst, das Interessanteste aber ist, daß der Regierungsbericht auch hier die Tatsachen auf das Schämlichste fälscht. In dem Bericht wird erzählt, die sozialdemokratische Fraktion habe in den letzten zwei Jahren drei Gefängnisinterpellationen in der Duma eingebracht: über die Ketschik im Gefängnis zu Jekaterinoslaw, über die Hinrichtungsgreuel in Sebastopol, über die allgemeinen Zustände in den Gefängnissen, von denen die zweite von der Fraktion zurückgezogen und die zwei anderen von der Kommission abgelehnt wurden. Hierbei wird aber wissentlich verschwiegen, daß die sozialdemokratische Fraktion in derselben Zeit noch zwei Interpellationen einbrachte: über die Ermordung eines achtjährigen Kindes durch die Gefängniswache in Jaroslaw und die Erschießung einiger politischer Gefangener durch die Schildwache im Nigaer Zentralgefängnis. Die erste Interpellation wurde selbst von der regierungsfreundlichen Dumakommission angenommen, und anlässlich der zweiten beschloß sie eine „Anfrage“ an die Regierung zu richten. Angesichts dieser dreifachen Fälschungen verlohnt es sich eigentlich kaum, auf die polemischen Ausfälle des Regierungsberichtes gegen den „Vorwärts“ einzugehen. Die russische Regierung regt sich über unsere Mitteilungen über die Gefängnisgräuere im Lufjanoffgefängnis zu Kiew auf. Vielleicht erkundigt sie sich aber bei dem bulgarischen diplomatischen Agenten in Petersburg, dem der Dumaabgeordnete Genosse Gerasimoff das Telegramm des bulgarischen Unterstaatssekretärs Semiradoff übermittelte, wie der Hungerstreik im Lufjanoffgefängnis verlief. Ferner nimmt die Regierung Anstoß an unserer Mitteilung vom 9. Januar d. J., daß in dem Zentralgefängnis in Alexandrowka „Kassenerkrankungen an Lungenschwindsucht“ stattfanden und erklärt triumphierend, daß in diesem Gefängnis zur genannten Zeit bloß 8 Personen „registriert“ waren, die an „Entzündung der Atmungsorgane“ litten. Und endlich widerlegt sie unsere Angaben über die Greuel in der Schlüsselburger Festung (Nr. 201 vom 14. Dezember 1909), die in den Unruhen im Frühling 1909 ihren Höhepunkt erreichten, durch den Hinweis auf die amtlichen Daten, daß dort zum 1. Januar 1910 bloß 4 kranke Gefangene registriert waren. Daß die Gefangenenabteilung, über deren Leiden wir in dem genannten Artikel Mitteilung machten, schon Anfang Mai nach anderen Katorga-Gefängnissen übergeführt wurde, wird von der russischen Regierung mit gewohnter Virtuosität unterschlagen.

Roosevelt.

Getreu seiner Gewohnheit läßt Roosevelt allertwärts, wohin er seit Abschluß seiner theatralischen Jagdtour gekommen, sich vernehmen. Zuerst hielt er den Ägyptern eine taktlose Standrede, dann eilte er nach Rom, wo er sich durch sein Verhalten zwischen zwei Stühle setzte. Den Franzosen erklärte er, was ihre Aufgabe sei, in Aristiania orakelte er über die Erreichung des Weltfriedens, und gestern hielt er vor hiesigen Studenten seinen fälligen Vortrag. Tiefgründige Weisheiten hat er nirgends verzapft und die aneinander gereihten Gemeinplätze haben kein politisches Interesse. Nur seine fortwährenden Versuche, sich als Hüter des Rechts und grimmigen Feind jeglichen Unrechts und als den Erbpächter der Ehrenhaftigkeit hinzustellen, müssen zurückgewiesen werden. Er selbst hat in Aristiania erklärt: „Our words must be judged by our deeds.“ (Unsere Worte müssen nach unseren Taten beurteilt werden.) Beurteilen wir ihn demgemäß.

Wer ist Roosevelt? Ein geriebener amerikanischer Politiker, von dem ein Zeitgenosse sagt, daß er ob seiner Charaktereigenschaften und seiner Lügenhaftigkeit in einem Klub von Gentlemen keinen Zutritt finden würde. Der Friedensheld von heute war als Präsident der Vereinigten

Staaten der eifrigste Förderer des Jingoismus, des Militarismus und des Marinismus, stiftete die Revolution auf dem Isthmus an und verursachte dadurch kriegerische Verwickelung zwischen Columbia und Panama.

Deffentlich bezeichnete er den kürzlich verstorbenen Eisenbahnmagnaten Harriman ob seines mit brutaler Offenheit gemachten Geschäftnisses, daß die geschehenden Körperlichkeiten und die Richter in den Vereinigten Staaten käuflich seien, als „nicht mündenswerten Bürger“, aber insgeheim hat Roosevelt den gleichen Harriman im Oktober 1904, unter der Hoosfinanz und den Trustmagnaten, die zu bekämpfen vorgelassen seine Lebensaufgabe ist, einen Korruptionsfonds zur Besserung der Chancen seiner Präsidentschaftskandidatur zu sammeln. Der „nicht mündenswerte Bürger“ entsprach dem Verlangen, brachte innerhalb 24 Stunden in New York 263 000 Dollar auf, mit welcher Summe, wie er freimütig erklärte, in der Stadt New York allein mindestens 50 000 Stimmen auf Roosevelt's Seite gebracht, oder richtiger gesagt, gekauft worden sind.

Nachlässig bis zum äußersten, mißbrauchte Roosevelt seine Macht, um ihm feindselig gestimmte Blätter zu verfolgen und ihm mißliebige Kongreßmitglieder durch Scheimpolizisten zu überwachen und zu beschimpfen. Treffend zeichnete das republikanische Kongreßmitglied Cook von Colorado, ein engerer Parteifreund Roosevelts, diesen in einer im Repräsentantenhaus gehaltenen Rede also: „Es ist ein Unglück, sowohl für den Präsidenten, als auch für die Bürger der Republik, daß er (Roosevelt) keinen Sinn für das Rechte hat und daß ihm das Gleichgewicht des Verstandes fehlt. Solch ein fühner Spekulant hat nie zuvor in einer Republik existiert, und wir hoffen sehnlich, daß nie ein zweiter auftauchen wird. Präsident Roosevelt scheint zu glauben, daß er allein die Regierung bildet und daß seinem: „Ich selbst hab's gesagt!“ sich jeder unterwerfen muß. Er führt die Regierung nach den gleichen Prinzipien wie der Fleischtrist seine Wurstfabrik, indem er das gescheberische Schweinefleisch als das Rohmaterial seiner phantastischen Administration benutzte.“

Mit welcher Niedertracht Roosevelt vor und während der Prozessierung der drei Bergarbeiterführer Royer, Gaywood und Pettibone verfuhr, wie er die Richter des Oberbundesgerichtes beeinflusste, wie er, allerdings vergeblich, nichts unversucht ließ, um die drei an den Galgen zu bringen, und wie er in dem Falle des russischen Revolutionärs Bourne schmiedeten Vorwurfs übte, steht noch frisch in der Erinnerung. Und einem solchen Menschen werden die übertriebenen Schuldigungen dargebracht!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Mai 1910.

Gelüste auf das Ovamboland.

Schon während des Krieges gegen die Serero erwachte bekanntlich der Appetit auf das Ovamboland. Das Land der Ovambo befaß ja in bezug auf Fruchtbarkeit Vorzüge, der die armseligen Weideweiden der Serero und Gottentotten vollständig entbehrten. Man hätte denn auch an den Expropriationskrieg gegen die übrigen Eingeborenenstämme nur zu gern den Enteignungskrieg gegen die Ovambo angeschlossen, wenn diese Stämme nicht so zahlreich, so gut bewaffnet und durch das für die Europäer höchst ungesunde annähernd tropische Klima gegen einen Einfall geschützt gewesen wären.

Seitdem ist aber kaum ein Monat verflossen, wo nicht von der einen oder anderen Seite gegen die Ovambo gehegt und einem Enteignungskrieg auch gegen diese Stämme das Wort geführt worden ist. So bringt auch jetzt wieder die „Deutsche Tageszeitung“ eine Zuschrift, in der dafür Stimmung gemacht wird, daß möglichst bald mit Waffengewalt gegen die Ovambo vorgegangen werde. Die Sperre des Ovambolandes für die Händler, so heißt es in der Zuschrift, komme nur den Portugiesen zugute, die infolgedessen einen schmutzigen Waffen- und Branntweinschmuggel betrieben. Die Ovambo selbst spotteten der deutschen Abgesandten, die sie fragten, wo denn die bewaffnete deutsche Macht sei, von der diese Abgesandten immer sprächen. Solle auch weiterhin den „ehrliehen deutschen Händlern“ verboten bleiben, da oben Handel zu treiben, solle auch weiter „den portugiesischen Elementen ihr verderblicher Sänays- und Waffenschmuggel begünstigt“ werden. Schon jetzt habe „jeder halbwegsichtige Ovambobengel sein Gewehr“. Wie lange solle die Ovambofrage auch fernerhin ein Kränkeln Rührmüchstan bleiben, einmal müsse sie ja doch mit Blei und Eisen gelöst werden!

Die Ovambo würden sich gegen einen Einfall deutscher Truppen sehr kräftig zur Wehr zu setzen wissen. Sie zählen ja mindestens 100 000 Köpfe, und ihre wehrfähigen Mannschaften sind mit Feuerwaffen und Munition mehr als ausreichend versehen. Außerdem würde ein Krieg aber auch deshalb ganz besondere Schwierigkeiten haben, weil europäische Truppen sehr bald dem Klima erliegen würden, das ja teilweise schon in den in einer gemäßigteren Zone liegenden Teilen Deutsch-Südwestafrikas so zahlreiche Opfer gefordert hat. Die Provokation eines Krieges mit den Ovambo wäre also gleichbedeutend mit einem Abenteuer, das uns leichtlich wiederum um einige hundert Millionen erleichtern würde! Wobei es sich zudem um nichts anderes handeln würde, als um einen frechen Raubzug gegen Eingeborene, denen es niemals eingefallen war, die wirklichen Interessen Deutschlands auch nur im geringsten zu gefährden!

Der Schleifstein wechselt die Auftraggeber.

Das ehemalige Organ des verstorbenen Stamm, die „Post“, ist von einem vorläufig noch im Dunkeln bleibenden Konjunktium übernommen worden, das künftig die nötigen Zuschüsse zahlen will. Die „Post“ selbst erklärt, daß die bisherige Betriebsmittelgemeinschaft der „Post“ mit der „National-Zeitung“ auf Grund freundschaftlicher Uebereinkunft am 1. Juli gelöst wird und daß unser Blatt von einem zahlreichen Konjunktium von Freunden aus verschiedenen Teilen des Reiches selbständig weitergeführt wird. Das Konjunktium, dem übrigens zufällig Industrielle nicht angehören, wird die „Post“ genau auf dem bisherigen nationalen Boden und in verstärkter, umfangreicherer Form weiterzuführen.

Nach dem „Börsen-Courier“ ist an dem Konjunktium der Besitzer der alldeutschen „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zu Essen hervorragend beteiligt.

Hansabund und Erbanfallsteuer.

Wie im Bureau des Hansabundes bestätigt wurde, beschäftigt man sich dort mit der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs betreffend die Einführung

einer Erbanfallsteuer. Der Entwurf soll sowohl dem Reichstag als auch der Regierung unterbreitet werden. Man rechnet darauf, daß die Regierung dieser Anregung ohne Zögern Folge geben wird. Um so mehr werde das erwartet, als die Reichsfinanzreform ein gewaltiges Fiasko erlebt habe.

Es ist noch nicht recht zu übersehen, ob es sich dabei um Abmachungen zwischen der Regierung und dem Hansabund handelt. Der Hansabund verlangt die Erbanfallsteuer in der Hauptsache natürlich nur aus wahltaktischen Gründen, und der Regierung wird es nicht unangenehm sein, wenn eine Interessensvertretung die Einführung einer solchen Steuer direkt fordert. Der Reichstag nimmt im nächsten Jahre sein Ende, und es wäre der Regierung zweifellos sehr angenehm, wenn die Frage der Besteuerung der Erbschaften, die im Wahlkampfe keine geringe Rolle spielen würde, bis dahin eine den bürgerlichen Parteien günstige Lösung gefunden hätte. Deshalb ist es wahrscheinlich, daß sich der Reichstag am Ende der Legislaturperiode doch noch mit der Erbschaftsteuer zu befassen hat.

Die Versicherungsämter als Offiziers-Zinckuren.

Die „Kreuz-Zeitung“ befaßt sich in einem langen Artikel mit den in der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Versicherungsämtern. Mit großem Eifer tritt das Blatt dafür ein, daß zu Versicherungsamtännern nicht Offiziere in größerer Anzahl ernannt werden. Das Blatt weist darauf hin, daß bei Verhandlungen vor den Schiedsgerichten die Arbeitsekretäre oft eine größere Kenntnis unserer Sozialgesetzgebung an den Tag legen, als die Juristen. Es wäre nun logisch, wenn die „Kreuz-Zeitung“ verlangen würde, daß man auch Arbeitsekretäre zu Versicherungsamtännern ernennen würde. Statt dessen empfiehlt das Blatt, diese Stellen so weit als möglich mit — pensionierten Offizieren zu besetzen, die vorher einen Kursus in Sozialgesetzgebung durchzumachen hätten. Der Zweck des Vorschlages ist einzig und allein, pensionierten Offizieren eine angenehme Versorgung zu bieten. Man darf allerdings erwarten, daß dieser Vorschlag in den maßgebenden Kreisen keine Beachtung findet.

Zu dumm!

In unserem Artikel über Eduard VII. hatten wir geschrieben, daß der Einfluß des Königs auf die auswärtige Politik sich auch daraus erkläre, daß die auswärtige Politik des kapitalistischen Staates ihrer inneren Natur nach eine größere Beständigkeit ihrer obersten Leitung erfordere. Daraus sucht eine Korrespondenz ein Zeugnis für die Notwendigkeit der — Monarchie herauszugeben. Zu diesem edlen Zweck wird ein Zitat aus dem Artikel herangezogen und gerade da abgebrochen, wo es dann heißt: „Selbst in der französischen Republik mit ihren rasch wechselnden Ministerien ist dem Minister des Aeußeren gewöhnlich — und dies wieder insbesondere in der jüngsten Zeit — viel längere Lebensdauer gewährt.“

Also mit Monarchie oder Republik hat die Sache nichts zu tun; nur daß in einer wirklich konstitutionellen Monarchie wie der englischen, der Monarch nur dann Politik machen darf, wenn er nach Meinung der herrschenden Klassen oder Parteien dazu fähig ist. In anderen Monarchien ist das bisweilen anders gewesen und zum großen Schaden des Staates. Über glauben die Verfasser der Notiz, daß man in Deutschland gerade Grund genug hat, jene „Kontinuität“ der auswärtigen Politik zu preisen, die zu dem Koberner Zusammenbruch geführt hat?

Wenn das englische Beispiel etwas beweist, so nur die Notwendigkeit stürkster parlamentarischer Garantien gegen Ausschreitungen des Monarchen. Aber beweist nicht jene Notwendigkeit gerade die Ueberflüssigkeit, wenn nicht Schädlichkeit der Monarchie?

Der Erpressungsprozeß der „Wahrheit“.

In dem Verfahren gegen die Leitung der antisemitischen „Wahrheit“ wegen Erpressung ist den Angeklagten nunmehr die Anklageakten zugestellt worden. Es werden sich zu beantworten haben: Der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Bruhn, Expedient Paul Bruhn und die Redakteure Weber und Sommer. Abgeordneter Bruhn hat vor kurzem noch versucht, die Deffentlichkeit glauben zu machen, daß von einem Verfahren gegen ihn ernstlich nicht gesprochen werden könne.

Kleinliche Maßnahmen.

Die Deutsche Lehrerversammlung ist den Behörden ein Dorn im Auge. Nun suchen sie für die Zukunft durch recht kleinliche Maßnahmen den Lehrern den Besuch derselben zu erschweren. Das läßt folgende Verfügung des Preussischen Kultusministers erkennen:

„Die Anträge von Vereinsvorständen, ihre dem Lehrstande angehörigen Vereinsmitglieder für die Beteiligung an den Vereinstagungen zu beurlauben, haben sich so vermehrt, daß bei einer etwaigen Gewährung aller in dieser Hinsicht vorgebrachten Wünsche eine erhebliche Störung des Schuldienstes unvermeidlich sein würde. Eine unterschiedliche Behandlung solcher Anträge ist aber aus naheliegenden Gründen ausgeschlossen. Ich sehe mich deshalb veranlaßt, allgemein zu erklären, daß auf die Gewährung von Urlaub bezuhs Teilnahme an Vereinstagungen während der Schulzeit in Zukunft nicht mehr gerechnet werden darf.“

Auch in Bayern teilt das Staatsministerium des Innern für Schulen und Schulangelegenheiten mit, daß für die Folge eine allgemeine Verurteilung der Lehrerschaft während der Pflingstwoche zum Besuche der Deutschen Lehrerversammlungen nicht in Aussicht gestellt werden könne.

Die Berliner Städtische Schuldeputation hat den Erlaß des Preussischen Kultusministers noch verschärft, indem sie obigen Erlaß den Rektoren mit folgendem Zusatz sandte:

„Abstrift überdenken wir zur Kenntnisnahme und Nachachtung mit dem Bemerkten, daß nach diesen Bestimmungen auch die Herren Rektoren einzelne Lehrer zur Teilnahme an Vereinstagungen während der Schulzeit nicht beurlauben dürfen.“

Demzufolge haben schon besonders pflichteifrige Rektoren in diesem Jahre Lehrern Urlaub verweigert, obgleich die Verfügung des Ministers auf die Zukunft verweist.

Man muß sich wundern, wie engherzig man nun auf einmal in der Gewährung von Urlaub zu werden, die der Schule zugute kommen sollen, verfahren will, wenn man bedenkt, wie freigebig man sein kann bei Paraden und Eingängen von befreundeten Herrschern! Es handelt sich doch immer nur im Vergleich zu der großen Zahl der Lehrer eines Staates um einige wenige, die um Urlaub einkommen. —

Kirche und Schule.

Die sehr sich einzelne Geistliche bemähen — so wird der „Pädagogischen Zeitung“ aus Bayern berichtet — die Zuneigung der Lehrer zu erwerben, geht wieder aus einer Gerichtsverhandlung hervor, die in den letzten Tagen in Augsburg stattfand. Ein Geistlicher wurde zu 100 M. wegen Körperverletzung und Verleumdung verurteilt, weil er während des Frühgottesdienstes dem als Wehner fungierenden Lehrer eine Altarrede im Gesicht warf. So steht, bemerkt dazu die „Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins“, die Friedenshand vieler Geistlichen aus, die sie dem Lehrer-Körper entgegenstrecken.

Internationale Verständigung.

Eine Anzahl von Professoren und bürgerlichen Politikern — wir nennen u. a. Hermann Cohen, Paul Ehrlich, Ernst Haackel, Adolf Garnat, Paul Ratorp, Georg Jellinek — erlassen einen Aufruf zur Begründung eines „Verbandes für internationale Verständigung“. Es heißt darin:

Einmal ist es die Aufgabe und das Ziel unseres Volkes gewesen, den nationalen Staat vorzubereiten. Wir wissen, welchen Fortschritt, vornehmlich auf wirtschaftlichem Gebiete, wir dieser Staatsgründung verdanken, aber ein neues Zeitalter bringt neue Forderungen. Schon haben die technischen Umwälzungen eine Epoche des Internationalismus herbeigeführt, aber die politische Organisation der Kulturwelt ist hinter ihr zurückgeblieben bei dem Nebeneinander verbundener Einzelstaaten. . . . Wenn die nationale Kultur am Herzen liegt, der wird mit uns erwägen, welche Blüte der heimischen Zivilisation liberal begründet werden könnte, wenn es möglich wäre, ein Zeitalter der internationalen Verständigung in der Politik heranzuführen. Die Zeit drängt. Wenn die Kämpfungen der großen Mächte in dem jetzigen Tempo fortschreiten, so bedeuten sie ein Wettlaufen zum Ruin. Morgen kann es gelten, zu der Land- und Seemarine, für die hinreichende Mittel kaum noch aufzutreiben sind, eine Luftarmee zu stiften! Sollte es aber nicht eine Möglichkeit geben, mit dem nationalen Gedanken den internationalen zu vereinen?

Wir müssen nach einem anderen politischen System im Staatenverkehr streben, wir müssen zu diesem Zweck besonders die internationale Schiedsgerichtsbarkeit auszubauen und überhaupt Verträge mit den anderen Nationen zur Vermehrung der Bürgschaften des Weltfriedens herbeizuführen suchen. Auch sonst muß die internationalen Konflikte planmäßig auf eine Klärung und Verständigung hingearbeitet werden. Um dieses Ziel zu erreichen, muß die öffentliche Meinung der Völker aufgerollt und allmählich organisiert werden. Hier handelt es sich nicht um eine einseitige ethisch-humanitäre Belämpfung des Krieges, mit der allein wenig ausgerichtet ist, hier handelt es sich um praktische Ziele der internationalen Politik. . . . Wir Deutsche sind infolge unserer politischen Leidensgeschichte erst Jahrhunderte später zu dem Nationalstaat gelangt, als die Mehrzahl der anderen modernen Kulturstaaten, noch erbliden wir darum in der Erfüllung der einseitig nationalen Aufgaben das höchste politische Ideal und verkennen nur zu leicht den Umstand, daß die Kulturstaaten bei der Lösung dieser nationalen Aufgaben von einander abhängig sind. Deshalb begegnen wir den Bestrebungen, die aus der Erkenntnis dieser wechselseitigen Abhängigkeit erwachsen sind und die in anderen Ländern schon ein tieferes Verständnis und eine weite Verbreitung gefunden haben, mit stärkerem Mißtrauen, als ein Mares und volles Bewußtsein der nationalen Verantwortlichkeit zulassen sollte. Gerade das Volk der Denker sollte sich gern davon überzeugen, daß im letzten Grunde die gemeinsamen Interessen der kulturelleren Staaten größer sind als ihre Rivalitäten und daß darum eine internationale Verständigung möglich ist.

Es ist sicher anerkennenswert, daß gerade aus den Kreisen deutscher Professoren, deren Mehrzahl solange die wähe und verlogene Hege gegen die „vaterlandlose“ Sozialdemokratie unterstützt hat und heute noch mitmacht, ein Protest erhoben wird gegen die einseitige nationalistische Ideologie. Ihre Argumente sind der Sozialdemokratie nicht fremd. Aber der praktische Erfolg hängt nicht von Argumenten, sondern von den Machtverhältnissen ab, und erst wenn das Proletariat, seiner internationalen Interessenolidarität bewußt, die Macht erlangt haben wird, wird die internationale Organisation der Welt zur Wirklichkeit werden.

Der Zeugniszwang.

In der Justizkommission fanden am Donnerstag die Diskussionen über § 67 der Strafprozessordnung statt. Der Paragraph bestimmt nach der Regierungsvorlage, daß bei einer nicht berechtigten Zeugnisverweigerung der Zeuge im ersten Fall mit einer Strafe bis 300 M. oder drei Wochen Haft bestraft werden kann, im zweiten Fall soll die Strafe im Höchstmaß 500 M. oder sechs Wochen Haft betragen. Auch könnte im Wiederholungsfall an Stelle der Bestrafung die Zwangshaft treten. Die Zwangshaft darf nicht über drei Monate dauern. Nach einem nationalliberalen Antrag sollten im wiederholten Bestrafungsfall, wobei die Bestrafung nur bis zu 300 M. Geldstrafe oder bis zu drei Wochen Haft gehen sollte, neben die Strafe noch die Zwangshaft treten. Unsere Genossen beantragten, diese Strafbestimmungen für Zeugen, die nach § 68 der Strafprozessordnung nicht zu verurteilen sind, nicht gelten zu lassen. Ferner darf die Zwangshaft und die verhängte Strafe nicht höher sein als die Strafe, die für die strafbare Handlung angedroht ist. Insbesondere wandten sich unsere Genossen gegen jede Anwendung des Zeugniszwangsverfahrens gegen Redakteure. Die Regierungsvertreter sprachen sich gegen den sozialdemokratischen Antrag aus. Der Antrag unserer Genossen wurde dann auch abgelehnt und der § 67 nach der Regierungsvorlage mit der Aenderung angenommen, daß auch im Wiederholungsfall der Zeugnisverweigerung die Strafe nur bis zu 300 M. oder 3 Wochen Haft betragen darf. Auch die übrigen Vorschriften über Zeugen und Sachverständige wurden im wesentlichen nach der Regierungsvorlage angenommen. Die Kommission hält ihre nächste Sitzung am 23. Mai ab.

Die Polizeibrutalitäten vor der Bürgerschaft.

Aus Bremen wird uns vom 11. Mai geschrieben: Da zu Anfang der Sitzung der Polizeisenator noch nicht anwesend, wurde nach Erledigung einiger unwesentlicher Punkte der Antrag betreffend das Beamtengesetz verhandelt. Genosse Henke begründete ihn. Er bezeichnete das Vorgehen der Behörde als einen Gewaltstreik, da sie die Rechte der Beamten nicht wahrte, und erinnerte daran, daß in Preußen liberale Beamte ebenso behandelt würden, wie jetzt das liberale Bremen sozialdemokratische Beamte behandle. Es half jedoch nichts. Der Oberreaktionär Dr. Spitta wies mit juristischer Spitzfindigkeit nach, daß die Behörde die Gefinnung der Beamten an sich nicht antaste, ein Beamter dürfe sich nur nicht „schrankenlos“ betätigen. Durch diese von der Behörde gelebte Beschränkung der Freiheit käme man erst zur wahren politischen Freiheit, wie sie der bürgerliche Liberalismus wolle. Die bürgerliche Mehrheit konnte folchem Scharfsinn nicht widerstehen und lehnte den sozialdemokratischen Antrag ab. — Den Antrag wegen der willkürlichen Auslegung des Vereinsgesetzes und des Vorgehens der Polizei begründete Genosse Klaus, der mit scharfen Worten das unerhörte brutale Vorgehen am 6. April geißelte. Er brachte eine Menge Beschwerden, die in bürgerlichen Blättern veröffentlicht worden waren, zur Sprache. Bewiesen wurde, daß Polizeihauptmann Pohl zu den Schuttsleuten gesagt hat: „Meine Herren! Gehen Sie rüchloslos vor.“ Festgestellt wurde, daß an diesem Abend Knüppel an Kriminalbeamte auszugeben wurden! Polizeisenator Luermann und sein Stellvertreter Dreger hatten um mildernde Umstände wegen der Erregung der Beamten; sie behaupteten auch, die Polizei habe das Gesetz nicht willkürlich ausgelegt! Aber die Ausfärlungen konnten durch keine Verschönigung vertuscht werden. Die bürgerliche Mehrheit riskierte natürlich keine Opposition. Sie nahm auch die Hebe der Polizei als „verdient“ an und lehnte den sozialdemokratischen Antrag ab. Der Wahlrechtsantrag kam nicht mehr zur Verhandlung. Von bürger-

licher Seite ist ein Antrag eingereicht worden, in dem der Senat ersucht wird, sofort einen Gesetzentwurf vorzulegen, daß im Disziplinarverfahren Geld- und Sanktionen zur Erzwingung des Zeugnisses nicht zulässig sind.

Vom Zerfall des Nationalliberalismus.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Merkel, der auch Mitglied des sächsischen Landtages ist und dort eine hervorragende Rolle spielte, ist aus der nationalliberalen Fraktion des sächsischen Landtages ausgetreten. Merkel gehörte zum linken Flügel der sächsischen Nationalliberalen. Durch seinen Austritt aus der Landtagsfraktion ist die Richtung geschwächt worden, die bisher eine nationalliberal-konservative Koalition im sächsischen Landtage verhindert hat.

Wie Herr Merkel dem Dresdener Korrespondenten des „Berliner Tagebl.“ mitgeteilt hat, ist er ausgetreten, weil er die in der Landtagsfraktion herrschende politische Delapenz nicht weiter mitmachen könne. Sollten seine Wähler mit diesem Schritt nicht einverstanden sein, so werde er sofort sowohl sein Reichstagsmandat wie sein Landtagsmandat niederlegen. Er wolle indes Mitglied der nationalliberalen Partei bleiben.

Der Korrespondent deutet an, daß Mercks Austritt nicht der einzige bleiben werde.

Italien.

Das Votum der Parteifraktion.

Rom, 10. Mai. (Fig. Ver.) Das italienische Zentralkomitee für das allgemeine Stimmrecht hat am 8. d. Mts. in Rom eine Sitzung abgehalten, in der über das Verhalten der Parteifraktion diskutiert wurde. Zugegen waren die Genossen Turati, Morgari, Salvemini, Della Seta, Merloni und Rosetti. Salvemini vertrat eine Tagesordnung, die das Votum der Fraktion als im Widerspruch zur Agitation für das Wahlrecht bezeichnete und für die tiefe Apathie in der Partei den Hauptgrund verantwortlich macht zwischen denen, die ernstlich die Wahlreform und den anderen, die andere Reformen anstreben. Diese Tagesordnung erhielt aber nur die Stimmen des Unterzeichners und des Genossen Della Seta. Dagegen erhielt eine Tagesordnung Merloni vier Stimmen, die die Haltung der Parteifraktion billigte. Am Dienstag wird die römische Parteifraktion sich mit derselben Frage beschäftigen.

Die Vizepräsidenten der Kammer.

Rom, 12. Mai. In der Deputiertenkammer fand heute die Wahl der Vizepräsidenten statt. Gewählt wurden Girardi mit 133 und Carmine mit 110 Stimmen.

Belgien.

Die Brandmarkung der kirchlichen Beatepostler.

Brüssel, 8. Mai. (Fig. Ver.)

In den letzten Wochen haben eine Reihe von Interpellationen des radikalen Deputierten Vuyt gezeigt, in wie gewissenloser Weise die Herren Minister für ihre höchst persönlichen Bedürfnisse die Steuergelder verschlemmen: angefangen von den Gratis-„Staats-telegrammen“ bis zu den 180 000 Frank Automobilsteuern des Arbeitsministers, den 18 000 Fr. Wohnungsentfährdung für den Herrn Justizminister, den 800 000 Fr. Baukosten für das „Hotel“ des Herrn Kolonienministers. Auch sonst sind die kirchlichen Minister für sorgfältig bemüht, aus der Politik ein einträgliches Geschäft zu machen. Sie lassen es sich nicht nur gut gehen, so lange sie im Amte sind: sie sorgen auch dafür, daß sie beim Sturz auf einen weichen Verwaltungsposten einer Finanzgesellschaft fallen, wie der ehemalige Minister Francoeur und Smet de Raer. Andere, wie der derzeitige Arbeitsminister Delbecq, lassen sich ihre ehemaligen Posten bei den Gesellschaften überhaupt offen — für alle Fälle. Unter solchen Umständen, bei solchen Beispielen von oben, verdient die Korruptionsaffäre des kirchlichen Antwerpener Deputierten Coremans, wie Wanderbeide am Mittwoch in der Kammer nicht ohne Ironie bemerkt, die Zustimmung mildernder Umstände. Herr Coremans, dem nun so üble Dinge nachgesagt werden, hat in der Tat nur sein Mandat so ausgenutzt, wie gewisse Minister ihr Portefeuille.

Wie der sozialistische Antwerpener Deputierte Terwagne in der Kammer mittelst, hat der kirchliche Coremans, Gemeinderat und Abgeordneter der Stadt Antwerpen, gegen die Tramwaygesellschaft einen Prozeß angestrengt, in dem er gegen diese auf die Zahlung von 200 000 Fr. Entschädigung für den Entgang einer Administratorenstelle klagt. Aus dieser Klage geht nun hervor, daß sich der ehrenwerte Mann bei der Straßenbahngesellschaft diese Summe mittels eines Votums im Gemeinderat sichergestellt. Das heißt: der kirchliche Herr Gemeinderat hat sich seinerzeit an der Debatte und an dem Votum über die Vergebung der Straßenbahnkonzession an ein Kapitalistenkonfessionarium beteiligt, mit der Zusage eines materiellen Vorteils von seiten der betreffenden Gesellschaft — wie der Prozeß zeigt von 250 000 Fr. Dieser Mann glierte bis vor zwei Tagen die Kandidatenliste der kirchlichen in Antwerpen — eine Liste, auf der auch der Name des Ministers Delbecq prangt. Mit der Aussicht, daß das Parlament kein Urteil über den Fall geben könne, ehe nicht das Gericht entschieden habe, suchten die kirchlichen, allen voran der Staatsminister Boesie, den Entschädigungen Terwagnes jede politische Konsequenz abzupfechen, das Ganze als „Schachzug“ der Opposition vor den Wahlen hinzustellen, der einer puren Verleumdung entspringe. Nach der Wirkung, die die Enthüllungen des sozialistischen Deputierten und die sich daran anschließende Debatte ergaben, vollzog sich allerdings auch bei den kirchlichen eine Wandlung: nach Schluß der Sitzung erhielt das parlamentarische Preßbureau die schriftliche Mitteilung, nach der sämtliche kirchlichen Antwerpener Kandidaten es ablehnen, mit dem betreffenden Herrn Coremans auf einer gemeinsamen Liste zu figurieren — „aus höheren Parteigründen“. Das Schreiben meldete zwar läßt, daß dieser Beschluß schon vor der Kammerdiskussion gefaßt worden sei — was natürlich nur allseits Heiterkeit erweckte. Warum hätte sich dann Herr Boesie und die anderen Herren als Verteidiger strapaziert, wenn doch die Beurteilung schon ausgesprochen war? In Wahrheit haben die Herrschaften natürlich abgewartet, wie der Effekt in der Kammer ausfallen würde. Nebenbei wird dem beschuldigten Coremans noch nachgesagt, daß er sich von der Straßenbahngesellschaft bei ihrer Etablierung das Geschenk von 20 000 Fr. habe machen lassen. So ganz „arm“ ist der Mann also doch wohl nicht, wie ihn sein Verteidiger Boesie hinstellen wollte! — Man begreift, wie bitter dieser Schlag die kirchlichen 14 Tage vor den Wahlen trifft! Herr Coremans ist überdies ein sehr reuenteiler und eigenwilliger Herr und hat keine Lust, stillschweigend abzutreten. Vielmehr wird er, im Verein mit anderen Unzufriedenen, eine Dissidentenliste in seinem Wahlkreise aufstellen, also ein neues Ungemach für die kirchlichen.

Eine andere Korruptionsaffäre hat den kirchlichen Senator Dupret zum Helden, der seinen Schwiegersohn auf der belgischen Abteilung der Mailänder Ausstellung in dessen Eigenschaft als Architekt in gründlicher Weise protegierte und protegierte. Wenn sich die vom Deputierten Vuyt erhobenen Beschuldigungen als richtig herausstellen — und der betreffende Abgeordnete hat ein sehr unzuverlässiges Material, kopierte Beweismittel, vorgelegt — so wäre diese Protektionsgeschichte ein neuer, eblanter Beweis, wie ausgiebig und mannigfaltig die kirchlichen Herren die Steuergroschen für ihre persönlichen Zwecke plündern.

Holland.

Für den Zehntundertag.

Amsterdam, 6. Mai. (Fig. Ver.)

Am Himmelfahrtstage, drei Tage nach Einreichung eines Gesetzentwurfes betreffend die Arbeitszeit seitens des christlichen und „demokratischen“ Ministers Talma, demonstrierte das organisierte Proletariat Hollands nochmals für den Zehntundertag. Diesmal zu Rotterdam. Das Meeting war wieder von der S. D. A. P. und der Gewerkschaftszentrale einberufen worden. Auch der in freijugend-demokratischem Jahrtwasser gefeierte „Verleidenverband“ hatte sich wieder angeschlossen. 525 Organisationen mit 83 000 organisierten Mitgliedern waren durch 1000 Delegierte vertreten. Über 100 Sympathieschreiben waren eingegangen. Die verschiedenen Redner wiesen auf die erschreckend lange Arbeitszeit hin. Die Mehrzahl der Arbeiter in Holland müsse noch mehr als 11, ja vielfach 12 und 14 Stunden arbeiten. Das Gesetz ließe nach einem 11stündigen Arbeitstag für Kinder zu. Die Nacharbeit habe sehr verzerrende Folgen. Liberale und christliche Regierungen zeigten abwechselnd zwar Gesetzentwürfe zur Verkürzung der Arbeitszeit ein, doch seien sie bedeutungslos und wandern in den Papierkorb. Sie dienten nur dazu, den Widerwillen der regierenden Klasse gegen die Einführung der allenotwendigsten sozialen Reformen zur Hebung und Stärkung der Arbeiterklasse zu verschleiern. Die Redner brandmarkten die Unfähigkeit des christlich-demokratischen Ministers Talma, der nichts tun könne und wolle, da er die konservativen Christlichen als gute Freunde schonen müsse. Eine einstimmig angenommene Resolution wendet sich mit aller Schärfe gegen die Passivität der Regierung und fordert die unverzügliche Einführung des Zehntundertages. Sie spricht den Führern der christlichen Gewerkschaften scharfe Mißbilligung aus, da sie den Widerstand dadurch verstärken, daß sie unter allerlei Vorwänden die Arbeiter von der Agitation für den Zehntundertag abhalten. Die Resolution ruft alle Arbeiter zur Agitation und zur Einigkeit der ganzen Arbeiterklasse und zur Eroberung des gleichen Wahlrechts auf, als unentbehrlich für die Erzielung der Macht, die allein den Widerstand brechen kann.

Dänemark.

Die verbündete Reaktion.

Die Konservativen haben sich nun fast überall mit den Reformparteilern zu Wahlbündnissen zusammengeschlossen, um auf jeden Fall einen Gegner der radikalen Regierung ins Parlament zu bringen. Das Bündnis ist ein Beweis für die politische Versumpfung beider Parteien. Mit irgendwelchen guten Gründen können diese Parteien ihre Wahlagitation natürlich nicht betreiben, und so greifen sie denn auch zu den schmutzigsten Mitteln, die Wähler einzufangen. In Kopenhagen werden an alle möglichen Leute Listen verschickt, auf denen sie sich unterschreiben verpflichten sollen, für die konservativen Kandidaten zu stimmen. Der Zweck ist, das Wahlgheimnis soweit wie möglich aufzuheben und Wähler durch Furcht vor wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Boykott zum Dienste der Reaktion zu zwingen. Das Verfahren ist eine Umgehung des zur Sicherung des Wahlgheimnisses erlassenen Gesetzes von 1901, wonach ein Kandidat höchstens 25 „Steller“ haben darf, das heißt nur 25 Leute, die ihn durch ihre Unterschrift den Wählern empfehlen. Aber auch die Versammlungsfreiheit wollen die Reaktionäre auf geschicklichem Wege vernichten. Eines ihrer Blätter, „Rödbenhavn“, schrieb vorgestern: „Vernichtet die Versammlungen der Gegner, und wolt ihr nicht selbst als Spektakelmacher auftreten, so macht es wie in Amerika: kauft 4 bis 5 professionelle Spektakelmacher; es ist unglücklich, was so ein paar Menschen mit etwas gutem Willen ausrichten können!“ Unsere Genossen werden natürlich Mittel und Wege finden, um die Komodie aus ihren Versammlungen fernzubalen. Die Wahlbewegung ist äußerst lebhaft, und man darf wohl erwarten, daß es gelingt, das Land vor einem neuen Reaktionsministerium mit den durch die Alberti-Affäre kompromittierten Leuten an der Spitze zu beschützen.

Finnland.

Gewalt vor Recht.

Petersburg, 12. Mai. Der Ministerrat beschloß heute mit der finnlandischen Frage und gab seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß den Wünschen des finnlandischen Landtags keine Rechnung getragen werden dürfe.

Türkei.

Der Aufstand in Albanien.

Saloniki, 11. Mai. Durch Kämpfe, die gestern bei Obelastin und Debrinja im Bezirk Prizrend stattfanden und die mit dem Siege der türkischen Truppen endeten, scheint Prizrend von weiterer Bedrohung befreit. Die Truppen gingen überall mit großer Tapferkeit, teilweise mit dem Bajonett vor. Mahmud Schefet Pascha begibt sich nach Serifowitsch, um den Operationen näher zu sein.

Saloniki, 12. Mai. (B. Z. A.) Der Kriegsminister hat das Generalkommando über die Truppen in Albanien übernommen und hat sich heute mit Torgut Schefet Pascha und dem Bali von Reskub nach Etimlia begeben. In der Umgebung von Karaferris fand ein Kampf mit einer bulgarischen Bande statt, bei dem zwei Soldaten und ein Wundenführer getötet und einige Mitglieder der Bande verwundet wurden.

Die Kretafrage.

Konstantinopel, 11. Mai. Deputiertenkammer. Auf Befragen erklärte der Minister des Äußeren, daß die Eidesleistung in der türkischen Kammer die türkischen Rechte verleihe. Er teilte mit, daß die Schuttmächte in ihrer sechsten eingegangenen Antwortnote erklärten, daß die Eidesleistung eines Teiles der türkischen Deputierten auf den Namen des Königs der Hellenen an dem status quo auf der Insel nichts ändere. Er, der Minister, finde die Note unzureichend, doch werde er von der Porte als Zustimmung der Verleihung der Souveränitätsrechte der Türkei interpretiert. Der Minister teile diese Auffassung, die Eidesleistung könne keineswegs etwas an dem Regime der Insel ändern. Was die Kreter auch täten, die Insel werde stets ein Teil der Türkei bleiben. Die Kammer erachtete die Erklärungen der Regierung als ausreichend.

Japan.

Bevorstehende Annexion Koreas.

New York, 12. Mai. Eine Depesche aus Peking an den „New York Herald“ besagt, daß alle russischen Konsulin in Korea sich nach Seoul begeben, um eine Befragung bezüglich der bevorstehenden Annexion Koreas durch Japan abzuhalten. Dem Bernehmen nach ist die Konferenz durch die Forderung aus Petersburg veranlaßt worden, einen eingehenden Bericht einzufenden über die im ganzen Lande herrschenden Verhältnisse, die allgemeine Situation daselbst und besonders die Möglichkeit eines erneuten Aufstandes infolge der Annexion.

Gewerkschaftliches.

Anzufriedenheit im Unternehmerlager.

Der Arbeitgeberbund im Baugewerbe versucht sich wieder in Stimmungsmacherei. Er läßt der bürgerlichen Presse Mitteilungen über die „beachtenswerte Erweiterung und Kräftigung seiner Organisation“ zugehen. Ortsverbände sollen sich zu Bezirksverbänden zusammenschließen haben, wobei der Zusammenschluß 31 allein stehender brandenburgischer Ortsverbände zu einem Provinzialverband besondere Freude erregt, weil dadurch auf eine Gefolgschaft dieser Verbände für die Scharfmacher gerechnet wird und auf eine Abkehr von der vom Mund gefaßten Berliner Richtung. Die Bauunternehmer in Südbayern sollen ihre Arbeiter entlassen haben, weshalb auf eine Verkürzung des Kampfes gerechnet wird. Davon weiß man in Arbeiterkreisen ebensowenig wie von einer von den Unternehmern wahrgenommenen Stimmung, die ständig zunehmen soll, auf Grund der Dresdener Kompromißbedingungen des Arbeitgeberbundes Frieden zu schließen. Neben der Hilfe der Industrie — der Zentralverband Deutscher Industrieller hat seine Mitglieder zur Unterstützung der Bauherren aufgefordert — wird nun auch auf die Landwirtschaft gerechnet. Dort wird nicht viel zu holen sein, denn unsere nothleidenden Agrarier verhalten sich bekanntlich sehr zugeknöpft.

Die Stimmung in Unternehmerkreisen wird als „sehr zufriedenstellend“ bezeichnet. Hierbei wird wohl der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen sein, denn nachstehende Zuschrift aus der „Kölnischen Volkszeitung“ läßt etwas wesentlich anderes erkennen. Unter der Ueberschrift „Mißstimmung im Arbeitgeberlager“ wird nämlich geschrieben:

„Wenn nicht in kürzester Frist eine Einlenkung durch den Arbeitgeberbund herbeigeführt wird, ist eine Spaltung im Arbeitgeberlager kaum vermeidlich. Eine tiefe Mißstimmung hat sich weiter Arbeitgebertreife bemächtigt, die mit den Maßnahmen der Bundesleitung nicht einverstanden sind. Die Ablehnung des unparteiischen Schiedsgerichts ist sehr übel vermerkt worden. Allmählich bricht sich auch die Ueberzeugung Bahn, daß die Verkürzung der Bundesleistungen, in einigen wenigen Wochen würde der Kampf beendet sein, nicht stichhaltig ist. Es ist nicht zu verheimlichen, daß nur ein Drittel der organisierten Bauarbeiter der Ausperrung anheimgefallen ist und daß so ihre vorhandenen Mittel mit den wöchentlichen Sonderbeiträgen, die eine beträchtliche Höhe erreichen, im Verein mit den eingeleiteten allgemeinen Sammlungen die Führung des Kampfes auf Monate hinaus ermöglichen. Die Dispenserteilung für Notstandsarbeiten an einzelne Arbeitgeber sieht ebenfalls als Schwierigkeit, da der Konkurrenzneid dadurch aufgeschwemmt wird. Bei Verweigerung derselben geraten einzelne Unternehmer in große Schwierigkeiten und empfinden die ihnen nicht sympathische Ausperrung um so drückender. Gedrängt werden die Bauunternehmer auch von den Materiallieferanten, denen jeder Tag der Ausperrung beträchtliche Verluste einbringt, die nach den vorausgegangenen Striken um so fühlbar bemerkt werden. Zudem werden hier und da die Bauherren des Wartens müde und hatten liegengeliebene Bauten in eigener Regie vollendet. Alle diese Momente werden zu einer baldigen Abänderung der Sperre beitragen, wodurch die Lage des Arbeitgeberverbandes seine rosigere wird. Weitere Sonderabschlüsse wie die in Berlin und Hamburg stellen dessen ganze Existenz in Frage. Nach Lage der Dinge wäre das zu bedauern, da eine gesunde Tarifgeopolitik nur möglich ist bei starken Organisationen, sowohl auf Seiten der Arbeitgeber, wie auf Seiten der Arbeiter.“

Was hier von der „Kölnischen Volkszeitung“ als allgemein gültig behauptet wird, läßt sich im einzelnen nachprüfen, so an den Ziffern, die für Württemberg feststehen.

Nach den Aufzeichnungen der drei Organisationen wurden im Königreich Württemberg ausgesperrt: 1944 Maurer, 679 Zimmerer und 294 Bauhilfsarbeiter, zusammen also 2917 Arbeiter. Der Arbeitgeberbund hat 4100 Aussperrte angegeben, also 1183 mehr. Die Erklärung für diese Nichtübereinstimmung ist einerseits darin zu suchen, daß ein Teil der Aussperrten sofort nach der Entlassung unter Verzicht auf jegliche Unterstützung abgeteilt ist, andererseits sind aber offenbar dem Arbeitgeberbund weit mehr Aussperrte von seinen Mitgliedern gemeldet worden, als in Wahrheit ausgesperrt worden sind. Doch der Arbeiterchaft kann dies gleich sein. Der Ausgang des Kampfes wird nicht entschieden durch die Zahl der Aussperrten, sondern durch die Zahl der zu unterstützenden Arbeiter. In dieser Beziehung verfügt die Arbeiterchaft über sehr genaue Zahlen; denn wer sich nicht zur Kontrolle meldet, erhält auch keine Unterstützung. Am 6. Mai haben sich in Württemberg zur Kontrolle gemeldet: 1224 Maurer, 228 Zimmerer und 84 Bauhilfsarbeiter, zusammen also 1536 zu unterstützende Mitglieder. Das sind noch nicht einmal 30 Proz. der vom Arbeitgeberbund für Württemberg angegebenen 4100 Aussperrten! Alle übrigen Aussperrten sind entweder wieder im Baugewerbe untergebracht oder abgeteilt oder in anderweiter Beschäftigung. Die Aussperrung besteht nur noch in Stuttgart mit weiterer Umgebung (Feuerbach, Ehlingen, Ludwigsburg, Juffenhausen), Göppingen, Heilbronn, Reutlingen und Tübingen. Das übrige Württemberg ist „aussperrungsfrei“, das heißt, es sind keine arbeitslosen Aussperrten mehr vorhanden. Ueberall wird lustig gebaut; auch in den Städten Freudenstadt, Heidenheim, Schramberg und Ulm, wo die Unternehmer einen schätzbaren Versuch in Aussperrung machten. Auch im badischen Oberland, in den Kreisen Konstanz und Balingen, besteht keine Aussperrung mehr. Ob den Unternehmern nun bald ein Licht aufgehen wird? Das Wollen der Scharfmacher war eben bedeutend größer als ihr Können!

Auch in Baden verläuft aller Voraussicht nach die Aussperrung für die Unternehmer erfolglos. Der kürzlich auf dem Delegiertentag in Offenburg gefaßte Beschluß, am 7. Mai alle noch beschäftigten unorganisierten Bauarbeiter auszusperrten, wurde von den Unternehmern nicht vollzogen. Nirgends wurden die jetzt noch Beschäftigten ausgesperrt. In Mannheim, wo an den Staatsbauten weiter gearbeitet wird, hat am 9. Mai der Bauunternehmer Kaver Schmitt auf seinen sämtlichen Bauten die Arbeit wieder aufgenommen. Er trat aus der Unternehmervereinsung aus und zahlte die Konventionalstrafe von mehreren hundert Mark. Fünf hundert Maurer und Bauhilfsarbeiter kommen dadurch wieder in Arbeit. Ein anderer Unternehmer in Sandhofen bei Mannheim folgte diesem Beispiel. Auch sonst sind Anzeichen dafür vorhanden, daß es noch mehr Unternehmer gleich so machen werden, da die Materialsperrte unwirksam ist.

Neue Einigungsversuche.

Zwischen lassen sich „unparteiische beamtete Personen“ durch die Abweisung der Bauunternehmer nicht helfen, immer wieder Vermittlungsversuche zu machen. Neben der Erklärung des sächsischen Ministers im Landtage, als Vermittler jederzeit bereit zu sein und den zweimaligen Versuchen des badischen Ministers, Freiherrn v. Bodmann, die Parteien zur Verhandlung zu bewegen, kommt jetzt die Meldung, daß der Dresdener Oberbürgermeister zum 21. d. Mts. die Parteien zu Verhandlungen geladen hat.

Munition für die kämpfenden Arbeiter.

Als Unterstützungen für die Aussperrten haben die Holzarbeiter in Lübeck als 1. Rate 500 M. bewilligt, die Schneider 400 M. und Erhebung eines wöchentlichen Extra-Beitrags von 50 Pf.; die Steinleger in Magdeburg erheben ebenfalls 50 Pf. Extrabeitrag.

Der Ortsverein Bohum des Buchdrucker-Verbandes beschloß in seiner letzten Sitzung einstimmig, für die Dauer der Aussperrung einen Extrabeitrag von 25 Pf. pro Woche zu erheben. Von diesem Beitrag sollen sofort 100 M. zur Verfügung gestellt werden.

Berlin und Umgegend.

An die Berliner Arbeiterchaft!

Am Sonnabend, den 14. Mai (Pfingst-Sonnabend) ist das Bureau von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr zur Entgegennahme von Sammlungen ohne Unterbrechung geöffnet.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend.

Der Tarifabschluß der Brauereiarbeiter.

Am Mittwoch fand im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der in den Ringbrauereien beschäftigten Vertrauensleute aller an der Lohnbewegung im Brauereigewerbe beteiligten Organisationen statt. Hobbapp vom Brauereiarbeiterverband referierte über die auf Grund der in der Neuen Welt gefaßten Resolution stattgefundene Verhandlung mit dem Verein der Brauereien Berlins und Umgegend und verlas das Schreiben des Vereins, in dem mitgeteilt wird, daß der Verein gewillt sei, den vereinbarten Tarifvertrag auf die Dauer von 4 Jahren abzuschließen, dagegen wird die Erhöhung der Löhne um 1 M. nach zwei Jahren stritte abgelehnt. Es findet diese Erhöhung demgemäß erst nach 2½ Jahren statt.

Es entspinnt sich hieran eine rege Diskussion und wird von einzelnen Vertrauensleuten beantragt, noch in dieser Woche eine Urabstimmung in den Betrieben vorzunehmen. Diesem Antrage wird lebhaft widersprochen mit der Begründung, daß die Resolution vom 8. Mai der Lohnkommission das Recht gibt, den Tarifvertrag mit den Unternehmern auf Grund der gemachten Zugeständnisse, jedoch nicht über die Dauer von 4 Jahre, abzuschließen.

Mit 117 gegen 46 Stimmen wird die Urabstimmung abgelehnt. Wir lassen hier, um allem Zweifel zu begegnen, die Resolution folgen:

„Die heute, am 8. Mai, stattfindende Versammlung aller in den Lagerbrauereien beschäftigten organisierten Arbeitnehmer ermächtigt die Lohnkommission, mit dem Verein der Brauereien Berlins und Umgegend auf Grund der bisher gemachten Zugeständnisse einen Tarifvertrag, jedoch nicht über die Dauer von 4 Jahren, abzuschließen.“

Weiter geben wir eine Aufstellung der Löhne, wie sich dieselben nach dem Abschluß gestalten werden: Brauer 38,50 M., nach 2½ Jahren 37,50 M., Innere Betriebsarbeiter 30,50 M. (31,50 M.), Köchler 28,50 M. (27,50 M.), Gärtner 30,50 M. (31,50 M.), Sattler, Maler, Lackierer 32,50 M. (33,50 M.), für die übrigen Handwerker 34,50 M. (35,50 M.), Handwerker-Hilfsarbeiter 28,50 M. (29,50 M.), Raschinisten 32,50 M. (34,50 M.), Deizer 31,50 M. (32,50 M.), Umschmärer und Kohlenstecher 28,50 M. (29,50 M.), für Flaschenkellerarbeiter 27,50 M. (28,50 M.), Sogarbeiter 27,50 M. (28,50 M.), für Bahnarbeiter 1 M. Zuschlag. Für Böttcherei-Hilfsarbeiter 30,50 Mark, nach 2½ Jahren 31,50 M.

Im Maschinen- und Kesselpersonal, welches die tariflichen Höchstlöhne bereits bezieht, wird eine sofortige persönliche Zulage von 1 M. gewährt. — Jahrsfahrer Garantielohn 3000 M. einschließlich Spesen. — Flaschenfahrer Garantielohn 2000 M. einschließlich Spesen. — Jahrsfahrer 28,50 M., nach 2½ Jahren 27,50 M. und 7½ Pf. Provision pro 100 Liter verkauften Bieres.

Flaschen-Mitfahrer 27 M., nach 2½ Jahren 28 M. und 1 Pf. Provision pro 30 Flaschen, 1 Syphon, 1 Kachel usw. verkauften Bieres. Reservefahrer 20,50 M., nach 2½ Jahren 20,50 M., Stallleute 20,50 M., nach 2½ Jahren 20,50 M., Last-Chauffeure 40 M.

Die unter „Diverses“ fallenden Arbeiter erhalten eine Zulage von 1,50 M., nach 2½ Jahren eine weitere Mark.

Die Monatslöhne der Wächter und Portiers werden in Wochenlöhne umgewandelt.

Die Nettoarbeitszeit bei Tage wird um ¼ Stunde verkürzt, die Nettoarbeitszeit für Flaschenkellerarbeiter bei Nacht ebenfalls um ¼ Stunde.

Die Bruttoarbeitszeit am Tage wird um ¼ Stunde verkürzt für alle diejenigen, deren Bruttoarbeitszeit durch diese Regelung nicht unter 11 Stunden herabsinkt.

Eine genaue Erläuterung des Vertrages erfolgt in den nach Pfingsten stattfindenden Gruppenversammlungen.

Lohnbewegung der Schmiede.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der bei den Innungsmeistern beschäftigten Schmiedegesellen sind durch eine Statistik festgestellt worden, welche der Verband der Schmiede im März d. J. in Berlin und den Vororten aufgenommen hat. Die Ergebnisse der Statistik trug Siezing am Mittwoch in einer stark besuchten Versammlung der bei Schmiedemeistern beschäftigten Gesellen vor. Die Erhebungen erstreckten sich auf 492 von den 508 überhaupt vorhandenen Werkstätten. In den 492 Werkstätten sind 1058 Gesellen beschäftigt. 10 Meister arbeiten ohne Gesellen und Lehrlinge, 16 Meister holten nur Lehrlinge und keine Gesellen, in 183 Betrieben wird je 1 Geselle beschäftigt, in 169 Betrieben je 2 Gesellen, in 75 Betrieben je 3 Gesellen, in 37 Betrieben je 4 Gesellen, in 18 Betrieben je 5 Gesellen, in 5 Betrieben je 6 Gesellen, in 4 Betrieben je 7 Gesellen, in 5 Betrieben je 8 Gesellen, in 1 Betrieb 9 Gesellen, in 1 Betrieb 13 Gesellen. Die Arbeitszeit beträgt in den meisten Fällen 9 Stunden, es kommen aber auch Arbeitszeiten von 10 bis 12 Stunden vor. Die Arbeit beginnt in einzelnen Betrieben schon um 5¼ Uhr, in anderen um 6, auch 6½, meistens aber um 7 Uhr morgens. In 12 Betrieben wird regelmäßig Sonntags gearbeitet. In einem großen Teil der Werkstätten werden regelmäßig Ueberstunden gemacht, zum Teil, ohne daß dafür ein Aufschlag gewährt wird. In manchen Betrieben herrscht der Brauch, daß der Meister die vollen Versicherungsbeiträge zahlt und die Gesellen als Gegenleistung Ueberstunden ohne Bezahlung machen. Dinstlich des Lohnes konnte festgestellt werden, daß er seit 1905 für die qualifizierten Arbeiter etwas gestiegen ist. Von den Schmirrmeistern erhalten 23 den Minimallohn von 60 Pf., 164 werden über, 11 unter dem Minimallohn bezahlt. Der Durchschnittslohn beträgt 84½ Pf. (1906: 81½ Pf.). Von den Feuer- und Beschlagschmieden erhalten 23 den Minimallohn von 46 Pf., 113 werden über, 25 unter dem Minimallohn bezahlt. Der niedrigste Lohn beträgt 42, der höchste 72 Pf., der Durchschnittslohn 57½ Pf. Von den Beschlagschmieden erhalten 47 den Minimallohn von 50 Pf., 197 werden über, 20 unter dem Minimallohn bezahlt. Der niedrigste Lohn beträgt 40, der höchste 67 Pf., der Durchschnittslohn ist 54½ Pf. Von den Stoch- und Beschlagschmieden erhalten 22 den Minimallohn von 48 Pf., 74 werden über, 52 unter dem Minimallohn bezahlt. Der niedrigste Lohn beträgt 30, der höchste 56 Pf., der Durchschnittslohn ist 47½ Pf. Von den Stochgeschmieden erhalten 35 den Minimallohn von 42 Pf., 72 werden über, 15 unter dem Minimallohn bezahlt. Der niedrigste Lohn beträgt 32, der höchste 56 Pf. In 31 Betrieben (11 in Berlin, 20 in den Vororten) sind die Gesellen in Kost und Logis beim Meister. Das Kost- und Logiswesen ist also noch ziemlich weit verbreitet. Der 1905 abgeschlossene Tarifvertrag wird in allen Punkten nur in 35 Betrieben imgehhalten. Sieht man ab von dem im Vertrag abgelehnten Anhang der Arbeitsbedingungen, so sind 61 Betriebe als tariffrei zu betrachten. Die tarifmäßigen Löhne werden in 89 Betrieben bezahlt.

St. Ring zog aus den Ergebnissen der Statistik den Schluß: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bedürfen dringend der Aufbesserung. Löhne von 30 bis 40 Pf. pro Stunde reichen nicht aus, um das Leben zu fristen. Eine Erhöhung der Minimallohne erscheint deshalb notwendig.

H. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW, Diergu 3 Beilagen u. Unterhaltung 694.

Dieser Gedanke kam auch in der Diskussion einmütig zum Ausdruck. Das Verlangen, eine Lohnbewegung einzuleiten, wurde von allen Rednern gestellt, auch wurden Vorschläge über die anzustellenden Forderungen gemacht. Einstimmig nahm die Versammlung eine Resolution an, wodurch der Gesellenausschuß und die Ortsverwaltung des Verbandes beauftragt werden, sofort eine Forderung für die Lohnbewegung ausgearbeiten, dieselbe einer demnächst zu veranstaltenden Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen und den bestehenden Tarifvertrag zu kündigen.

Die Funktionen einer Lohnkommission wurden den Gesellenausschüssen von Berlin und Charlottenburg übertragen, die in Verbindung mit der Ortsverwaltung des Verbandes zu arbeiten haben.

Achtung, Steinarbeiter! Die Firma Frießke, Kunststeinfabrik in Witt, Bureau Planufer 14, ist wegen Nichtanerkennung des Steinmetzarifens noch immer gesperrt. Zwar wurde der tarifliche Stundenlohn bewilligt, doch hat diese Bewilligung keine Gewähr für die Einhaltung der tariflichen Löhne in Zeiten unglücklichen Geschäftsganges. Die Streikenden stehen fest. Dem Streik nicht angeschlossen hat sich außer den bereits genannten August Dofinger und Otto Glor der Steinmetz Anton Dolla. Das Ablaßblatt wird den Frießkeschen Kohl nicht fett machen. Natürlich ist Herr Frießke eifrig bemüht, den Preis seiner Steine zu vergrößern. In der „Allgemeinen Zeitung“ („Deutsches Volk“) sucht derselbe unorganisierte Steinmetzen. Den auf den Bauten beschäftigten Kollegen aller Firmen erwacht nunmehr die Pflicht, ein wachsames Auge auf die Frießkeschen Steinmetzarbeiten zu haben und alle Vorkommnisse im Betriebsbureau, Sichelstraße 30, Tel. Amt I 9248, unverzüglich zu melden.

Zentralverband der Steinarbeiter, Ortsverwaltung Berlin, Deutsches Reich.

Der Hilfsarbeiterstreik in der Faberschen Buchdruckerei zu Magdeburg, über den wir vorige Woche berichteten, ist beendet. Die Firma erzielte vor dem Tarifamt der Buchdrucker eine Verteilung des Personals wegen Tarifbruchs. Da die Firma von 25 männlichen und 17 weiblichen Auszubildigen jedoch nur einen („kräftigen“) Hilfsarbeiter zu einem Wochenlohn von 17 M. und 10 Angelerinnen wieder einstellen wollte, haben nur 5 von den Streikenden die Arbeit aufgenommen. Wegen den vorausgegangenen Mahregelungen, die zur Arbeitseinstellung führten, wird das Tarifamt noch zu entscheiden haben, wobei auch festgestellt werden dürfte, wer den „Tarifbruch“ des Personals provoziert hat.

Sur Aussperrung der Gießereiarbeiter in Lünen. Die Firmen haben ihre Betriebe den Unorganisierten wieder geöffnet. Ein großer Teil der Unorganisierten hat sich jedoch mit den ausgesperrten Organisierten solidarisch erklärt, sie haben die Arbeit nicht aufgenommen. Es arbeiten etwa 80 Mann.

Ausland.

Der Streik im Baugewerbe Kristiania hat sich in den letzten Tagen noch weiter ausgedehnt, indem auch die Steinarbeiter sowie die Erd- und die Zementarbeiter die Arbeit eingestellt haben. Diese Gruppen des Baugewerbes waren am 7. Mai noch nicht mit in den Streik getreten, weil für sie die Verhandlungen mit den Arbeitgebern noch nicht zu Ende geführt waren. Nachdem nun aber die übrige Arbeiterschaft des Baugewerbes die Arbeit niederlegte, machte die Arbeitgebervereinsung die Fortsetzung der Verhandlungen mit jenen Gruppen davon abhängig, daß die Arbeiter auf den Schiffswerften wieder aufnehmen sollten, wo sie jetzt sehr notwendig gebraucht werden. Dieses Verlangen mußte selbstverständlich von der Arbeiterschaft abgelehnt werden, und damit wurde auch für jene drei Gruppen der Streik unvermeidlich.

Den wirklichen Wert der Lohnrückgehungen, die mehrere der großen amerikanischen Eisenbahngesellschaften für ihre Angestellten haben eintreten lassen, hat Mr. C. W. Brown, der Präsident der New York Zentraleisenbahn, offen dargelegt. Er bemerkte in einer Unterredung, die Angestellten seien trotz der Lohnrückgehungen nicht besser daran als die Angestellten in anderen Ländern mit niedrigeren Löhnen, denn die Kosten des Lebensunterhalts seien in den Vereinigten Staaten derart gestiegen, daß selbst die Lohnrückgehungen dafür keinen Ausgleich bieten. Die Kaufkraft des Geldes ist allein in den letzten drei Jahren um 40 Proz. zurückgegangen. Die von den Eisenbahnen für dieses Jahr zu zahlenden Löhne betragen rund 4900 Millionen Mark, während die bisher erreichte höchste Lohnsumme 4330 Mark betrug.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Gegen den Rechtsbruch der russischen Regierung. London, 12. Mai. (W. T. W.) 120 Mitglieder des britischen Parlaments haben an die Duma zwei Schreiben gerichtet, in denen sie die geplante Beschränkung der alten Freiheiten Finnlands scharf verurteilen. Die Absender betonen ausdrücklich, sie wünschen nicht, sich in die inneren Angelegenheiten Rußlands einzumischen, sie seien einzig von dem Wunsche befeuert, die günstigen Bedingungen der englisch-russischen Freundschaft aufrechtzuerhalten. Jede Einträchtigkeit der konstitutionellen Regierung in Finnland müsse einen schmerzlichen Eindruck in Großbritannien hervorrufen.

Petersburg, 12. Mai. (W. T. W.) In der heutigen Sitzung der Kommission der Reichsduma für die Finnlandsvorlage erklärte der Sozialdemokrat Reichsfürst bei Beratung der einzelnen Paragraphen, die Regierung und die sie unterstützende Mehrheit der Kommission hielten es nicht für notwendig, ihren prinzipiellen Standpunkt zu verfechten, indem sie auf juristische Beweisgründe nicht eingehen, sondern alle Anträge einfach durch Abstimmung zur Entscheidung bringen wollten. Seine politische Würde als Vertreter der Arbeiterklasse gestatte es ihm nicht, Zeuge der zersetzenden Arbeit der Kommission zu sein. Der Arbeit Mikulow schloß sich dieser Erklärung an. Darauf verließen die Radikalen und Sozialdemokraten den Sitzungssaal.

Unwetternachrichten aus Süddeutschland. Frankfurt a. M., 12. Mai. (W. T. W.) Nach einer bei der hiesigen Wasserbauinspektion eingegangenen telegraphischen Meldung ist in der Gegend von Bishburg im Riechtelgebiet ein sehr starker Wolkbruch niedergegangen; das Unwetter hauste dort nahezu drei Stunden. Große Flächen wurden in Seen verwandelt. Das Unwetter hat an Feldern und Fluren bedeutenden Schaden angerichtet, Infolgedessen ist der Rain bedeutend gewachsen.

Duderstadt, 12. Mai. (W. T. W.) Schwere Anwitter mit wolkenbruchartigen Regengüssen haben in Südbannover, auf dem Eichsfelde, im nördlichen Hessen und im Unstruttal stellenweise die Ernte vernichtet. Die Wasserläufe führen Vieh und weggerissene Gebäudeteile mit sich.

Das Erdbeben in Costarica. New York, 12. Mai. (W. T. W.) In Costarica dauern die Erdbeben fort. Tausende fliehen von San José. Die Vulkane Poas und Irazu stehen in Eruption und stoßen keine Asche aus, die sich in schweren Wolken über weite Strecken lagert. Suchen grassieren in den Lagern der Flüchtlinge.

Eine Schiffskatastrophe. St. Louis, 12. Mai. (W. T. W.) Der Dampfer „City of St. Louis“ ist in der Nähe von Glenpark am Mississippi infolge Aufschwagens auf einen Felsen gesunken. Sieben Passagiere und sechs Matrosen ertranken.

H. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW, Diergu 3 Beilagen u. Unterhaltung 694.

Für die angesperrten Bauarbeiter Deutschlands

gingen bei der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend ein:
H. A. Schöneberg 100, B. D. Charlottenburg 50, Unterstüßungs...

in Summa als erste Rate 226,90. — Verband der Köpfer, Berna, Berlin, 1. Rate 300, — Lokalfälle der Leberarbeiter, Berna, I, 1. Rate 100, —

Gelder, welche per Post eingekandt werden, sind an A. Köster, SO. 16, Engelfur 15, I zu senden. Alle Sammlungen sind sofort auf unserem Bureau, Engelfur 15, I, Zimmer 23 in den Wochen...

Der Anschlag der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend.

Der Zusammenbruch der Transportarbeiter zu Wasser und zu Lande.

Im Gewerkschaftshause zu Hamburg treten heute die Abgeordneten der Verbände der Transportarbeiter, Hafenarbeiter und Seeleute zu einem gemeinsamen Verbandstag zusammen, um endgültig die Einheitsorganisation, der die Einzelverbandstage im Prinzip einmütig zugestimmt haben, zu schaffen.

Die Leitung des Einigungsongresses liegt in den Händen von Schumann (Transportarbeiter), Döring (Hafenarbeiter), Paul Müller (Seemann) und Gimpel (Transportarbeiter).

Einigungsverhandlungen

gibt Paul Müller. Wenn hier und da noch die Meinung vorherrschen sollte, die Verhandlungen über die Einheitsorganisation seien etwas forciert worden, so müsse er das zurückweisen mit dem Bemerkung, daß alle Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden.

Einheitsorganisation? Von diesem Gedanken besetzt, haben wir unser Gesetz, unsere Verfassung ausgearbeitet. Eine Reihe Spezialwünsche hat, das trifft für alle Berufe zu, zurückgestellt werden müssen, bleibt zukünftigen Verbandstagen überlassen.

Schumann (Transportarbeiter) und Döring (Hafenarbeiter) schließen sich in kurzen Worten diesen Ausführungen an und wünschen der Einheitsorganisation besten Erfolg.

Der Statutenentwurf wird mit den von den Einzelverbandstagen beschlossenen Änderungen, über die wir bereits berichtet haben, einstimmig angenommen. (Lebhafte Bravo!)

Zu Vorsitzenden werden per Akklamation Schumann (Transportarbeiter) und Döring (Hafenarbeiter), zu Sekretären Paul Müller (Seemann), Gimpel (Transportarbeiter) und Pause (Transportarbeiter), zum Hauptkassierer Kahler (Transportarbeiter) und zum Redakteur Reher (Transportarbeiter) gewählt.

Der Verbandstag des Seemanns ist statutengemäß in Berlin. Der Verbandsausschuß hat seinen Sitz in Magdeburg. Zu dessen Vorsitzenden wird Lüdecke-Magdeburg gewählt.

Die Revisionskommission bleibt in Berlin. Als Obmann fungiert Streiter-Berlin. Der nächste Verbandstag wird in Breslau stattfinden.

Adolf Cohen-Berlin (Generalkommission) drückt seine Freude aus über den heute gefaßten Beschluß, der auch für alle noch auf dem Boden der Berufsorganisation stehenden Verbände von großem Vorteil sein werde. Nachdem der nötige Reifegrad erlangt war, hätten die Transportarbeiter zu Wasser und zu Lande den Industrieverband geschaffen.

Die Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen, Fortner-Wien und Walter-Jülich, sowie der Vertreter des Lagerhändlerverbandes in Deutschland, Hartmann-Leipzig, und der Sekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation Joscha schließen sich diesem Glückwunsch an, worauf Döring in seinem Schlusswort auf die Bedeutung der gefaßten Beschlüsse hinweist.

Mit einem donnernden Hoch auf den neuen Deutschen Transportarbeiterverband wird der erste Verbandstag desselben um 12 1/2 Uhr mittags geschlossen.

Siehend singen die Delegierten die erste Strophe unseres Kampfliedes.

Verbandstag der Seeleute. Hamburg, 11. Mai 1910.

Die letzten Verhandlungen des Verbandes galten der Reichsversicherungsordnung, die Paul Müller in einem dreistündigen, außerordentlich instruktiven Referat in ihrer Wirkung auf die Seeleute und ihrem Gegensatz zu den berechtigten Forderungen der Seeleute kritisch beleuchtete.

Folgende Resolution wurde angenommen: Der vom 9. bis 11. Mai in Hamburg tagende VII. Verbandstag des Zentralverbandes der heimatischen Arbeiter Deutschlands erklärt den dem Reichstage zur Erledigung vorliegenden Entwurf einer Reichsversicherungsordnung nicht für geeignet.

Kleines feuilleton.

Das Nationalalbum der preussischen „Kulturträger“. Durchsich herau! Vasset es schallen von Haus zu Haus! — Am 10. Oktober sind hundert Jahre verflossen seit der Gründung der Berliner Universität. Der Ehrentag warf seine Schatten bei der letzten Wahl des Jubiläumrektors, die unter den kleinsten Eiergeschäftlichen und Stänkereien der professionellen Kandidaten vor sich ging.

industrie. 16. Die Bank- und Finanzwelt. 17. Ingenieure und Techniker. 22. Die Nitterguts- und Großgrundbesitzer. (Warum so weit hinten? Ist denn kein Respekt vor den Nitigabeln mehr im Lande?) 23. Die akademische Jugend (nach Korporationen gegliedert).

Nach Fertigstellung des Nationalalbums wird ein Exemplar in Prachtmappe dem erlauchten Rektor Magnificentiſſimus, Sr. Majestät dem Kaiser und König, zu allerhöchstdessen 52. Geburtstag feierlich überreicht werden.

Jeder Student wird aufgefordert, zur Reproduktion sein Bild einzufenden, damit mögliche Vollständigkeit erreicht wird. Natürlich umsonst ist der Tod; zwar die Aufnahme unter diese Bevorzugten des Glücks kostet nichts; nur die Einfindung einer Photographie ist erforderlich. Aber gewünscht wird doch eine Bestellung, wenigstens auf die Tafel, auf der der Betreffende abfotografiert ist.

Aljo wer will unsterblich werden? Wer hat nicht den Ehrgeiz, unter denen zu sein, die als Korpsphän der preussischen Kultur für alle Ewigkeit hier verzeichnet stehen, auf deren Bild der Blick der allerhöchsten und höchsten Herrschaften liebevoll ruhen wird?

Kinder und Kindererziehung behandelt eine Serie epigrammatischer Ausprüche, die der verstorbene Berliner Kreis- und Stadtschulinspektor Dr. Paul von Gizzi hinterlassen hat und die von Dr. Kulland unter dem Titel „Geradeaus. Ein Kompaß für die Fahrt durchs Leben“ herausgegeben worden sind. (Verlag von A. Curtius, Berlin.) Wir lassen einige der Aufzeichnungen folgen:

Die Emanzipation der Kinder wird einst ebenso der Schlachtruf sein, wie heute die Emanzipation der Frauen. Und man wird die Zeit jenseits, in welcher sie zur Tat geworden ist.

Kinder müssen über und hinaus. Ein schlechter Schulmeister, der damit zufrieden ist, sie zu seinesgleichen zu erziehen. Alle Weisheit der Pädagogen kann an dem Enkel nicht wieder gutmachen, was der Schnapsgenuß des würdigen Großpapas verdorben hat.

Wenn dir das Herz und der Mund übergehen wollen vor Groll und Abföhen gegen die Noheit und Gemeinheit eines verkommenen Menschen, eines Strolches, so denke bei dir: „Was mag er als Kind durchgemacht haben, um so zu werden!“

Die Ausflugsfahrten, welche heute das deutsche Volk an seinen Kindern ausübt und ausüben läßt, werden von aufgeklärten Zeiten kaum für möglich gehalten werden. Man wird sie ebenjowenig verstehen, wie wir jetzt die Menschenfesseln begreifen können. Man wird mit Recht auf das tiefe Niveau unserer moralischen Kultur schließen.

Die Aufgabe der ethischen Jugenderziehung ist es, unsere Söhne und Töchter in den Stand zu setzen, sich im harten Kampfe ums

Dasein unter den bestehenden Verhältnissen zu behaupten, und in ihnen die tiefe und stille Sehnsucht zu erwecken, diese bestehenden Verhältnisse zu überwinden und eine Welt reinerer Gerechtigkeit und edleren Menschentums herauszuführen zu helfen.

Tausende von jungen Männern sind durch die Aussicht und Erziehung gewissenhafter Eltern zugrunde gerichtet worden. Tausende hat man dadurch ruiniert, daß man sie lehrte und daran gewöhnte, sich auf andere, nicht auf sich selbst zu verlassen.

Jast jeder Mann und jede Frau, die der Welt neue Bahnen des Forschens oder Handelns eröffnen haben, stand eines Tages gehemmt im Fortschreiten vor der Mauer des vierten Gebots. Da bieh es denn hinüber oder zurück. Die Kränen der Mutter, die Flüche des Vaters mußten überwunden werden, auf daß es der neuen Generation mögliche und sie lange lebe auf Erden.

Wir können durch häßliche Erziehung verhältnismäßig wenig tun, damit unsere Söhne ehrenhafte und tüchtige Männer werden, wenn sie, sobald sie das Elternhaus verlassen, in ein verpestetes Milieu hinausdröten, in russische Korruption, französische Verderbtheit oder deutsche Knechtlichkeit.

Notizen.

Die Neue Sezession, d. h. ein Teil der von der Berliner Sezession zurückgewiesenen, hat in der Gemäldegalerie von R. Nacht, Mankestraße 1, eine Ausstellung veranstaltet, die von 27 Künstlern mit 89 Werken besichtigt ist.

Der Verein der Berliner Theaterbesucher verfenet ein Zirkular als Antwort auf die Kriegserklärung der Berliner Theaterdirektoren. Es wird darin u. a. ausgeführt: Der Beschluß der Theaterdirektoren, auf den teuren Kostenpreisen zu bestehen, schließt große Kreise, zu deren Bedürfnis der Theaterbesuch gehört, vom Besuch besserer Bühnen direkt aus. Wir haben deshalb vorgeschlagen, unserem Verein, der dieselben Ziele wie die freien Volksbühnen verfolgt, für seine Mitglieder eine Ermäßigung zu gewähren und haben geglaubt, daß ein derartiges Wirken der Theaterdirektoren nur willkommen sein müßte. — Die Erzielung geschäftlichen Gewinnes ist nicht beabsichtigt. Für den Fall, daß die Direktoren auf ihrem Standpunkt beharren, wird in Aussicht gestellt, daß die minderbemittelten Theaterbesucher den Kampf auch öffentlich aufnehmen.

Der glückliche D'Annunzio. D'Annunzio ist wirklich ein Glückspilz. Er hat jetzt einen Ombudsman gefunden, der sich bereit erklärt, ihm seine Schulden zu bezahlen. Es ist ein in Amerika reich gewordenen Abzuzugsbewohner, der schon 400 000 Lire für den edlen Zweck spendiert hat. D'Annunzio ist auf diesem Gebiete nicht unerfahren, nur ist jetzt die Zeit abgelaufen, in der ihm weibliche Gönner die Schulden tilgten. Sein diemaliger Wägen will gleichzeitig sein Impresario auf einer Vortragsreise in Südamerika sein.

Girolamo Robetta. Am 8. Mai ist in Mailand ganz plötzlich der Romanschriftsteller und Dramaturg Girolamo Robetta gestorben. Er war ein sehr fruchtbarer und beliebter Schriftsteller, der sich aber nicht über die Mittelmäßigkeit zu erheben vermochte. Von seinen Werken, die das Publikum gut aufnahm, weil sie seinem Niveau entsprachen, rogt keine über die flache Gefälligkeit der Unterhaltungsliteratur hinaus. Robetta ist 60 Jahre alt geworden.

eine gerechte und sachgemäße Erledigung der von den feemännlichen Arbeitern an eine fortschrittliche Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall-, Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung) zu stellenden bezw. gestellten Anforderungen herbeizuführen. Wenn schon der Entwurf der Reichsregierung die diesbezüglichen Forderungen der Arbeiterschaft unzureichend erfüllt, so unternimmt er andererseits nicht einmal den allerleinsten Versuch, den Klagen und berechtigten Forderungen der feemännlichen Arbeiter bezüglich der sozialen Versicherungsangelegenheiten in irgendeiner Hinsicht gerecht zu werden. Die einseitige, in allen Hauptfragen der Arbeiterversicherung nur auf die Unternehmerinteressen Rücksicht nehmende Tendenz dieses Gesetzentwurfes ist offensichtlich, weshalb dieser Entwurf für die feemännliche Bevölkerung aller Stände und Chargen unannehmbar ist.

Den schärfsten Protest erhebt der Verbandstag gegen die Absicht der Reichsregierung, auch bei dieser geplanten Versicherungsreform die feemännliche Arbeiterschaft von der obligatorischen Krankenversicherung auszunehmen, die entschädigungspflichtige Berufsunfähigkeit der feemännlichen Arbeiterschaft sowie die feemännlichen Gewerkschaften, neben den klimatischen Krankheiten als den Betriebsunfällen gleichwertig nicht anzuerkennen.

Desgleichen kann der Verbandstag in der nach der Vorlage geplanten Art der Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenversicherung einen Fortschritt nicht erblicken. Namentlich haben die feemännlichen Arbeiter gar kein Interesse an der auch nach der Vorlage möglichen Aufrechterhaltung der für diese Versicherungsart der See-Berufsgenossenschaft bereits zugestandenen Sonderklasse bezw. Anstalt mit all den Sonderrechten, die hier ausschließlich den Reedern zugute kommen.

Den nachdrücklichsten Protest legen die feemännlichen Arbeiter ferner dagegen ein, daß die geplante Reichsversicherungsordnung abgetrennt und im striktesten Gegensatz zu einer wirklichen Reform das Recht einräumt, ganz einseitig die Unfall-Verhütungsvorschriften zu erlassen, ihre Durchführung zu überwachen, wie überhaupt die Kontrolle des gesamten Schiffsfahrtsbetriebes auszuüben.

Wenn ferner der Entwurf, entgegen früheren Regierungserklärungen, die feemännlichen Unfallversicherten bezw. ihre Vertreter von jeder Mitwirkung bei der ersten Rentenfestsetzung ausschließt, so beweist das eben nur, wie wenig die Reichsregierung mit dieser Vorlage eine ernsthafte Reform der Sozialversicherung bezweckt.

Nach alledem muß die geplante Reichsversicherungsordnung eine Scheinreform, also ein wertloses Plakatwerk bleiben, wenn es dem Reichstag nicht gelingt, grundlegende Veränderungen an dem Entwurf selbst vorzunehmen.

Unter voller Anerkennung der vom VII. Gewerkschafts-Kongress (Berlin 25.—28. April 1910) erhobenen Forderungen zur Förderung einer wirklichen Reichsversicherungsreform fordert der VII. Verbandstag des Zentralverbandes der feemännlichen Arbeiter Deutschlands Reichsregierung und Reichstag auf, den wiederholt von den feemännlichen Arbeitern gestellten Anforderungen an eine durchgreifende Reform der feemännlichen Arbeiterversicherung durch eine grundlegende Umgestaltung und Erweiterung der geplanten Reichsversicherung endlich Rechnung zu tragen. Eine Reichsversicherungsordnung, die diesem berechtigten Verlangen der feemännlichen Bevölkerung Deutschlands nicht derbist nachzukommen, muß als rückständig, unzulänglich und einer wirklichen Reform hohnsprechend unter allen Umständen bekämpft und abgelehnt werden.

In seinem Schlusswort wies der Vorsitzende Oellerich auf die Ursachen der Verschmelzung hin und sprach die Hoffnung aus, daß der große Verband alle Wünsche zur Erfüllung bringen möge. Die kleine Organisation habe für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Seeleute Großes geleistet, und wo es galt, Solidarität zu üben, immer ihren Mann gestanden. Das solle künftig noch in höherem Maße der Fall sein. Mit einem begeisterten Hoch auf die Einheitsorganisation schloß der VII. und letzte Verbandstag des Zentralverbandes der feemännlichen Arbeiter.

Aus der Partei.

Das Leipzig-Jubiläum Bebel's.

Am 7. Mai waren fünfzig Jahre verflossen, daß Genosse Bebel als Handwerkerbursche in Leipzig eingekleidet war, wo er den Anstoß zu die deutsche Arbeiterbewegung fand und sich zum Führer des deutschen Proletariats emporarbeitete. Eine Schlüß- und intime Feier vereinte am Jubiläumstage Bebel und die Leipziger Genossen im Volkshaus. Genosse Meyer bildete dem Jubilar die Gefühle der Versammelten aus. Genosse Bebel antwortete in einer Rede, die gar bald vom Persönlichen zum Allgemeinen in einer Sache aufstieg. Er sagte da u. a.:

Vor fünfzig Jahren waren die meisten Arbeiter Gegner des Sozialismus. Wie konnte es anders sein. Heute, nach fünfzig Jahren eifriger Arbeit gibt es nicht nur Tausende, sondern Millionen von Arbeitern, die Gegner des Sozialismus sind, die von unseren Zielen nichts wissen wollen. Wenn ein Mann aus den höheren Gesellschaftsklassen zu uns herüberkommt, dann hat er einen schweren Kampf durchzustehen gehabt, er mußte Vorurteile überwinden, ehe er seiner Klasse den Rücken kehrte. Bei den Arbeitern aber ist gar nichts zu überwinden als die Unwissenheit und Dummheit. Doch ist auch das nur in wenigen Fällen die Schuld des einzelnen, in den weitaus meisten Fällen ist es die Schuld der Gesellschaft. Die bürgerliche Gesellschaft tut alles, um die Arbeiter in Unwissenheit zu erhalten, damit sie ihnen erhalten bleiben. Wer aufmerksam die Dinge verfolgt hat, der muß eingestehen, daß die Gegner von uns gelernt haben in der Organisation und Agitation. Waren wir früher die Meister und sie die Befehlshaber, so ist es heute oftmals umgekehrt. Sie sind zwar die kleinere Zahl und haben alle Machtmittel für sich, aber es kommt hinzu, daß der Kampf der herrschenden Klasse gegen uns ein Kampf auf Tod und Leben bedeutet, daß die herrschende Gesellschaft alles aufbietet, die Arbeiter von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Es ist gar kein Zweifel, daß wir gegenwärtig eine weit schwerere Arbeit leisten müssen, als wir sie früher geleistet haben. Die ökonomische Entwicklung hat in Deutschland solche bedeutende Fortschritte gemacht, wie in keinem anderen Lande der Welt, die Zahl der Proletarier wird immer größer und damit wächst die Zahl der Kämpfer, die sich der Sozialdemokratie zur Verfügung stellen. Es wird also den herrschenden Klassen nicht gelingen, die Arbeiterschaft der Sozialdemokratie fernzuhalten. Die ganze Entwicklung drängt mit eherner Notwendigkeit dazu, daß der Arbeiter, der schließlich schon von Geburt zu uns gehört, erkennen muß, daß wenn er gegen uns kämpft, er gegen seine ureigensten Lebensinteressen kämpft.

Wir ist die Entwicklung wohl manches Mal zu langsam gegangen und ich habe verschiedentlich meinen Gedanken in Form von Prophezeiungen Ausdruck gegeben. In unseren eigenen Reihen hat man darüber gehöhnt und dies als Illusionismus bezeichnet. Ich mag mich um Tage und Jahre geirrt haben, nicht aber um Jahrzehnte, sicher ist, daß der Sieg kommen muß. Und wenn ich auch nicht mehr dabei sein sollte, so bin ich doch überzeugt, daß die Schar, die hinter uns steht, sich bewahrt ist, daß es keine Macht gibt, die ihr widerstehen kann. Ich habe das frohe Bewußtsein, daß diese Schar geistig klarer steht, als je zuvor, daß sie zielbewußt und vom Geiste der Partei tief durchdrungen ist.

Im nächsten Jahre haben wir die Reichstagswahlen. Ein großer Kampf steht uns bevor. Unsere Gegner sehen den Wahlen mit großem Unbehagen entgegen, sie sind sich ihrer Schuld bewußt. Um so größeren Mut sehen wir dem Kampf entgegen. Sind wir auch im Jahre 1907 insofern unterlegen, als wir eine Anzahl Mandate eingebüßt haben, so können wir mit um so größerer Zuversicht in die Zukunft blicken. Freilich muß jeder bereit sein, seine letzten Kräfte zu opfern, denn der Kampf wird nicht leicht sein. Um so glänzender aber der Sieg, je schwerer der Kampf. Ebenso sicher ist dann auch, daß ein solcher Sieg dazu führen muß, die ganze bürgerliche Gesellschaft zu um so heftigerem Widerstande gegen und zusammenzuschmieden.

Die Gegner wissen, es geht um ihre Existenz. Aber jeder neue Sieg, den wir erringen, der führt uns näher dem endgültigen, entscheidenden Kampfe. Wir geben ihnen entgegen und bauen auf unsere Kraft und unsere Idee, die zum Siege führt. Alle Bemühungen der Gegner werden vergeblich sein, eine Gesellschaftsordnung, die alle Bedingungen ihrer Lebensfähigkeit verloren hat, muß untergehen. Die Partei, die diesen Sieg erstrebt, sie lebe hoch!

Begeistert stimmten die Genossen in das Hoch ein. Gelangsvorträge der Arbeiterlänger beschloßen die schöne Feier.

Maifeier in Kairo.

Kairo, Anfang Mai. Zum ersten Male sah dieses Jahr auch die alte Ägyptenstadt am Nil eine Maifeier. In 300 bis 400 Manifestanten hielten eine Versammlung ab und zogen nach Anhören von Referaten mit roten Fahnen und unter Hochrufen auf den Sozialismus durch die Straßen. Dieser ersten Kundgebung für die Ziele des modernen Proletariats kommt zwar im wesentlichen nur symptomatische Bedeutung zu, da in dem Raum von der Industrie berühmten Ägypten dem kräftigen Aufstieg der Arbeiterklasse große Hemmnisse entgegenstehen. Dennoch war diese Demonstration ein erhebendes Schauspiel, das auch auf den Fernstehenden einen nachhaltigen Eindruck machen mußte. An dieser Grenzlinie der christlichen und islamitischen Welt reichten sich zum ersten Male orientalische und europäische Proletarier die Hand, Araber fraternisierten mit Italienern, Griechen mit Russen, Türken mit Ägypten. Das funkende Rot der Proletarierbanner ließ den bunten Firtelanz der nationalen und religiösen Embleme der Herrschenden verblasen. Trägerin der eben einsetzenden sozialistischen Bewegung ist vor allem die im letzten Sommer gegründete Parteiorganisation „Federatione Internazionale fra Operai et Impiegati Cairo“, aber auch einige kürzlich entstandene Gewerkschaften, wie die der Trambahnen, Elektriker und Lithographen, entfalten eine rührige Agitation. Die Seele des Ganzen sind jugendliche Genossen verschiedener Nationalität, die dem doppelt lähmenden Einfluß des erschlafenden orientalischen und islamitischen Gleichgültigkeit den stürmenden Eifer einer heiligen Ueberzeugung entgegenstellen.

Eine sozialdemokratische Gemeindevertreter-Konferenz für den Reichstagswahlkreis Solingen

fand am Sonntag in Leichlingen statt, 40 Vertreter aus den einzelnen Orten nahmen teil. Die Genossen Großherndt, Ohligs und Schaal-Solingen referierten über das Thema: „Armenwesen und Fürsorgeerziehung.“ Sie forderten, daß in den einzelnen Gemeinden die Bezugslage der Armen erhöht werden, weil diese in der gegenwärtigen Zeit zum Leben nicht mehr ausreichen; außerdem müsse dafür gesorgt werden, daß den Frauen der Eintritt in die Armenverwaltung erleichtert werde. Das Fürsorgeerziehungsgesetz vom 2. Juli 1900, so konstatierten die Redner an der Hand statistischen Materials, habe seine Wirkung vollständig verfehlt. Die Erfolge, die man mit der Fürsorge in der Rheinprovinz erzielte, seien gleich Null gewesen. Daraus habe schon der Landeshaupmann bei Eröffnung des letzten Provinziallandtages in Düsseldorf hingewiesen. Um so mehr müsse von der Sozialdemokratie darauf hingearbeitet werden, daß die materielle Lage der Arbeiter gehoben werde, daß die Erziehungsarbeit in den Gewerkschaften und den Jugendorganisationen besser vordränge komme und so der Verwahrlosung der Jugend vorgebeugt würde. Wie die Arbeiterbewegung in dieser Beziehung wirkt, zeigt der Umstand, daß sich unter den Eltern im Solinger Kreise, die ihre Kinder in Fürsorgeerziehung bringen lassen mußten, auch nicht ein einziger Parteigenosse befand. Nach lebhafter Diskussion, die sich im Sinne der Referenten gestaltete, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Gemeindevertreter-Konferenz des Kreises Solingen erachtet in der gegenwärtigen Praxis der preussischen Fürsorgeerziehung nicht das Mittel, eine Besserung verwahrloster Jugendlicher herbeizuführen. In der Hebung der materiellen Lage des Arbeiterstandes, in der Verbesserung der Volksschulen und Schaffung gemeinsamer Bildungsanstalten, der Betätigung in wirtschaftlichen, politischen und erzieherischen Organisationen ist ungleich mehr Garantie für eine moralische Erziehung der heranwachsenden Jugend geboten als in den Zwangsinstitutionen des Staates oder privater und kirchlicher Korporationen. — In familiären Stadtverordnetenkollegien des Kreises Solingen, soweit wir als Sozialdemokraten bereits vertreten sind, ist der Antrag einzubringen, daß Frauen zur Armenpflege mit herangezogen werden.“

Delegationen zum Internationalen Kongress.

Der Parteitag für den Bezirk Nordwest, der am Sonntag in Bremen tagte, delegierte nach Kopenhagen die Genossen Henke-Bremen, Haberlamp-Bremerhaven und die Genossin Reiche-Begefad.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Zentrumsdrahe.

Das Breslauer Schöffengericht verurteilte Mittwoch den Genossen Parteisekretär Scholich wegen Hausfriedensbruchs zu 10 W. Geldstrafe. Er soll das Vergehen begangen haben, indem er in einer Zentrumversammlung in Prisselwitz, Kreis Breslau, blieb, aus der der Vorsitzende wegen einiger Zwischenrufe die Sozialdemokraten hinausgewiesen hatte. Der den Vorfall führende Pfarrer hatte das erst bemerkt, als einige Wochen später ein Bericht über die Versammlung im „Landboten“ erschien, über den der Herr sich schwer ärgerte. Eifrigste Nachforschungen, die er dann in der Gemeinde anstellte, ergaben für ihn, daß Parteisekretär Scholich aus Breslau sitzen geblieben und sich Kotzen gemacht habe. Darauf stellte der Pfarrer Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs.

Soziales.

25 Jahre Krankenkasse.

Der soeben erschienene Bericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Frankfurt a. M. gibt einen interessanten Rückblick auf das 25jährige Bestehen der Ortskrankenkasse.

Auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes traten am 1. Dezember 1884 10 Ortskrankenkassen in Frankfurt ins Leben. Die Statuten der einzelnen Kassen lauteten übereinstimmend, insbesondere waren gleichmäßige Leistungen der Mitglieder und der Kassen vorgesehen. Gleichzeitig vereinigten sich diese 10 Ortskrankenkassen gemäß der Bestimmung des § 46 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 zu einem Kassenverbande mit dem Zweck: 1. der Anstellung von gemeinsamem Rechnungs- und Kassenspersonal und von anderem Hilfspersonal zur Erledigung der den beteiligten Ortskrankenkassen obliegenden Kassengeschäfte; 2. der Abschließung gemeinsamer Verträge mit Ärzten, Apothekern und Krankenhäusern; 3. der Einrichtung einer gemeinsamen Welpfelle.

Obwohl die 10 Ortskrankenkassen durch die Vereinigung zu einem Kassenverbande einer gemeinsamen Verwaltung unterstellt waren, so blieb doch der Verwaltungsapparat ein höchst komplizierter. Es mußten die Einnahmen und Ausgaben auf die einzelnen Kassen, die in Frage kamen, verbucht werden; es mußten bei den einzelnen Kassen regelmäßige Vorstandssitzungen, alljährlich 10 Generalversammlungen und ferner die Wahlen der Generalversammlungsvorteiler seitens der einzelnen Kassen stattfinden. Hierzu traten dann noch die Verbandssitzungen, in denen über die gemeinsamen Interessen der 10 Ortskrankenkassen beraten und beschlossen wurde.

Am 3. Mai 1888 konnte das Eintrittsgeld auf die Hälfte herabgesetzt, die Krankenunterstützung von 18 auf 20 Wochen ausgedehnt werden.

Ferner wurde seit dem Jahre 1886 die Einrichtung getroffen, daß die Mitglieder gegen einen vierteljährlichen Beitrag von 1,50 Mark für die in ihrem Haushalte lebenden nicht selbst versiche-

rungsberechtigten Angehörigen den Anspruch auf freie ärztliche Behandlung erwerben konnten. Wenn Arzneibezug wurde ihnen 10 Proz. Rabatt gewährt.

Vom 1. Juli 1888 ab wurden die 10 Kassen zu einer verschmolzen, die den Namen „Allgemeine Ortskrankenkasse zu Frankfurt a. M.“ führte. Dadurch wurden die Verwaltungsgeschäfte erheblich erleichtert. Von den Leistungen der Kasse haben wir folgende hervor:

Durch finanzielle Beteiligung der Kasse und durch die Versicherung auf ausgiebige Benützung hat der Frankfurter Verein für Krankenpflegeanstalten mit Hilfe des Magistrats und der Bürgerchaft folgende Pflegeanstalten ins Leben zu rufen vermocht: 1. die Krankenpflegeanstalt Neuenhain b. Soben im Taunus, am 22. September 1891; 2. die provisorische kleine Lungenheilstätte in Falkenstein bezw. Bockenhausen b. Eppheim, für ausschließlich männliche Patienten, am 15. August 1892; 3. die große Krankenheilstätte für männliche und weibliche Patienten in Ruppertsheim i. T., die am 22. Oktober 1895 an Stelle der unter 2 genannten Anstalt getreten ist, und 4. die Wälderholungsstätte bei Oberrod, die im Juli 1902 geschaffen wurde.

Neben diesen Anstalten stehen der Kasse das vom Hospital zum heiligen Geist im August 1902 für weibliche Patienten eröffnete Genesungsheim Hohenwald bei Cronberg, das an Stelle der alten Krankenpflegeanstalt Rainfurt getreten ist, sowie die Wälder Wiesbaden, Nauheim, Orb, Pippinger usw. zur Verfügung, so daß die Kasse für ihre Erkrankten ausreichende Fürsorge treffen und viel günstige Erfolge mit den einzelnen Heilverfahren erzielen konnte.

Am 1. Januar 1896 wurde der Kassenarbeitszwang beseitigt und die freie Arztwahl eingeführt. Am 1. Januar 1899 wurde der Krankengeldbezug auf 60 Proz. für die Dauer von 26 Wochen erweitert. Zugleich wurde die kassenärztliche Familienversicherung von der bisherigen freien ärztlichen Behandlung auf freie Medikamente und kleinere Heilmittel ausgedehnt und ein Sterbegeld für Frauen und Kinder der Kassenmitglieder eingeführt. Erweiterte Leistungen der Familienversicherung, und zwar auf freie ärztliche Behandlung bei Geburten triffen ab 1. Juli 1899, die Gewährung von Zuschüssen bis zu 20 M. bei etwaiger Hospitalverpflegung Platz.

Die Zahl der Mitglieder stieg von 9807 im Jahre 1885 auf 93 127 im Jahre 1909.

Aus dem Gebiete der Reformen innerhalb der Kassenverwaltung entnehmen wir dem Bericht folgendes. Im Jahre 1895 wurde ein Finanz-, Sanitäts- und Rechtsausschuß ins Leben gerufen. Den Ausschüssen werden die ihnen ressortmäßig zustehenden einzelnen Verwaltungsgeschäfte, soweit sie nicht durch das Bureau erledigt werden können, zur Beratung und Beschlußfassung und zur späteren Herbeiführung der Genehmigung durch den Gesamtvorstand überwiesen.

1895 wurde eine sachgemäße Krankenkontrolle durch festangestellte Krankenbesucher, und dann eine ausgedehntere vertrauensärztliche Untersuchung der Kassenmitglieder ins Leben gerufen. 1897 wurde die Beitragszahlung in Marken beseitigt und an dessen Stelle am 1. Juli das Erhebungsamt eingeführt. Die Quittungsbücher für Mitglieder wurden gegen Einführung eines zur Legitimation der Mitglieder dienenden An- und Abmeldeabschnittes abgeändert.

Die Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse, die Pensionierung der Beamten und die Versorgung der Witwen und Waisen derselben sind seit dem 1. Januar 1901 so geregelt, daß die Verwaltungsbeamten, und nach deren Ableben ihre Hinterbliebenen, die Witwen und Waisen, in dem Maße ebenso gut versorgt sind, wie die Beamten bei Staats- und Kommunalverwaltungen.

Und Organisationen, die durch ihre Selbstverwaltung so Musterhaftes geleistet haben, will die Reichsversicherungsordnung durch Eindämmung der Selbstverwaltung und durch Bureaucratifizierung verschandeln!

Aus dem Innungs-Schiedsgericht.

1. Fräulein B. war auf Grund eines schriftlichen Vertrages beim Wäldermeister Max Schabrodt drei Monate als Lehrmädchen tätig. Bei ihrem Weggange nach Ablauf der Vertragszeit erhielt sie ein Zeugnis, in dem der Beklagte ihre Ehelichkeit in Zweifel zog. Sie legte deshalb am Montag auf Ausstellung eines anderen Zeugnisses. In der Verhandlung zeigte es sich, daß der Beklagte völlig grundlos die Klägerin des Diebstahls und der Unterschlagung verdächtigte. Der Beklagte brachte ein anderes Zeugnis zum Termin mit, das er der Klägerin zum Vergleich anbot. In diesem Zeugnis stellte er die Klägerin als Hausknechtin hin. Das war dem doch dem Schiedsgericht zu viel. Es verurteilte den Beklagten ohne jede Beweisaufnahme zur Ausstellung eines anderen ordnungsmäßigen Zeugnisses, das sich dem Klagenantrag entsprechend, auch auf die Führung und die Leistungen der Klägerin zu erstrecken hat.

Hieraus ist wieder einmal zu ersehen, wie „edel“ mancher Innungsmeister sein kann, wenn sich einmal ein Mädchen nicht so willig der Ausbeutung unterwirft, wie es von ihr erwartet wird. Erst werden die Mädchen durch möglichst langfristige Verträge gebunden und dann erhalten sie zum Dank solche Urteilsurteile, die sie in ihrem Fortkommen schwer behindern können.

2. Der Tapezierer J. verlangte in der Dienstadttagung vom Tapezierermeister Ewald Strampel 8,25 M. Lohnentschädigung, weil er am 3. Mai mittags entlassen worden ist. Der Beklagte wendete ein, der Kläger habe die Arbeit verteuert. Kläger habe einige Tage aussetzen sollen; weil er damit nicht einverstanden war, sei er von ihm angewiesen worden, Wasser auf den Bau zu holen. Das habe Kläger abgelehnt. Das Schiedsgericht verurteilte den Beklagten dem Klagenantrag entsprechend. Mit dem Aussehen brauchte der Kläger nicht einverstanden zu sein und zum Wasserholen war er nicht verpflichtet, da das nicht zu den Arbeiten gehört, für die ein Tapeziererhelfer seine Arbeitskraft verbunden hat.

3. Die Firma Albert Krause hat dem Zimmerer U. 23 M. Lohn einbehalten und ist deshalb verklagt worden. Sie wendete ein, der Kläger habe ihr einen Schaden von 35 M. angerichtet. Dieser bestritt sein Verschulden. Das Schiedsgericht verurteilte die Firma zur Zahlung der 23 M., weil eine Verschulden des Klägers an dem Schaden nicht nachgewiesen und überdies die Aufrechnung des Schadenersatzanspruchs gegen die Lohnforderung unzulässig ist.

4. Nicht besonders nobel ist der Fleischermeister Wehlich zu dem bei ihm beschäftigt gewesenem Hausdiener B. gewesen. Letzterer kam am Sonntag, den 1. Mai, um 5 Uhr früh, bei Geschäftsbeginn nach Hause. Darauf fuhr ihn der Meister an: „An, Sie Strach, wo kommen Sie denn her? Machen Sie, daß Sie wieder wegkommen!“ Der so Entlassene glaubte sich zu Unrecht auf die Straße gesetzt und klagte auf 8,80 M. Entschädigung für die dreitägige Minderungsfrist. Er gab in der Dienstadttagung des Schiedsgerichts an, sich beim Besuche eines im Vorort wohnenden Freundes verspätet zu haben, so daß er keine Fahrgelegenheit mehr hatte. Er sei vollkommen nüchtern am nächsten Morgen im Geschäft erschienen. Der Beklagte wendete ein, daß sich der Kläger beim Nachhausekommen ungebührlich benommen habe; denn er habe nicht einmal die Hände aus der Hosentasche genommen, als er mit ihm sprach. Das Schiedsgericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung der Entschädigung, weil das etwa vorgekommene ungebührliche Verhalten des Klägers ihn noch nicht zur sofortigen Entlassung berechtigte.

5. Die Verkäuferin F. war beim Fleischermeister Adolf Rathenow beschäftigt. Sie ist am 15. März zum 1. April gekündigt und auch nach Ablauf dieser Frist entlassen worden. Fräulein F. betrachtete sich mit Recht als kaufmännische Angestellte und beanspruchte sechswochenlängliche Kündigungsgeld zum Quartalschluß. In der Meistersitzung darauf nicht einging, verklagte sie ihn beim Kaufmannsgericht auf Zahlung einer Gehaltsentschädigung von 300 M. für die Monate April bis Juni. Das hiesige Kaufmannsgericht betrachtete aber leider entgegen dem Befehl in seiner höchsten Praxis die Verkäuferin als Gewerbegehilfinnen, weil sie keine kaufmännische Vorbildung haben und neben dem Verkauf mit dem Zerlegen der Wurst- und Fleischwaren beschäftigt werden. Es verwies die Klage wegen vermeintlicher sachlicher Unzuständigkeit an das Innungs-Schiedsgericht. Dieses glaubte an die falschen

Entscheidungsgründe des Kaufmannsgerichts gebunden zu sein und wies die Klage ab, weil für Gewerbegehilfinnen, wenn nichts anderes vereinbart ist, nur eine 14tägige Kündigungsfrist gilt, die der Beklagte eingehalten hat.

6. Der Sattler W., beim Sattlermeister Richard Seemann in Arbeit stehend, sollte, als er mit dem Ausgehen vom 16. April ab nicht einverstanden war, in der Werkstatt arbeiten. Das lehnte er aber ab, weil sich die Werkstatt in einem Raum befand, dessen Benutzung teilweise verboten worden ist. Wegen dieser Weigerung wurde W. entlassen. Er klagte deshalb auf 54 M. Lohnschädigung für die 14tägige Kündigungsfrist. Das Schiedsgericht sprach ihm diese zu, weil seine Weigerung berechtigt und der Beklagte das Arbeitsverhältnis nicht freiwillig aufheben durfte.

7. Gegen den Schlossermeister Magnus klagten drei Anschläge auf Zahlung rückständiger Akkordlohnbeträge von 15,55 M., 27,03 M. und 4 M. Der Vertreter des Beklagten lehnte es im Termin ab, sich auf die Klagen zu äußern! Das Schiedsgericht verurteilte darauf den Beklagten entsprechend den Klageanträgen.

Verflechtung des Reichsversicherungsamts.

Auf die immer ungünstiger werdende Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts haben wir schon oft hinweisen müssen. In den „Volkswirtschaftlichen Blättern“ vom 30. April 1910, Heft 8, Seite 144, zweite Spalte, befindet sich eine Notiz, die vieles erklärt. Sie lautet:

„An Stelle des in den Staatsdienst zurücktretenden Regierungsrat Dr. Vortels, der jetzt im Reichsversicherungsamt tätig ist, ist Regierungsrat Dr. jur. Schweighofer als Stellvertreter des Geschäftsführers des Zentralverbandes deutscher Industrieller berufen worden.“

Es fehlt jetzt nur noch, daß Herr Alexander Tille als Regierungsrat ins Reichsversicherungsamt berufen wird, und die Wünsche unserer Unternehmer auf Gestaltung der sozialen Rechtsprechung sind alle erfüllt.

Gegen Umgehung der Sonntagsruhevorschriften.

Dieser Tage wandte sich das Oberverwaltungsgericht gegen den Versuch einer Umgehung der Sonntagsruhevorschriften.

Ein Herr Junge in Elmhorn war im Strafverfahren von der Anklage der Übertretung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe in Fabrikbetrieben freigesprochen. Darauf erhob die Polizeiverwaltung auf Veranlassung der Gewerbeinspektion an ihn folgende Verfügung: „Amtliche Feststellungen haben ergeben, daß die Bestimmungen des § 105 b Absatz I im Betriebe Ihrer Oelmühle nicht beobachtet werden. Es wird Ihnen daher für den mit regelmäßigen Tag- und Nachtschichten eingerichteten Betrieb Ihrer Oelmühle die Einstellung des werktäglichen Betriebs an den Sonn- und Festtagen für die in § 5 näher bezeichnete Zeitdauer ausgegeben. Während der sonn- und festtäglichen Betriebsruhe dürfen, unbeschadet der sonstigen Bestimmungen des § 105 c Absatz I, an den Sonntagen und Festtagen die Wiederaufnahme des vollen werktäglichen Betriebes abhängig ist (§ 105 c Ziffer 3), nur vorgenommen werden: Das Anheizen der Dampfessel, das Wärmen der Pfannen und Pressen usw. Im Falle der Zornüberhandlung wird der Betrieb der Oelmühle an Sonn- und Festtagen unter Anwendung unmittelbaren Zwanges polizeilich geschlossen werden.“

— Herr Junge forderte die Verfügung vergeblich durch Beschwerde an und klagte dann gegen den Oberpräsidenten im Verwaltungsstreitverfahren. In der Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht wurde aus dem früheren Strafverfahren als festgestelltes vorgebracht: Von Sonnabendabend 7 Uhr wird mit nach und nach sich ausschaltenden Maschinen die Arbeit eingestellt, so daß die endgültige Einstellung am Sonntag früh um 6 Uhr erfolgt. Am Sonntagabend 7 Uhr beginnt die Arbeit wieder mit allmählich einschaltenden Maschinen. Am Montag früh ist der volle Betrieb um 6 Uhr wieder aufgenommen. Wäglich ruht der Betrieb am Sonntag von 6 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Die Strafgerichte waren nun davon ausgegangen, daß die Sonntags vorgenommenen Arbeiten unter die Ausnahmen von der 24stündigen Betriebsruhe (§ 105 b) fielen, welche § 105 c zulässt, insbesondere unter die Arbeiten, von welchen die Wiederaufnahme des vollen werktäglichen Betriebes abhängig ist. — Die Verwaltungsbehörden waren jedoch mit Recht anderer Meinung. Sie wollten als solche Ausnahmen nur ganz bestimmte Arbeiten zulassen.

Das Oberverwaltungsgericht ließ sich verschiedene Gutachten der technischen Deputation für das Gewerbe erstatten. Darauf wies es die Klage des Herrn Junge ab. Es sei unzulässig, wie in der Fabrik des Klägers verfahren werde, indem dort gleichsam eine dreizehnte Schicht herauskomme. Es sei falsch, wenn der Kläger meine, der volle werktägliche Betrieb sei erst dann im Gange, wenn alle Produkte des Betriebes zutage träten. Das sei durchaus nicht nötig. Der entsprechenden Ausnahmsbestimmung des § 105 c Ziffer 3 werde schon genügt, wenn sämtliche Maschinen gingen und die Arbeiterhaft im wesentlichen beschäftigt sei. Dann liege schon der volle werktägliche Betrieb im Sinne des § 105 c Ziffer 3 vor. Es sei nicht dargetan, daß hier bei Zornüberhandlung der polizeilichen Auflage eine irgendwie in Betracht kommende Arbeiterschaft des Betriebes bei der Aufnahme des werktäglichen Betriebes unbeschäftigt bliebe. Deshalb sei die polizeiliche Verfügung, die sich im Rahmen des Gesetzes halte, gerechtfertigt.

Entschädigung für Nichtausstellen eines Zeugnisses.

Die Verkäuferin S. war von der Schokoladenfirma Gebrüder Stolwerd ausgeschieden, ohne ein Zeugnis erhalten zu haben. Auf ihre mehrfachen Ansuchen war ihr von der Geschäftsvertreterin gesagt worden, sie möchte sich direkt an den Chef wenden, der sich in Mühlhausen aufhalte. Darauf versicherte jedoch die Klägerin, da sie nicht mit dem Chef persönlich, sondern nur mit der Firma zu tun habe und im übrigen auch den Strandpunkt vertrat, daß es Sache der Bevollmächtigten des Prinzipals sei, sich mit diesem in Verbindung zu setzen. Die Klägerin verlangte vor der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts Ersatz eines Monatsgehalts in Höhe von 70 M. Sie führte aus, daß es ihr trotz größter Bemühung nicht gelang, eine Stellung zu finden. Wo sie sich auch vorstellte, überall habe man als unerlässliche Vorbedingung den Besitz eines Zeugnisses über die letzte Tätigkeit gestellt. Demgegenüber betont die Vertreterin der Firma, die übrigens an Führung und Leistung der Klägerin gar nichts auszusagen hat, daß Fräulein S. das Zeugnis jederzeit zur Verfügung gestanden, wenn sie sich nur an den Chef nach Mühlhausen gewandt hätte. Im übrigen will die Firma die Klageforderung bezahlen, wenn Fräulein S. den Nachweis erbringt, daß sie nur durch das Fehlen des Zeugnisses stellunglos blieb.

Das Kaufmannsgericht entschied, daß die Klägerin nicht nötig hat, den von der Beklagten geforderten Nachweis zu erbringen, es kam vielmehr schon auf Grund des Ergebnisses der Verhandlung zu einer Verurteilung der Firma in Höhe des Klageantrages. Das Gericht nahm ohne weiteres an, daß eine junge Verkäuferin ohne Festsetzung über die letzte Tätigkeit keine Stellung findet. Die kaufmännischen Verbände schreiben eine solche Angestellte gar nicht erst ein. Auch war es Sache der Beklagten bezw. deren Vertretung, für rechtzeitige Behändigung des Zeugnisses Sorge zu tragen.

Den Aktionären Riesengewinne — den Arbeitern Schwindsucht.

Die chemische Fabrik Griesheim-Elektron, Frankfurt a. M., hat in letzter Zeit in der Öffentlichkeit verschiedene Male Aufsehen erregt. Das letztemal handelte es sich darum, daß man in der Fürstenerziehungsanstalt St. Josephs in Kleingimmern bei Darmstadt unter katholischer Aufsicht einen Filialbetrieb eingerichtet hatte. Die Firma selbst machte auch im vergangenen Jahre ein glänzendes Geschäft. Der Riesengewinn betrug bei 14 Millionen Mark Aktientapital 28 Millionen Mark. Die Herren Aufsichtsräte und Profuristen können 479 208 M. Anteilen und Gratifikationen einstecken, im Vorjahre waren es „nur“ 402 000 M. Die Herren Aktionäre erhalten wieder 14 Proz. Dividende. Ihnen geht als trotz der wirtschaftlich ungünstigen

Zeit gar nicht so übel. Man müßte nun annehmen können, daß von diesen Riesengewinnen auch die Arbeiter etwas profitierten. Nach einer Schilderung von Böllig mit den Dingen vertrauter Seite gibt es in dem Werke Abteilungen, wo die Arbeiter wirklich außer ihrem niedrigen Lohn noch etwas bekommen, nämlich die Schwindsucht. Es handelt sich um die Abteilung für Chlorfabrikation. Sie wird im „Proletarier“ geschildert:

„Schon beim Betreten dieses Betriebes befüllt den Eintretenden ein stinkender Dunst, der zum Husten reizt und das Atmen ungemein erschwert. Die unerträgliche Atmosphäre wird verursacht durch das Ausströmen des Chlorgases aus den Wäbern. Wir haben in der hiesigen Fabrikation 60 Chlorbäder mit 1080 Zellen, welche in 24 Stunden ungefähr 3000 Kubikmeter Chlorgas liefern. Jede der Zellen muß jeden Tag mehrmals mit Salz gefüllt werden, man kann sich denken, was diese Arbeiter, die, nebenbei bemerkt, alle in jugendlichem Alter stehen, in dieser heißen, mit Chlor gesättigten Atmosphäre zu leiden haben. Die Salzfahrer sind diejenigen Arbeiter, die oft schon nach mehrmonatlicher Arbeit durch das Einatmen des heißen Chlorgases der Lungenchwindsucht anheimfallen und dann unrettbar verloren sind, weil Lunge und Nieren vom Chlorgas zertrüffelt sind.“

Es wird nun noch weiter geschildert, daß der Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit 82 bis 87 Pf. beträgt. Die riesige Gefahr für die Arbeiter wird erst richtig klar, wenn beachtet wird, daß pro Arbeitsschicht 100 Zentner Chloralkaliumsalz zur Lösung verarbeitet wird. Das Salz läuft ununterbrochen mit Lauge vermischt in heißem Zustande auf die Filter, die so schnell ausgewaschen und entleert sein müssen, daß im Zulaufl keine Störung eintritt. Es wird dann weiter geschildert, daß der größte Teil der neuemgestellten Arbeiter den Betrieb schon nach wenigen Tagen wegen der furchterlichen Arbeitsbedingungen verläßt. Das Einatmen der heißen Dünste verursacht häufig Lungenbluten, von der Chlorabteilung befinden sich fortwährend mehrere Arbeiter im Krankenhaus und in der Lungenheilanstalt. Von der Lungenheilanstalt als unheilbar Entlassene werden in dem Betriebe mit Hojarbeit beschäftigt.

Die Glanzleistungen der Chemie werden zum Hohn, wenn nicht alles geschieht, um auch jede nur irgendwie mögliche Gefahr von den dabei beschäftigten Arbeitern abzuwenden. Nach den Schilderungen erscheint es uns so, als wenn da noch vieles gerade bei der Chlorfabrikation in der chemischen Fabrik Elektron, Griesheim, Verbesserungsbedürftig sei. Es muß aufreißend wirken, wenn die Aktionäre alljährlich 14 Proz. Dividende bekommen, und die nur dadurch möglich wird, daß jahraus, jahrein so und so viele Arbeiter zur sicheren Schwindsucht verurteilt werden.

Zum Gefindeunrecht.

Dieser Tage wurde vor dem Kammergericht ein Prozeß verhandelt, der wiederum zeigt, wie vorhinflutlich und ausnahmsrechtlich die Vorschriften der Gefindeordnung sind.

Das Dienstmädchen Neumann, das bei dem Oberleutnant v. Remmich in Breslau in Stellung war, hatte alle 14 Tage ihren Ausgehtag. An einem dieser Sonntage sollte sie um 10 Uhr zurück sein. Sie besuchte ihre Mutter in dem vorortigen Kofel. Gegen 10 Uhr verschloß Herr v. Remmich die Tür und ließ den Schlüssel innen stecken, so daß das Mädchen, als es noch vor 11 Uhr kam, mit ihrem Köcher nicht öffnen konnte. Sie klopfte auf der Treppe und klingelte eine Stunde lang, ohne daß ihr geöffnet wurde. Dann kam v. Remmich an die Tür und rief ihr zu, er lasse sie nicht herein, sie solle dahin gehen, wo sie hergekommen sei. Gegen 12 Uhr ging das Mädchen fort. Es begab sich zu ihrer Mutter nach Kofel. Und zwar mußte sie den Weg zu Fuß zurücklegen. Am anderen Tage kam sie wieder und wollte den Dienst verlassen. v. Remmich erklärte ihr jedoch, wenn sie gehe, täte sie es auf eigene Verantwortung. Sie verließ trotzdem den Dienst. Der Leutnant v. Remmich stellte Strafantrag auf Grund des Gesetzes vom 21. April 1854, betreffend die Verletzung der Dienstpflichten des Gefindes und der ländlichen Arbeiter. — Das Landgericht in Breslau verurteilte auch die Angeklagte wegen vertragswidriger Aufgabe des Dienstes zu einer Geldstrafe von 3 M. Das Landgericht nahm an, daß die Ausschließung der Angeklagten nicht als eine ungewöhnliche und ausschweifende Härte im Sinne des § 137 der Gefindeordnung vom 8. November 1810 angesehen werden könne. Eine Strafe von 3 M. genüge jedoch mit Rücksicht darauf, daß sie zu ihrem Handeln durch die immerhin ungewöhnliche Behandlung seitens des Dienstherrn veranlaßt worden sei.

Das Mädchen legte Revision ein und machte geltend, das Landgericht habe übersehen, daß es sich um ein junges Mädchen von nur wenig mehr als 18 Jahren handele. Sie sei auch schwächlich. Der Weg, den sie nachts durch eine unsichere Gegend habe zurücklegen müssen, um wieder zur Mutter zu kommen, betrage zwei Stunden. Eine größere Härte sei kaum möglich als die, sie zu zwingen, übermüdet in der Nacht den Weg zu machen.

Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht „befürchtete“, wie er sich ausdrückte, daß der Angeklagten wegen der tatsächlichen Feststellungen kaum zu helfen sein werde. Die Befürchtung traf ein.

Das Kammergericht verwarf die Revision des Mädchens mit folgender Begründung: Der Revisionsrichter müsse sich Erwägungen entziehen, die tatsächlicher Natur seien. Er habe nur den Rechtspunkt zu erörtern. Nach den tatsächlichen Feststellungen des Landgerichts wäre nun allerdings eine ungewöhnliche Härte in der Behandlung seitens des Dienstherrn zu sehen. Das genüge aber nicht, um einen Grund zum sofortigen Verlassen des Dienstes anzunehmen. Der § 137 der Gefindeordnung stelle als solchen Grund hin eine Behandlung mit ungewöhnlicher und ausschweifender Härte. Die Behandlung müsse also einen ganz besonders schweren Charakter haben, der nahe der Grausamkeit liege. Nun könnten ja die Meinungen darüber, wo die Grausamkeit ansetze, verschieden sein. Vielmehr könnte hier eine kleine Grausamkeit an sich angenommen werden. Aber die Vorinstanz sage in rein tatsächlichem Schluß, es läge unter den obwaltenden Umständen keine ausschweifende Härte vor. Das könne der Revisionsrichter tatsächlich nicht nachprüfen und nicht seine eigenen Erwägungen an Stelle der des Landgerichts setzen. Ein Revisionsrekurs liege jedenfalls nicht in dem landgerichtlichen Urteil. Somit sei die Revision an den tatsächlichen Feststellungen des Landgerichts, daß eine ungewöhnliche und ausschweifende Härte nicht vorliege.

Also: Größtliche Verletzung nach dem Dienstvertrag und nach den allgemeinen Regeln der Menschenpflicht seitens des Dienstherrn, aber Befreiung des in ihren Rechten gekränkten Mädchens, weil die gegen sie verübte rohe und harte Behandlung noch nicht ganz bis an die Grenzen der Grausamkeit gegangen war. Und das nennt Preußen gerechte Gesetze und gerechte Rechtsprechung.

Gerichts-Zeitung.

Eine Neuerung berechtigten Unwillens — grober Unfug.

Am Nachmittag des 6. März, als sich die Berliner Schulleute als Verkehrshindernisse vor den Eingängen des Treptower Parks aufgestellt hatten und das Publikum auf den Straßen und in Schonhöfen attackiert wurde, holten einige Schulleute einen Mann aus einer Schankwirtschaft in der Falkensteinstraße. Die Art, wie der Mann von den Schulleuten behandelt wurde, erregte die Empörung des Publikums. Der Ruf: „Fu! Gemeinheit!“ erschallte gleichzeitig aus vielen Reihen. Schulmann Kest, der an der Siftierung nicht beteiligt war, griff aus der Menge den ihm zunächst stehenden Arbeiter Tieg heraus, der auch seinem Unwillen über die Behandlung des Siftierers durch das Wort „Gemeinheit“ Ausdruck gegeben hatte. Tieg erhielt ein Strafmandat wegen groben Unfugs. Doch das Schöffengericht sprach ihn frei. In der schriftlichen Urteilsbegründung hat der vorsitzende Richter mit unverfälschter Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß er an der Freisprechung des Angeklagten keinen Anteil hat, sondern daß es

die Schöffengericht waren, welche die Handlungsweise des Angeklagten nicht als groben Unfug ansehen konnten.

Wenn schon ein in der Minderheit gebliebener Richter seinen von der Mehrheit des Gerichts abweichenden Standpunkt in solcher Weise zum Ausdruck bringt, kann der Staatsanwalt der Freisprechung natürlich auch nicht ruhig zusehen. Er legte Berufung ein. Infolgedessen wurde die Angelegenheit gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt.

Daß der Angeklagte die Art der Siftierung als „Gemeinheit“ bezeichnet hat, gab er ohne weiteres zu. Mehr konnte der als Zeuge vernommene Schulmann Kest in bezug auf den Angeklagten auch nicht sagen. Doch wollte er ganz bestimmt bemerkt haben, daß der Angeklagte den Ruf sehr laut ausgestoßen habe. Ein anderer Zeuge, Möbelpolierer Herrmann, der dicht neben dem Angeklagten stand, hat den Ruf nicht als besonders laut empfunden. Die Empörung des Publikums über die Behandlung des Siftierers erklärte der Zeuge dadurch, daß die Schulleute in äußerst brutaler Weise die Siftierung bewerkstelligt hätten. Der Mann sei unter Schlägen und Pfüssen an dem Lokal herangeschleppt worden.

Der Staatsanwalt beantragte fünf Tage Haft.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, begründete seinen Antrag auf Freisprechung, indem er ausführte, daß die Reclamations des groben Unfugs in diesem Falle nicht gegeben seien. Doch selbst, wenn das Gericht anderer Ansicht sein sollte, würde sich die Verhängung einer Freiheitsstrafe nicht rechtfertigen lassen.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 15 M. Das absichtlich laute Rufen des Wortes „Gemeinheit“ in bezug auf die Schulleute in der gegebenen Situation trage die Kennzeichen des groben Unfugs. Da der Angeklagte aber nicht zu den Leuten gehöre, welche absichtlich die Amtshandlungen der Schulleute gegen die Demonstranten erschweren, so sei der Fall milde zu beurteilen.

Das also ist, selbst nach dem Urteil einer sonst recht unbefangenen Strafkammer, die preukische Berechtigung: Wist Du empört über das unrechtmäßige Verhalten von Schulleuten, so hüte Dich, daß kein laut gesprochenes Wort dem Wege Deiner Fäuste entfliehe, denn sonst machst Du Dich, selbst wenn sich die Polizei nicht durch Deine Neuerung beleidigt fühlt, immerhin des groben Unfugs schuldig.

Vielleicht gelangt das Kammergericht zu einer zutreffenderen Würdigung.

Wie stark das Gericht glaubt, durch Verurteilung von Wahlrechtsdemonstranten die „Staatsautorität“ schützen zu müssen, beweist auch der nachstehende Fall.

Eine Polizeiatteke vom 6. März.

die nachmittags zwischen 1 und 2 Uhr am Ringbahnhof Treptow gegen Gäste des Gartenlokals „Neues Gesellschaftshaus“ ausgeführt wurde, brachte einem Buchdrucker Pohl eine Anklage ein. Er sollte dadurch, daß er beim Anblick jener Atteke in lauten Rufen seine Erregung geäußert habe, zwei Polizisten beleidigt haben, sollte durch diese Rufe zugleich die Menge zur Begehung strafbarer Handlungen aufgefordert haben, ohne daß die Aufforderung Erfolg hatte, und sollte schließlich einem der beiden Polizisten durch Gewalt Widerstand geleistet haben. Am Mittwoch stand P. vor dem Landgericht II (Strafkammer 4 unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Vinukta). Der Angeklagte versicherte, er habe, als die Polizei in das Lokal eingedrungen war, um es zu räumen, lediglich den Gästen zugerufen: „Sihen bleiben!“ In der Anzeige gegen ihn hatten Schulmann Wuff und Schulmann Ditt angegeben, P. habe am Ausgang des Gartens, während die Menge hinausgedrängt wurde, brohend die geballte Faust gegen die Beamten erhoben und gerufen: „Sihen bleiben! Wuf, Satans verfluchte! Haut ihn! Nieder mit den Bluthunden!“ Als Ditt ihn festnahm, habe P. sich energisch von ihm loszureißen versucht. So hande auch in der Anklage, und so behauptete es vor Gericht die beiden Schulleute. Der Angeklagte erklärte, er erinnere sich nicht, getan zu haben, was ihm da sonst noch zur Last gelegt werde. Er sei übrigens damals schon seit längerer Zeit krank gewesen, habe an jenem Tage sich im Fieber befunden und sei am anderen Tage nach dem Krankenhaus gegangen, wo er zur Heilung seines Leidens sich einer Operation unterzogen und bis jetzt gelegen habe. Der Staatsanwalt beantragte gegen P. 3 Monate Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, bat, zu beachten, daß der bisher unbescholtene Angeklagte im Fieberzustand behandelt habe. Ihn zu einer so harten Strafe zu verurteilen, werde das Gericht schon deshalb gewiß keinen Anlaß sehen, weil inzwischen die Polizei selber Versammlungen unter freiem Himmel gestattet und hiermit zugegeben habe, daß das damalige Verbot ungerathen gewesen war. Dem Angeklagten sei als mildender Umstand anzurechnen die Erregung über dieses Verbot sowie über die Szenen, die er am Bahnhof Treptow sich abspielen sah. Das Gericht erkannte die Widerungsgründe an und erachtete eine Geldstrafe von 100 M. als ausreichende Sühne.

Wahlrechtsdemonstrationsprozesse in Spandau.

Das Schöffengericht in Spandau hatte sich am Mittwoch mit einer Anklage, welche gegen den Genossen Friedrich Seeland auf Grund der Wahlrechtsdemonstrationen am 18. Februar und am 15. März er. erhoben war, zu beschäftigen.

Am 13. Februar hatte die Polizei, nachdem die Versammlung bei Köpenick, Widelsdorfer Straße, zu Ende war, die Klosterstraße an der Hamburger Straße abgesperrt und verlangte von den in losen Gruppen ankommenden Versammlungsbesuchern, daß sie die Hamburger Straße entlang gehen sollten. Seeland, der von Widelsdorf her mit der Strahlenbahn gefahren war, stieg kurz vor der Hamburger Straße ab. Er wollte, obwohl der erste größere Trupp noch etwa 50 Meter hinter ihm war, langsam der Stadt zu gehen, wurde hietan aber durch die Polizeibeamten behindert. Trotzdem ließen die Beamten noch verschiedene andere Personen passieren, wie der als Zeuge vernommene Polizeikommissar Marx aus sagte, habe er die Leute, denen man ansah, daß sie nicht an der Demonstration beteiligt waren, durchgelassen. Seeland wehrte sich gegen die Zurückhaltung und wurde schließlich gefesselt nach der Polizeiwache geschafft. Im zweiten Falle soll Seeland nach der Versammlung bei Wölsch am 15. März wiederholt „Nieder mit Weltmann Gollweg“ gerufen haben. Hierin erblickte die Anklagebehörde groben Unfug. Der Anwalt beantragte ohne weitere Begründung 2 Wochen Haft und 3 Wochen Gefängnis. Das Gericht erkannte auf insgesamt 85 M. Geldstrafe. Als bei der Urteilsbegründung der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Birle, in ganz unmotivierter Weise ausführte, „es sei bekannt, daß die sozialdemokratische Partei geneigt sei, event. zu Gewalttätigkeiten zu schreiten“, nahmen verschiedene im Zuhörerraum anwesende Genossen ihre Notizbücher aus der Tasche, um sich diese antidemokratische Weisheit zu notieren. Da erregte sich der Herr ganz gewaltig und er herrschte die Genossen an: „Ich verbitte mir jede Notierung im Zuhörerraum.“ Einen anwesenden Polizeibeamten ersuchte er, aufzupassen, daß niemand Notizen mache. Er fuhr dann fort: „Ich brauche keine Kritik zu fürchten, auch von denen da hinten nicht. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Sozialdemokratie zur Gewalt greift!“

Die anwesenden Genossen amüsierten sich köstlich über diesen Weisheitsberg. Das Urteil zeigt, wie weitestfern die Begründung der Wahrheit dem Richter liegt. Was läßt sich auch von einem Richter Besseres erwarten, der durch sein durchaus ungeschickliches Verbot, Notizen zu machen, zeigt, daß ihm selbst die einfachen, zum Schutz gegen Mißbrauch der Nichtergewalt in der Strafprozessordnung enthaltenen Vorschriften unbekannt sind.

Diebe in der Laubentzone.

An das Sprichwort von dem zum Gärtner gesehten Bod erinnert der Sachverhalt, welcher einer Anklage wegen vorsätzlicher Brandstiftung zugrunde lag, welche gestern das Schwurgericht des Landgerichts III beschaffte. Angeklagt waren der Versicherungsinspektor Edmund Gerling und der Versicherungsinspektor Paul Paschke. — In einer Laubentzone, welche in der Nähe von Blankenburg an der Nordbahn liegt, wurden im Dezember v. J. wiederholt Einbruchsdiebstähle verübt. Um den Eindringern auf die Spur zu kommen, legte sich einer der Laubentbesitzer, der Brunnenmacher Schwarze, wiederholt nachts auf die Lauer. In der Nacht zum 8. Januar v. J. beobachtete Schwarze zwei Männer, die sich an der Laube des Kohlenhändlers Gerner beschäftigten. Er holte sofort Hilfe herbei und ließ die Laube umstellen. In demselben Augenblick sprangen die vermeintlichen zwei Einbrecher aus dem Fenster und ergriffen die Flucht. Es gelang nur den einen festzunehmen, während der zweite Täter entkam. Auf der Polizeiwache entpuppte sich der Verhaftete als der Versicherungsinspektor Gerling. Als Schwarze nach der Gerner'schen Laube zurückkam, sah er in dieser einen schwachen Lichtschimmer. Er ging sofort in die Laube hinein und fand hier mehrere mit Petroleum übergoßene Kleidungsstücke, die lichterloh brannten. Schwarze löschte das Feuer aus, jedoch offenbar nicht genügend, da die Laube am nächsten Morgen völlig niederbrannte. Am nächsten Tage wurde der zweite Täter, der seinen mit „P. P.“ gezeichneten Hut auf der Flucht verloren hatte, in der Person des jetzigen Angeklagten Paschke ermittelt und verhaftet. — Bei seiner ersten Vernehmung machte der Angeklagte folgende Angaben über das Motiv, welches sie zu der Brandstiftung geleitet habe. Er sei mit Paschke zusammen in mehreren Lokalen in Pantow gewesen. Bei der Kneiperei sei die Rede darauf gekommen, daß so viele Lauben nicht versichert wären, und daß man den Laubentbesitzern wegen dieses Rechtsinns eins auszuweisen müsse. Paschke hat vorgeschlagen, nach Blankenburg zu fahren und mehrere Lauben in Brand zu stecken, damit sich die übrigen Laubentbesitzer dann sofort versichern ließen. Beide hätten die Absicht gehabt, als Angestellte des Lübecker Feuerversicherungs-Vereins von 1836 Berlin dann neue Versicherungen abzuschließen und die Provision zu verdienen. — In der gestrigen Verhandlung waren beide Angeklagte geständig. Die Geschworenen bejahen die Schuldfragen wegen einfacher Brandstiftung aus § 305 St.-G.-B. Das Urteil lautete auf je 1 Jahr 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung von je 3 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Die „Ten“ unter sich.

In dem bekannten Weinrestaurant „Traube“ in der Leipziger Straße spielte sich am 11. November v. J. eine erregte Szene ab, mit der sich gestern die 6. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Goebel längere Zeit zu beschäftigen hatte. Wegen talslicher Verleumdung war der Offizier a. D., jetzige Major Wilhelm von Gaffron und Oberstabsarzt, vom Schöffengericht zu 500 M. Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte wegen der Höhe der Strafe Berufung einlegen lassen. Nebenkläger war Leutnant v. Ref. Oswald v. R. Nichtshofen. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Der Angeklagte verkehrte bis zum Jahre 1908 freundschaftlich mit dem Leutnant Oswald v. R. Nichtshofen. Nach wiederholten vergeblichen Versuchen des v. R. Nichtshofen, den Angeklagten um 25 000 M. anzupumpen, ließ sich Angeklagter dazu breitschlagen, an ihn 25 000 M. gegen Verfertigung einer Erbschaft über 40 000 M. zu zahlen. Die Erbschaft sollte nur in Höhe von 25 000 M. an Angeklagten fallen. v. R. Nichtshofen verbreitete, nachdem er den Rammon durchgebracht hatte, das Gerücht, der Angeklagte habe einen Anspruch auf die volle Erbschaft von 40 000 M. gegen Vergabe der 25 000 M. sich zedieren lassen. Das Gerücht schied den Angeklagten natürlich herab. v. R. Nichtshofen, zur Rede gestellt, versprach, das Gerücht zu „stoppen“. Es war aber zu spät. v. R. Nichtshofen schied dann aus der Armee und fuhr nach Karoffo; dort oder in den Kolonien erhoffte er eine Anstellung. Von Afrika aus schrieb er dem Angeklagten einen ehrenkränkenden Brief. Am 11. November 1909 erfuhr der Angeklagte, daß sich v. R. Nichtshofen im Restaurant „Traube“ befand. Dorthin begab er sich im Reitanzuge, gefolgt von seinem Stützer. Der Nebenkläger sah an einem Tisch in Gesellschaft des Oberleutnants v. Schroetter. Herr v. Gaffron trat auf ihn zu und sagte zu ihm: „Sie werden sich entsinnen, Herr v. R. Nichtshofen, was Sie mir vor Ihrer Abreise nach Afrika für einen Brief geschrieben haben. Darauf gibt es nur eine Antwort!“ Als dann verkehrte er ihm mit der Hand einen Schlag vor den Mund. Darauf entfernte er sich schnell und Herr v. R. Nichtshofen tief ihm das Wort „Schweinehund“ nach.

Auf Grund dieses Tatbestandes erhob der Staatsanwalt Anklage wegen Verleumdung des v. R. Nichtshofen „im öffentlichen Interesse“. In dem gestrigen Termin fehlte das Gericht die Strafe von 500 M. auf 200 M. herab. Die Kosten des Verfahrens wurden zu

zwei Fünftel dem Angeklagten, zu drei Fünfteln der Staatskasse auferlegt.

Eigenartiges „öffentliches Interesse“, das dazu führt, daß die Steuerzahler an Stelle des 25 000 M. pumpenden, ein falsches Gerücht verbreitenden Schweinehund-Rufers drei Fünftel der Kosten zahlen sollen. Es ist höchste Zeit, der Staatsanwaltschaft das Recht zu nehmen, wenn es ihr paßt, Verleumdungsklagen „im öffentlichen Interesse“ zu erheben.

Der bestechliche Distriktskommissar.

Vor kurzem wurde, wie unseren Lesern erinnerlich sein wird, von dem Schöffengericht in Posen ein Gastwirt Rood wegen Verleumdung des Bezirkskommissars Rittmeister a. D. v. Keller zu 200 M. Geldstrafe verurteilt, wiewohl der Beweis der behaupteten Bestechlichkeit geführt war. In der Berufungsinstanz hat jetzt die Strafkammer auf Freisprechung erkannt. Das Gericht betonte, daß dem Angeklagten der Schutz des § 193 St.-G.-B. zugestanden werden müsse. v. Keller, dem von Rood Bestechlichkeit vorgeworfen wurde, ist bekanntlich nach dem Termin plötzlich verschwunden.

Vermischtes.

Auch ein Geschenk.

Schwer beladen kann Theobald Noosebelt nach seinem Besuche in Berlin den heimischen Gestaden zusteuern. Da es nicht anging, ihn als den Vertreter einer „freien“ Republik mit glänzenden Orden zu beschenken, hat Wilhelm II. ihm durch einen Adjutanten vier sehr umfangreiche Aquarelle zugesandt. Leider schildern die Blätter nicht, welche vergnügtes Gesicht der Expräsident bei der Ankunft der Kisten gemacht hat. Bei dem sehr stark ausgeprägten militärischen Sinn Wilhelms II. war es selbstverständlich, daß auch sein Geschenk militärische Vorurteile behandelt. Die Bilder haben als Motiv die Entwicklung der Uniformen, Fahnen und Standarten bei den verschiedenen Waffengattungen der preussischen Armee seit der Zeit des Großen Kurfürsten bis zum heutigen Tage.

Es ist anzunehmen, daß das neue Geschenk Wilhelms II. in Amerika ebenso begeistert aufgenommen wird, wie das felder gespendete Denkmal Friedrichs II., das nach verschiedenen Wanderingen an einem verstaubten Plage Unterschlupf gefunden hat.

Wieder eine Grubenkatastrophe.

Nach einer telegraphischen Meldung aus Manchester (England) hat auf der Kohlengrube Whitshaven in der Mittwochnacht eine schwere Explosion stattgefunden. In der Grube befanden sich 136 Mann; trotzdem sofort die Rettungsarbeiten vorgenommen wurden, gelang es bis zum anderen Morgen nur, vier Arbeiter zu Tage zu bringen. Es wird befürchtet, daß die gesamte übrige Mannschaft der Katastrophe zum Opfer gefallen ist.

Kann ein Papagei gerichtlicher Zeuge sein?

Diese etwas knifflische Frage wurde jüngst, wie wir in der Zeitschrift „Gesetz und Recht“ lesen, einem jungen Rechtskandidaten bei seinem Examen vorgelegt. Die wirklich vorhandenen Unterlagen für die Beurteilung der Frage sind, wie die genannte Zeitschrift berichtet, die folgenden:

Ein noch junger Chemann hatte gegen seine Gattin die Klage auf Ehescheidung angestrengt mit der Begründung, daß sie ihn betrogen und mit einem seiner Freunde namens Arthur die Ehe gebrochen habe. Als — einziges — Beweismittel für die Behauptung gab er, da der genannte Arthur inzwischen verschwunden und nicht aufzufinden war, seinen — Papagei an. Dieser, ein sehr kluges und gutsprechendes Tier, habe nämlich in seinem Käfig stets im Schlafzimmer der Eheleute gestanden und von jeder Worte und Sätze, die er gehört habe, läusend genau im Ausdruck und Tonfall nachsprechen können. Der Chemann sei nun in dringenden Geschäften etwa acht Wochen von Hause auf Reisen ferngeblieben. Wie habe er aber gestaunt, als er bei seiner Rückkehr habe entdecken müssen, daß der muntere Vogel, genau mit der Stimme der jungen Ehefrau, in einem fort in den ärtlichsten Ausdrücken den Namen „Arthur“ gerufen und daran Kosworte, wie „Du Säher, Liebling, mein Herz, sei doch lieb“, geflüstert habe. Es sei unzweifelhaft, daß der Papagei diese Worte gehört haben müsse, und zwar längere Zeit hindurch, da er sonst den Tonfall und die zahlreichen Worte nicht so verblüffend

genau hätte nachahmen können. Selen aber diese Worte von der jungen Ehefrau dem Hausfreunde Arthur gegenüber, und zwar im Schlafzimmer der Eheleute gefallen, so sei ohne weiteres als erwiesen anzusehen, daß die Beklagte Ehebruch getrieben habe. Das Gericht möge den Papagei an Gerichtsstelle schaffen und sich die Sätze von ihm vorsprechen lassen. Kann nun, so wurde im Anschluß daran die eingangs mitgeteilte Frage an den Kandidaten gestellt, unter diesen Umständen der Papagei als Zeuge vernommen werden? Der Kandidat meinte, es sei kein Grund ersichtlich, warum dies nicht möglich sein sollte, zumal doch das Tier ganz unbeeinträchtigt seine Aussage machen würde. Diese Antwort fand indessen nicht die Billigung der Kommission. Als Zeugen können nur Personen vernommen werden; Tiere dagegen können nur Gegenstand des sogenannten richterlichen Augencheins — in diesem Falle richtiger „Ohrencheins“ — sein. Der klägerische Chemann soll übrigens dem Prozeß gewonnen haben, da die junge Ehefrau schließlich ihre Schuld reumütig zugab, worauf das Gericht die Ehe der Parteien trennte.

Vier Personen vom Zuge überfahren.

Ein gräßliches Unglück ereignete sich am Mittwoch in der Nähe der Station Rahn (Steiermark) auf der Bahnstrecke Agram—Steinbrunn. Ein Welpam mit zwei Pferden, in dem vier Personen saßen, setzte über das Eisenbahngelände, weil die Bahnranken offen waren. In diesem Augenblick fuhr ein Zug heran, der das Welpam erfaßte und vollständig geräumte. Die Pferde rissen sich von den Strängen los und rasten davon. Der Reiter wurde vom Bod geschleudert, stürzte aber nach vorn und wurde so gerettet. Die anderen vier Personen, die im Wagen saßen — die beiden Grundbesitzer Demilovic und Vustal mit ihren Frauen — wurden von der Lokomotive erfaßt und bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt und zerstückelt. Jedes Glied ihrer Körper lag anderswo. Hier ein Fuß, dort eine Hand, hier ein Knochen, dort ein Fleischlumpen. Aus einer Fleischmasse quollen Eingeweide heraus. Die Lokomotive wurde in Rahn zurückgehalten, da an den Rädern menschliche Fleischteile klebten. Das Ehepaar Vustal war erst seit kurzer Zeit verheiratet.

Das Verbrechen an dem Unglück wird der Bahnwächtergattin Sassek beigemessen, die die Bahnranken zu schließen verabsäumte. Die Frau, die elf unverorgte Kinder hat, wollte aus Verzweiflung Selbstmord begehen und konnte nur mit Mühe davon zurückgehalten werden.

Kleine Notizen.

In den Flammen umgekommen. Bei einem Brande, der nachts in dem Hause eines Wärders Leuenberg im Dorfe Brieskow bei Pärtenwalde wütete, verbrannte die achtjährige Tochter des Besitzers. Die übrigen Bewohner des Hauses konnten bei dem schnellen Umsichgreifen des Feuers nur das nackte Leben retten.

Hingerichteter Mörder. In Aachen wurde am Mittwoch früh der wegen Mordes an einem Knaben zum Tode verurteilte Tagelöhner Niederau hingerichtet.

In der Pfalz sind schwere Gewitter niedergegangen; der damit verbundene Hagelschlag hat großen Schaden angerichtet. An vielen Orten haben die Regenmassen erhebliche Ueberschwemmungen verursacht.

Lawinsturz. Am Grenner ist ein Güterzug, der in einen Lawinsturz geriet, stehen geblieben und entgleist.

Einer anarchistischen Verschwörung will die Polizei in Grenoble (Frankreich) auf die Spur gekommen sein. Dort wurde ein Maler verhaftet, der im Hause seines Arbeitgebers eine Bombe niedergelegt hatte. Die Durchsuchung der Wohnung des Attentäters ergab, daß dieser ein vollständiges anarchistisches Laboratorium besaß, in dem eine Riste Melinit und andere Sprengstoffe in beträchtlicher Menge sowie Chemikalien und fertige Bomben vorgefunden wurden. Man vermutet, daß Helfershelfer vorhanden sind. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

In Niederösterreich ist am Dienstagabend ein fünf Sekunden dauerndes wellenförmiges Erdbeben verspürt worden. Die Erschütterung war so stark, daß die Uhren stehen blieben und Gegenstände zu Boden fielen. Zahlreiche Wohnungen weisen an den Decken Sprünge auf. Die Einwohner flüchteten erschreckt auf die Straßen und verbrachten einen Teil der Nacht im Freien.

Wird an einer Prostituierten. In der Rueppgasse in Wien ist die Prostituierte Hillner in ihrem Zimmer erdrosselt aufgefunden worden. Ein der Tat verdächtiger junger Mann wurde verhaftet.

Nathan Wand
129 Staliger Str. 129.
Die schönsten
Herren-Frühjahrs-Paletots
und Anzüge in neu
sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kavaliereu getragene Sachen,
selt neu, für jede Figur passend,
speziell Ganzanzüge sind in
großer Auswahl stets zu stimmen
billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Staliger Str. 129.
Hochbahnstation Rothbuser Str.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Neu!
Selowskys
Caruso=Cigaretten
in eleganten Blechdosen
20 St. 60 Pf.
Neu!

Arbeiter=
Bekleidung — Berufskleidung.
Größtes Spezialgeschäft.
Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft
Alexanderstr. 12.
Landsberger Allee 148. Rixdorf: Bergstr. 60.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Pichelswerder,**
an der neuen heim Alten Freund.
Geesthose

Hut-Arnold Dresdenstr. 116
(Kein Laden) am Oranienplatz
Hut und Mützen Engros-Geschäft.
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen



Strohüte aller Art sehr billig.
Welche Herrenhüte v. 1,50-6,00
Nur fehlerfreie moderne Ware.
Grösste Auswahl in Mützen und Strohhüten.

Stelle Herrenhüte v. 2,00-7,00
Nur fehlerfreie moderne Ware.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung
eleganter Herren- und
Knaben-Garderobe
fertig und nach Mass,
feinste Verarbeitung.
S. Boltuch,
Frankfurter Allee 75, 1
Eingang Tilsiter Strasse.

Kredit Monat 10 M. Rest
den Herren-Garderobe
n. Ruh (billigste Preise)
Schneidermeister,
Lindenstr. 110.
Kasse 10 Proz. Rabatt

Stauend billig
Land-, Obstbaum- u. Hochwald-
Parzellen
Nassenheide (Nordbahn)
von 250 M. an mit Baum und Laube,
Gumberte in kurzer Zeit verkauft,
1/2 Stunde Fahrzeit.
Veltzer Wolf täglich im Bahn-
hofs-Restaurant angutreffen. 21095*

Blumen- und Kranzbinderei
von **Robert Meyer,**
nur Mariannen-Straße 2.

Gesundheit ist Reichtum!
Bade Berlin-Ost im
„Bad Frankfurt“
Große Frankfurter Str. 136.

Medizinische Bäder aller Art
in werktäglicher ununterbrochener ge-
öffneten Sonder-Abteilungen für Damen
466L und Herren.
3 Wannenbäder mit je 2 Hand-
tüchern 75 Pf. (40 Minuten Badzeit.)

Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Trotz der allgemeinen Teuerung
Beim Einkauf verlange man ausdrücklich **MAGGI'S Würze • MAGGI'S Suppen • MAGGI'S Bouillon-Würfel**

„MAGGI's gute, sparsame Küche“

kauft man die bewährten und beliebten
Erzeugnisse der **MAGGI-Gesellschaft**
überall zu den alten gleich billigen Preisen.



Equimarkt
Kreuzstern.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Bornharts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Stadtverordneten-Versammlung.

17. Sitzung vom Donnerstag, den 12. Mai, nachmittag 5 Uhr.

Der Vorsitzende-Stellvertreter Cassel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem Nachruf an den verstorbenen König Eduard, wobei er besonders Bezug nimmt auf den Besuch des englischen Königs im Rathaus und auf den Empfang der Berliner Stadtverordneten-Deputation in Windsor.

Angesichts des Todes des Königs Eduard haben der Oberbürgermeister und der Stadtverordnetenvorsteher Beileidstelegramme an den Lordmahor von London und an den deutschen Kaiser gerichtet, worauf telegraphische Dankbescheine eingegangen sind. Der Dankeschreibenwechsel gelangt zur Verlesung.

In den Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage betreffend den Osthafen sind u. a. die Stadtv. Heimann, Hinzke und Wengels (Soz.) deputiert.

Der Platz vor dem Rathaus wird dem Restaurationspächter Jalsenbergs in demselben Umfang wie im vergangenen Jahre auch für 1910 zu Restaurationszwecken überlassen.

Nach einer Mitteilung der Generalverwaltung der königlichen Museen sind die Zinsen von 10 773 M. aus der städtischen Friedrich-Wilhelm-Stiftung zur Förderung des deutschen Kunstgewerbes zum Ankauf einer Delfter Vase für 7500 M. und einer Porzellanvase von Wedgwood für 2500 M. verwendet worden.

Die Versammlung nimmt hierüber Kenntnis. Der Magistrat übersendet den auf Verlangen der Versammlung neu ausgearbeiteten Vorentwurf zum Neubau eines Verwaltungsgebäudes, eines Wohnhauses für 8 Familien und 2 Unverheiratete sowie eines Fahrzeug- und Geräteschuppens für die städtische Zentrale in Buch.

Auf Antrag Stapi (A. L.) geht die Vorlage an einen Ausschuss.

Der spezielle Entwurf zum Neubau der Baugewerkschule in der Kurfürststraße 141 sowie der mit 797 000 Mark abschließende Kostenschlag soll auf Antrag des Stadtv. Berger (A. L.) in einem Ausschuss vorbereitet werden.

Stadtv. Gremer (A. L.): Hier tut Verschlebung dringend not. Die Angelegenheit hat ein ganzes Jahr im Ministerium gelegen. Wir brauchen die Schule sehr nötig. Ich beantrage ebend. den Ausschuss sofort vom Vorstande ernennen zu lassen.

Die Versammlung beschließt nach den Anträgen Berger und Gremer.

Für das Etatjahr 1910 sind im Etat zu den in den städtischen Gasanstalten und am Röhrensystem erforderlichen Erweiterungs- und Erneuerungsbauten im ganzen 6 Millionen Mark eingestellt, wovon 3 schon früher bewilligt waren, 2 für Bauten usw. bestimmt sind, deren Genehmigung durch besondere Vorlage jetzt nachgesucht wird. Von den 2 Millionen brauchen für diese Bauten nur 1 395 400 M. in Anspruch genommen zu werden, da 1909 der Gasverbrauch nicht die erwartete Höhe erreicht hat und einige Bauten noch zurückgestellt werden können.

Die betreffende Vorlage gelangt ohne Diskussion zur Annahme. Der Vorentwurf zum Neubau einer Gemeindevorschule in der Ofener Straße schließt mit einem Kostenüberschlag von 817 000 M. ab.

Stadtv. Denk (A. L.) bemängelt, daß der in der fünfzimmrigen Rektorwohnung zwei Zimmer von je 7 Meter Breite vorgesehen sind, also von einer Breite, wie man sie im feinsten Westen kaum findet. Redner beantragt Ausschussberatung, wofür sich auch Stadtv. Berner (A. L.) ausspricht.

Die Ausschussberatung wird beschloffen. Das feinerzeit behufs Verbreiterung der Wall- und Neuen Grünstraße von der Stadt angelegte Grundstück Wallstraße Nr. 15/15a soll für 635 000 M., d. h. 637 M. für 1 Quadratmeter, freihändig an die offene Handelsgesellschaft Richard Ledram, Grünstraße 5/b, verkauft werden.

Die Versammlung gibt ohne Debatte ihre Zustimmung. Zur Deckung der Kosten für die weitere Beschaffung von Grundlagen für die Veranlagung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert und für die Begutachtung der Einsprüche und Klagen der Steuerpflichtigen für 1910 sind wiederum zu Vergütungen an die Katasterkontrolleure 8000 Mark erforderlich.

Die Versammlung bewilligt diese Summe. Die Deutsche Kiosk- und Berliner Trinkhallengesellschaft m. b. H. hat gebeten, den auf dem Senefelderplatz stehenden Reitungskiosk, dem der Zuspruch fehlt, nach dem Platz vor dem Neuen Tor in dessen östliche Anlagen versetzen zu dürfen. Der Magistrat ist dem Antrag beigetreten und sucht die Zustimmung der Versammlung nach.

Stadtv. Bitterhoff (A. L.): Erst vor kurzem ist von dem Platz eine Vergemannsche Bude als Verkehrshindernis beseitigt worden. Um so erstaunter bin ich, daß auf diesem tatsächlich überlasteten Platz jetzt wieder ein Kiosk hingestellt werden soll. Wenn die Gesellschaft am Senefelderplatz keine Geschäfte macht, mag sie sich einen anderen Platz aussuchen, als gerade den vor dem Neuen Tor. Stadtrat Düring: Die Entfernung der Vergemannschen Bude ist erfolgt, weil von der Konkurrenz Einspruch erhoben war. Die Frage der Ueberlastung des Platzes ist sowohl von der Parteideputation wie von der Tiefbaudeputation einstimmig verneint worden. Stadtv. Bitterhoff: Hier haben auf einem Platz ist doch ein bißchen reichlich, ja überreichlich. Die Vorlage wird abgelehnt. Schluß 1/7 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

Unglaublich aber — wahr.

Kürzlich erblickte im Fürstentum Neuchâtel ein Gesetz das Licht der Welt, das nicht nur allgemeines Kopfschütteln, sondern gerechte Empörung in der ganzen Kulturwelt hervorgerufen muß. Das jamose Gesetz erlaubt den Herrschaften, Diensthofen sofort aus dem Hause zu weisen, wenn es sich offenbart, daß sie in schwächerem Zustande sich befinden. Wenn nachher so eine auf die Straße gesehete Unglückliche in ihrer Verzweiflung ihr Würdchen tötet, dann sühnt die Gesellschaft der Pharmazeuten über die Verurteilung zu Gericht und das Ende vom Liede ist Zuchthaus oder gar Tod durch den Henker! Die Heuchler und Mäuler werden ja ob dieser Gesetzesmaßnahme frohlocken, wo bleiben aber alle jene Kreise, die stündlich mit ihrem „wahren Christentum“ prunken?

Aus dem Bund für Mutterschutz.

Die Leiterin der praktischen Mutterschutzarbeit in Berlin, Frau Franziska Schulz, erstattet über die Tätigkeit der Auskunftsstelle und des Heims in den letzten beiden Jahren Bericht.

Die Zahl der aufgenommenen Fragebogen betrug in dem genannten Zeitraum 1366; außerdem wurden noch zahlreiche Anfragen auswärtiger Mütter beantwortet. Von 1211 hilfesuchenden Müttern und Schwangeren waren im Alter von 15—19 Jahren: 175, 20—25 Jahren: 674, 26—35 Jahren: 323, 36—45 Jahren: 35, über 45 Jahre: 4. Am zahlreichsten waren also die Geburten in der Altersklasse von 20—25 Jahren. 779 Mütter hatten die Volksschule, 110 höhere Schulen, 2 Waisenhäuser und 1 Leine Schule besucht. Dem Stande nach befanden sich unter den Müttern Dienstmädchen . . . 000, Landwirtsch. Arbeiterinnen . . . 129, Kaufmännische Angestellte . . . 150, Künstlerinnen und Schriftstellerinnen . . . 2, Geschäftsinhaberinnen . . . 2, Lehrkräften . . . 8, Seminarleiterinnen, Schneiderrinnen . . . 128, Prostituierte . . . 1, Fabrikarbeiterinnen . . . 74, Ohne Beruf und obdachlos . . . 53.

Das weitest größte Kontingent der unehelichen Mütter stellen demnach die Dienstmädchen. Es ist bekannt, daß dieser angeblich so geschätzte Stand den Verurteilungen, die in der Großstadt von allen Seiten — und in diesem Falle nicht selten von seiten der männlichen Familienmitglieder der Dienstherrschaft selbst — an das junge Mädchen herantreten, gegenüber weniger geschützt ist als der der Fabrikarbeiterin, die häufiger in ihrer Familie oder an ihren Kollegen und Kolleginnen einen gewissen moralischen Halt hat, zwei der Mädchen waren Heiratschwindlern zum Opfer gefallen, von denen der eine 40 Frauen verführt hatte. Unter den Hilfesuchenden befanden sich auch zwei eheverlassene und zwei geschiedene Frauen.

Interessant sind die Angaben über die Väter. Die meisten Väter standen im Alter von 25—35 Jahren; doch befanden sich auch 3 unter 20 jährige und 2 über 45 jährige darunter. In 28 Fällen waren die Väter verheiratet. Dem Beruf nach waren 60 Kaufleute, 46 Arbeiter, 61 Handwerker, 16 Reisende, 18 Diener, 14 niedere und 8 höhere Militär, 3 Apotheker, 3 gewerbliche Angestellte, 4 Studenten, 7 Ingenieure, 3 Musiker und 6 Landwirte, in 8 Fällen waren die Mädchen nicht dazu zu bewegen, den Namen des Vaters ihres Kindes zu nennen.

Im Herbst 1908 hat der Bund ein eigenes kleines Heim in der Trautenaustraße eröffnet. Das Heim, in dem sich sechs Betten befinden, hat vom 18. Oktober d. J. bis zum 16. April d. J. 203 Mütter beherbergt, die teils wenige Tage, teils auch viele Wochen dort blieben. Das Heim wird aus der Bundeskasse mit 100 M. monatlich — außer der Miete — unterstützt; die Mütter zahlten täglich 1 M., für ganz unbemittelte sind Freistellen vorhanden.

Erschütternd klingt die Stelle des Berichts, in der von einer jungen unehelichen Mutter erzählt wird, die von ihren Eltern aus dem Hause gejagt wurde, sich durch Sturm und Schnee den zwei Stunden langen Weg zum Heim durchkämpfen mußte, um hier auf dessen Schwelle einem toten Kinde das Leben zu geben. Auch die Mutter erkrankte am Wundstich und mußte in das Krankenhaus übergeführt werden.

Der Bund vermittelt auch Pflegestellen für Kinder. Da die angebotenen Pflegestellen nicht immer den zu stellenden Anforderungen genügen, so ist am 1. November aus Privatmitteln ein kleines Kinderfamilienheim in Zehlendorf bei Berlin errichtet worden mit 24 Betten, das die Kinder bis zum 16. Lebensjahre aufnimmt.

Im Anschluß hieran sei noch die zweite in der letzten Generalversammlung des Bundes angenommene Resolution mitgeteilt. Sie lautet:

Nach Anhörung der Berichte der Kommission und in Erwägung des von beiden Seiten schriftlich und mündlich vorgebrachten Materials erklärt die Versammlung, daß die gegen Frau Dr. Stöder gerichteten Angriffe zum größten Teil völlig unbegründet waren und zum anderen Teil übertrieben und von ganz untergeordneter Bedeutung sind. Die auch von den Gegnern nicht zu bestreitenden Verdienste Frau Dr. Stöders um die Sache des Bundes, ihre propagandistische und die für die Vernehmung des Bundesvermögens entfaltete Tätigkeit, lassen es als Ehrenpflicht erscheinen, ihr den Vorzug der Ortsgruppe Berlin wieder zu übertragen.

Offen wir, daß die „Krise“, an der der Bund nun schon seit Monaten laboriert und die ihn bei längerem Bestehen in seiner ganzen praktischen und propagandistischen Tätigkeit lahmzulegen droht, bald überwunden wird, damit er in seiner Arbeit zugunsten der Kernisten unter den Armen fortfahren kann. — Das Bureau der Berliner Ortsgruppe des Bundes befindet sich Friedenau, Sentastraße 5.

Die dänischen Frauen und die Wahlbewegung.

Wehr denn je sind diesmal die dänischen Frauen an den Volksstimmwahlen interessiert. Der Wahltag, der 20. Mai dieses Jahres, wird unter anderem auch darüber entscheiden, ob die Frauen Dänemarks, die das Gemeindevahlrecht unter denselben Bedingungen wie die Männer besitzen, auch das politische Wahlrecht erhalten, oder ob die Reaktionsparteien, die in der letzten Session sowohl die große Verfassungsreform mit dem Frauenwahlrecht, wie auch die gerechte Einteilung der Folkethingwahlkreise zu hintertreiben wußten, von neuem mit ihrem verderblichen Einfluß durchdringen. Aber auch die andere große Frage, die bei den Wahlen eine Hauptrolle spielt, die Militärfrage, ist für das Wohl und Wehe der proletarischen Frauen von großer Wichtigkeit. Wird die sogenannte Reform der Landesverteidigung, die dem kleinen Lande rund 40 Millionen Kronen kosten soll, durchgeführt, so geschieht das nicht ohne weitere Belastung der breiten Volksmassen durch indirekte Steuern, und die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen können sehen, wie sie mit ihrem schon so allzu knappen Haushaltsgeld und Verdienst auskommen. Die Staatskasse ist leer, und der Militarismus hat so ungeheure Summen verschlungen, daß der Staatshaushalt in den letzten drei Jahren mit nicht weniger als 85 Millionen Defizit abschloß.

Es ist selbstverständlich, daß die dänischen Frauen, die in immer größerer Scharen ihre politische Reife kundgeben, sich lebhaft an der Wahlbewegung beteiligen. Daß ihr politisches Interesse sich über Erwarten stark entfaltet, das zeigte sich am Sonntagvormittag in einer Versammlung unter freiem Himmel im herrlichen Park am Rosenborgschloß in Kopenhagen. Es waren dort 12 000 Menschen versammelt, größtenteils Frauen, Arbeiterinnen, die alles ausbieten wollen, um bei diesen Wahlen dem allgemeinen Wahlrecht für Frauen und Männer zum Siege zu verhelfen. Die Genossin Frau Rina Lang war die Hauptrednerin. Ferner sprachen die Folkethingmänner Sabroe und Vorchberg sowie die Stadtverordnete Henriette Crone und andere. Die Versammlung war veranstaltet vom sozialdemokratischen Jugendverband; sie schloß mit dem Gelöbniß der Versammelten zu unermüdlicher Agitation für die volle Durchführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts der Frauen wie der Männer. — Man hatte bisher noch nie eine solche gewaltige Masse von Frauen wie diesmal in einer politischen Versammlung gesehen, und auch kaum eine solche Begeisterung, wie sie hier hervortrat.

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft langsam, Preise für Kalbfleisch nachgebend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr schwach, Geschäft ruhig, Preise gut. Geflügel: Zufuhr mäßig, Geschäft reger, Preise gut. Fische: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft ziemlich lebhaft, Schleie und Aale gefragt, Preise für Karpfen hoch. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßkräuter: Zufuhr genügend, Geschäft wenig befriedigend, Preise kaum verändert.



Advertisement for Baer Sohn featuring clothing items like suits, hats, and shirts, with prices and descriptions. Includes the text 'Besonders günstige Pfingst-Angebote' and 'Herren-Kleidung', 'Knaben-Kleidung', 'Stroh Hüte', 'Herren-Artikel', 'Echte Panama-Hüte'.



Freitag, den 13. Mai. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus, Geschlossen. Neues Königl. Opern-Theater. Beginn Anfang 7 Uhr. Königl. Schauspielhaus. Bürgerlich und romantisch. Deutsches. Sumurun. Kammertheater. Wiener Hoftheater. Schiller-Theater. (Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr. Neues Schauspielhaus. Der Pilger. Sessing. Das Konzert. Kleines. Luxuszug. Berliner. Infanterie. Neues. Die goldene Ritterzeit. Neues Operntheater. Der Graf von Luxemburg. Zerkow. Theodore u. Cie. Residenz. Das Nachtlicht. Der selbige Oktave. Thalia. Geschlossen. Hebbel. Frau Barrens Gewerbe. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Weiten. Langhans. Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Schiller u. (Wallner-Theater.) Die Liebe wacht. Schiller Charlottenburg. Zapfenstreich. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Raub der Sabinerinnen. Volksoper. Undine. Luise. Die Elfe vom Erlenhof. Neue. Das Mädchen vom Westende. Lustspielhaus. Das Leutnantsmündel. Metropole. Gallois - Die große Revue. Folies Caprice. Ein verschwiegenes Atelier. Eine gründliche Kur. (Anf. 8 1/2 Uhr.) Casino. Berlin bei Nacht. Gebr. Herrnsfeld. Wenn zwei das selbe tun. Das starke Stück. Apollo. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Sittlicher Sänger. Karl Haberland. Spezialitäten. Walhalla. Spezialitäten. Urania. Tanztruppe 48/49. Abends 8 Uhr: Belgien: Landschafts- und Städtebilder. Sternwarte. Anwaltsstr. 57-59.

Lessing-Theater. Freitag, 8 Uhr: Das Konzert. Sonnabend, 8 Uhr: Wagners Faust. 8. Vorstellung: Die Frau vom Meer. Berliner Theater. Heute 8 Uhr: Taifun. Morgen: Taifun. Neues Theater. Abends 8 Uhr: Die goldene Ritterzeit. Morgen und folgende Tage: Die goldene Ritterzeit. Theater des Westens. 8 Uhr: Tanzbühnen. Sonn- u. Montag nachm. 3 1/2 Uhr: Die geschiedene Frau. Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Das Leutnantsmündel. Neues Operntheater. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Graf von Luxemburg. 1. und 2. Fingierfeier nachm. 3 Uhr, zu ermäßigten Preisen: Die Dollarprinzessin. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Freitag, den 13. Mai, abends 8 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen. Sonnabend: Alt-Heidelberg. 1. und 2. Fingierfeier nachm. 3 Uhr: Die Jungfrau von Orléans. Montag: Kavaliere. Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Abends 8 Uhr: Das Nachtlicht. Schwank in 3 Akten v. M. Hamocox. Hierauf: Der selbige Oktave. Große in 1 Akt von Yves Miraube und Henry Geroule. Sommerpreise ab 7. Mai. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung bis 16. Mai (Saisonabschluss). Luisen-Theater. Zum 1. Male: Die Elfe vom Erlenhof. Sonnabend: Geschlossen. Sonntag nachm. 3 Uhr: Was Gott zusammenfügt. 5 Uhr: Elfe vom Erlenhof. Montag nachm. 3 Uhr: Was Gott zusammenfügt. 8 Uhr: Die Welt ohne Männer. Dienstag: Elfe vom Erlenhof. Folies Caprice. Eine gründliche Kur. Neuer dunkler Teil. Ein verschwiegenes Atelier. Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.) Freitag, abends 8 Uhr: Die Liebe wacht. Lustspiel in 4 Akten v. G. H. de Kalffadell und Robert de Fiers. Ende 10 1/2 Uhr. Sonnabend, abends 8 Uhr: Zapfenstreich. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Neue Jugend. Sonntag, abends 8 Uhr: Goldsche. Schiller-Theater (Charlottenburg). Freitag, abends 8 Uhr: Zapfenstreich. Drama in 4 Akten von Franz Adam Becherlein. Ende 10 1/2 Uhr. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Liebe wacht. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Meineldebauer. Sonntag, abends 8 Uhr: Hans Lange.

Brauerei Friedrichshain. Sobhsester Naturgarten. Am Königstor. Gr. Konzertsaal Berlins. Am 1., 2. und 3. Fingierfeier: Große Extra-Militär-Konzerte der Regiments-Jäger zu Pferde und Kavallerie. Halley, der menschliche Komet. Die größte Weltattraktion! - Phänomenale Sensation! Außerdem: Kinematograph-Allerwunders! Am dritten Feiertag nachmittags: Frei-Vorstellung der beliebten Apollo-Sänger. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Achtung! Diez' nur Achtung! Seeterrasse Sichtenberg. Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz. Größtes und schönstes Lokal Berlins. Bei ungünstiger Witterung Platz für 8000 Personen. - Am 1. Fingierfeier taglich: Ob schön, ob Regen: Gr. Konzert. Auftreten der besten Turnseilkünstler der Welt The Lipolts, sowie der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reise um die Erde in 1 Sekunde: Saltomortale v. 10 Meter Höhe mit dem Fahrrad in den See. Ueberfahren eines lebenden Menschen mit Motorrad im Hölleffessel. - Wille. de Halliers bester Miniaturhund-Dressurakt der Welt. Victor Ritter mit seinem Sensationschlag: „Der Komet kommt“ und das beste Spezialitäten-Programm Berlins. Riesen-Land- und Wasser-Feuwerk. Anfang 3 Uhr. Am 1. und 2. Fingierfeier taglich: Großes Frühkonzert und Vorstellung. Sämtliche Sensationen u. Spezialitäten. Anfang 5 Uhr. Früh und nachmittags: Tanz. Gesamtbesuch zur Frühvorstellung sowie am 2. Fingierfeier taglich 20 Pf., Kinder frei. - Am 1. und 2. Fingierfeier taglich nachm. 20 Pf., Kinder frei. 15 Ruderboote. Riesen-Kaffeehaus. 4 verdeckte Regelmäßig. Volksbelustigungen aller Art. 50 000 Personen fassend, m. großem See. Vereinen u. Gesellschaften täglich unt. günst. Bedingungen zur Verfügung. Um zahlreichem Besuch bitten Witwe Luise u. Waldeemar Diez.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: Belgien: Landschafts- und Städtebilder. Volksoper. SW., Belle-Alliance-Strasse Nr. 7/8. Abends 7 1/2 Uhr: Undine.

ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 132. Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr. Des Mädchens Bedenwege. Lustspiel in 4 Akten (12 Bild.) v. E. Belloc. Sonnabend und folgende Tage: Die Schmutzler. Sonntag: Eröffnung der Gartenbühne.

Metropol-Theater. Hallo!!! Die große Revue! In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater. 8 Uhr: Programm der Attraktionen! Mahara indische Tempelkammerin mit ihren lebenden Riesenschlangen. Louis de Vriand als August. 20 englische Sachliche 20 mit neuem Repertoire u. a. m.

Wintergarten. Neues Programm! Prinz Charles der Affe mit Menschenkultur. Dorothy Kenzow Banjovirtuosin Les Roeders Luftfreokakt und das von Publikum u. Presse glänzend beurteilte Mai-Programm.

Wilhelm Hagenbecks größte Raubtier-Dressur-Schau der Erde. Bülow-Platz. Kaiser-Wilhelm-Strasse Ecke Linden-Strasse Nähe Alexanderplatz. Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung. Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag: 2 Vorstellungen nachmittags 4 Uhr u. abends 8 Uhr. Tägl. vorm. von 10-12 1/2 Uhr: Besichtigung, Probe u. Fütterung.

Herrnsfeld Theater. Kommandantenstr. 57. T. U. 4, 5083. Sensationserfolg des neuen Herrnsfeld-Schlagers Wenn zwei dasselbe tun. Eine Konkurrenz-Komödie in 2 Akten mit den Autoren L. v. Hauptmann u. Das starke Stück. Schwank von Julius Dorn. Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr. (Theaterkasse.)

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Die Sterne des Humors. Claire Waldoff Willi Prager und das große Varieté-Programm!

Internationale Flug-Woche 10-16. Mai täglich von 3 Uhr nachm. an. 12 Flieger - 75000 Mark. Heute (Freitag) vierter Tag: Tägl. Frühpreis, Dauerflug, Landungs-, Gleitflug-, Passagier-, Lanz-Preis. Tageskarten 0,50 M. bis 10 M. an den Flugplatzkassen. Vorverkauf: M. 0.40 bis M. 9,- bei A. Wertheim, Invalidendank, Loeser & Wolff. Achtung! Ob weiße, schwarze oder rote Flaggen in den Schaufenstern von Loeser & Wolff.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Sonntag, den 15. Mai 1910: Eröffnung der Sommersaison Konzert, Theater und Spezialitäten.

Max Kliems Sommertheater und Festsäle. Inh.: Rudolph Krüger. Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl. Täglich: Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Artist. Leitung: Walter Grävenitz, Kapellmeister: Max Wolffheim. Jeden Donnerstag: Elite-Tag! Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 1/2, 6 Uhr.

Burgtheater-Kinematograph beim Broterjan, Inhab.: Rud. Merz, Schönbauer Allee 129. Tel. 3, 9353. Lebende Photographien. Wochent. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr. Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr. Vorzugskarten nur Wochentags gültig. 25 Pf. auf allen Plätzen. Stets wechselndes Programm. Jeden Sonntag im Obersaal: Künstler-Konzert. Eintritt 15 Pf. Garderobe 10 Pf. R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor. !! Das neue Varieté-Programm !! Die Affen-Familie Mayer und die übrigen Spezialitäten. Theaterl. ununterbrochen geöffnet.

Casino-Theater. Rothringstr. 37. Täglich 8 Uhr. Nur noch bis Freitag: Berlin bei Nacht. Ab Sonnabend: Familie August Knoche. Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert. Montag 4 Uhr: Truchzens Sommerreise.

Königstadt-Kasino. Dolgmarktstr. 72. Täglich: Wager mit'm? Woffe in 1 Akt. Franz Meißner und das neue Programm. Mittw., Sonnab., Sonnt.: Tanz. Anf. 1/2, 8 Uhr. Sonnt. 1/2, 8 Uhr.

Passage-Panoptikum. Die heiligen Fakire in ihren Wunderproduktionen. !! Lebend !! Atom der kleinste Mensch der je gelebt. Buddhas Wundertafel. Alles ohne Extra-Entree! Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

LUNA-PARK TERRASSEN HALENSEE. Größter Vergnügungs-Park des Kontinents. Eröffnung 14. Mai.

Karl Haverland. Anfang Theater. präg. 8 1/2. 77/79 Kommandantenstr. 77/79. Täglich nur erstkl. Spezialitäten. Das wunderbare Mai-Programm. Sonnabend, Sonntag, Mittwoch, Donnerstag: Ball.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich ab 4 Uhr: Großes Militärkonzert. Eintritt 1 Mark. von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter zehn Jahren die Hälfte.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910. 30. April bis 2. Oktober. Am Park täglich Doppel-Konzert. Eintritt: 10-6 Uhr 1 Pf., v. 6 Uhr ab 50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauert 6 St.

NEUE WELT-PARK AMERIKANISCHER VERGNÜGUNGS-PARK ERÖFFNUNG 14. MAI

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Tenoristen-Vogel.
Ein Künstlerbild v. Meyssel
Ursprung
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Theodore & Cie.

Allgemeine Städtebau-Ausstellung
1910 in Berlin
in d. Kgl. Akad. Hochschule f. bildende Künste, Charlottenburg, Hardenbergstr. 33, a. Zoolg. Gart.
Lichtbilder-Vortrag
13. Mal. abends 8 Uhr: Fritz Stahl über „Die Kunst als Kunstwerk“ im großen Saal der Akad. Hochschule für Musik.

**B
B
B**
Eröffnung
Pfungsten.

Rummelsburg Café Bellevue
Hauptstr. 2 am Bahnhof Stralau-Rummelsburg
An beiden Pflugstfeiertagen:
Großes Garten-Konzert
Spezialitäten-Vorstellung
im schönsten Naturgarten der Umgegend. 55011
Am 2. Pflugstfeiertag: **Früh-Konzert**
An jedem Donnerstag: Soiree der „Hoffmanns Sänger“.
Um zahlreichen Besuch bittet **Gustav Tempel.**

Paul Schmidts Spezialitäten-Theater
Landsberger Allee 76/77. Ringbahnstation Landsberger Allee.
Täglich: **Gr. Konzert, Spezialitätenvorstellung, Ball**
Das **Eröffnungs-Programm**, 14 erstklassige Nummernwunderbare
Besonders hervorzuheben: Heinz Grant, Humorist. Varetz-Gruppe in ihrer hochkom. Pantomime „Ein Dori-Abend“. Lotte Griffl, Gesang- u. Tanzlobrette. Max Hillig, Grotesk-Imitations-Imitator. Les Bachalod, Equilibrist u. Hand-Vollig. Maxwell-Trio, Barriere-Klub, 1. Rang. Ott u. Knaut, font. Excentric. Pawas, Gesangs- u. Tanzduett. Orig. Graebler-Trio, ohne jede Konkurrenz. Bühnen-Lustspiel in höchster Vollendung.
Anfang Sonntags 4 Uhr. wochentags 6 Uhr (53072)
1. u. 2. Pflugstfeiertag: Gr. Frühkonzert d. frei. Entf. im Saal: Gr. Ball. Gr. Kaffeeküche u. Volksbelustigung. all. Art.
Den geehrten Gemeindefürern, Vereinen usw. empf. mein neu renoviertes Lokal zu den kulantesten Bedingungen. Der Wirt.

V. T.
Nicht Worte — Taten beweisen!
V. T. stets an der Spitze!
Mr. Roosevelt in Berlin.
(Wohlgeungene Originalaufnahmen.)
Ankunft Roosevelts auf dem Stettiner Bahnhof. — Begrüßung auf dem Bahnsteig. — Besuch der Universität. — Der Kaiser verläßt die Universität. — Roosevelt beim Verlassen der Alma mater.
Die vorgenannten Bilder werden bereits
Heute abend
zusammen mit dem übrigen glänzenden Programm vorgeführt.
Vitascop-Theater
Charlottenburg
Wilmsdorfer Straße 53/54.

Paradiesgarten Sankwitz,
großer Saal, schönster Garten der Umgebung,
Regelbahn, Kaffeeküche sowie gute Speisen und Getränke. Umklekabine
allen Bekannten und Parteigenossen meine Bekanntschaft
Stroßenbahnlinie 99 10 Uf. Eisenbahn von Poststraße 10 Uf.
Hermann Schulz, Mühlent-
straße 21.

Reederei Kahnt & Hertzner
Tel. Amt VII, No. 2062.
Dampfer-Extrafahrten ab Waisenbrücke.
Am 1. Feiertag:
Promenadenfahrten nach dem Wüggel u. Langen See (mit Kaffeepause).
Abf. 6 Uhr früh, Rückkunft 11 Uhr; hin und zurück 50 Pf.
Nach **Neue Mühle.** Abfahrt 8 1/2 Uhr; hin und zurück 1 M.
Am 2. Feiertag:
Nach **Tempitz (Ternowts Isyl).** Abf. 7 Uhr früh; hin und zurück 2 M.
Nach **Waltersdorfer Schleuse.** Abf. 8 und 2 1/2 Uhr
Nach **Ziegenhals.** Abf. 8 1/2 u. 2 1/2 Uhr } hin u. zurück
Nach **Neue Mühle.** Abf. 8 1/2 Uhr } 1 M.
Nach **Neu-Zittau.** Abf. 10 Uhr }
Am 3. Feiertag:
Nach **Ziegenhals.** Abf. 8 1/2 u. 2 1/2 Uhr; hin u. zurück vom 75. nachm. 50 Pf.
Achtung! Von der **Weidendammer Brücke** am 2. Feiertag n. **Brandenburg a. H.**
Abf. 7 1/2 Uhr, hin u. zurück 2 M., ab Spandau 9 1/2 Uhr, hin u. zurück 1 1/2 M.
Avis! Am Sonntag, den 22. u. 23. Mai, nach **Tempitz, Neu-Zittau u. Brandenburg a. H.** Dampfer sind an Vereine, Gewerksch., Schützen- u. dgl. z. bezgeb.

SIE HABEN KEIN RECHT

Alte Kunden ohne Anzahlung

Gratis erhält jede Dame und jeder Herr einen wunderbar schönen Gegenstand als Pflugst-Präsent!

Streng reelle und diskrete Handhabung für Jedermann

Größte bisher unerreichte Auswahl

daran zu zweifeln, daß die Firma

M. GLOGAU

Alte Jakobstraße 73 I., II., III., IV. (Ecke Dresdener und Roßstraße) Etage.

mit der folgenden Offerte den Beweis liefert, daß niemand im stande ist, solch außergewöhnliche Vorteile zu bieten.

Jeder erhält Kredit
unter folgenden Bedingungen:

Herren-Anzüge, Paletots, Ulster	15.— u. 18.— M.,	Anzahlung 3.— M.
	22.— " 25.— "	" 5.— "
	30.— " 36.— "	" 7.— "
	40.— " 44.— "	" 8.— "
	48.— " 52.— "	" 10.— "

usw.

Damen-Röcke u. Blusen Anzahlung 3.— u. 5.— Mark
12.— 15.— 20.— 30.— 40.— M.

Damen-Jacketts u. Paletots Anz. 4 u. 6 Mark
18, 24, 30, 36, 45 Mark

Kostüme und Kleider Anz. 8 u. 10 Mark
20, 28, 35, 42—80 M.

Möbel auf Kredit.
Einzelne Gegenstände Anzahlung 3 Mark.
Ein einfaches Zimmer Anz. 8 M. | Ein Schlafzimmer u. Küche Anz. 20 M.
Eine kleine Einrichtung „ 12 „ | Bessere Einrichtungen Anz. v. 30 M. an
Wochenrate 1 M. | Wochenrate 2 M.

Vorteilhafteste Bezugsquelle auf Kredit.

M. GLOGAU Alte Jakobstraße 73
I. II. III. IV. Etage,
Ecke Dresdener Straße und
Roßstraße.

Behaltet das Beste den „Humor“
Putzet zum Feste nur mit „Humor“.

Humor
putzt alle Metalle sauber und geruchlos.
Zu haben in großen Flaschen von 10 Pf. an.
Humor-Werke G. m. b. H., Berlin NO. 18.

Radfahrer!
„Frisch auf“
Fahrräder
(gef. gefch.)
Bevor Sie ein Fahrrad kaufen, besichtigen Sie das Lager der Einkaufs-
hilfe für die Mitglieder des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität.
Der Kauf der Firma bürgt Ihnen für reelle Behebung.
Großes Lager in Bremen, Latexen, Gloden sowie allen erdenklichen
Ruheteilen zu Fahrrädern. Bedarfsartikel aller Art. Spezialität:
Mägen, Sweater, Strümpfe. Kältege-Heftler der besten Gepäcksche
„Frisch auf“ (gef. gefch.).
Reparaturwerkstätten mit elektrischem Kraftbetrieb.
Fahrradhaus „Frisch auf“ Walter Wittig & Co.
Hauptgeschäft: Brunnenstr. 35, Filiale: Kottbuser Str. 9.
Am 1. und 2. Pflugstfeiertage bleiben unsere Geschäfte ge-
schlossen. 104/20*

Voigts Krampenburger,
an der Großen Krampe, eignet sich infolge seiner ein-
fachen, romantischen Lage ganz besonders zu Ausflügen für Vereine, Fabriken
und Schulen. Größe von 100—3000 Personen fassend — Vermietung
von Dampfern jeder Größe.
Jeden Sonntag: Dampfer-Extrafahrten der Reederei Proßing.
Abfahrt früh 9 Uhr, nachmittags 2 1/2 Uhr ab **Nannowbrücke.**
54502* Hochachtend **H. Voigt.** — Amt Köpenick 227.

Neptun-Bad Tel. Amt 3, 2571.
Schönhauser Allee 104.
Dampf-, elektrische Licht-, f. Zellen, Wechselstrom,
Wannen- und alle medizinischen Bäder.
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.
A. Kalisch.

M. Kempinski & Co.

Wein-Grosshandlung, Berlin W.

empfehlen zur

Bowlenbereitung

1908^{er} Senheimer
per 1/2 Flasche exklusive
Glas M. **0.80**

Kempinski-Sekt
halbsüß, per 1/2 Flasche
inkl. Steuer und Glas, M. **2.75**

(In Deutschland auf Flaschen gefüllt)

Für Berlin frei Haus; nach
auswärts frei Bahnhof Berlin

Bei grösser. Entnahmen
Preisermässigungen

Ausführliche Preislisten
stehen zur Verfügung!

JOSETTI JUNO

Cigaretten sind nur dann echt, wenn sie, wie alle unsere Fabrikate, das oben abgebildete geschützte Wappen sowie den untenstehenden Namenszug tragen. Achten Sie beim Kauf in Ihrem eigenen Interesse darauf, da Sie nur dann die Gewähr haben, nicht etwa andere Fabrikate zu erhalten, die Sie nicht verlangten.

Josetti Juno m. u. o. M. 10 St. 20 Pfg.



W. Zapel

Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.

Größtes Spezial-Geschäft

für Seiden- und Filzhüte.

Größte Auswahl in Strohhüten
von den einfachsten bis elegantesten.

Ohne jede Anzahlung

Pianos

verkauft
ich

ersterklassiges Fabrikat
(9mal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.

(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preisaufschlag.

Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Korffstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Reederei Nobiling

Brüderstr. 6 b. Tel. IV. 1737.
An allen drei Pfingstfeiertagen:
8 u. 8 1/2, früh } nach
2 u. 2 1/2, mitt. } der
8 u. 9, mitt. } der
1 1/2 u. 2 1/2, mitt. } der
7 Uhr 15 Min. früh } nach
Woltersdorfer Schleuse (bin u. zurück)
Berliner Schweiz (am 3. Feiertag)
Teupitz (bin u. zurück)
Tornows (am 2. Feiertag)
Idyll (am 2. Feiertag)
Jannowitzbrücke der „Schultheiß“
Billets auch im Vorverkauf. 2190^{er}

5. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 12. Mai, vormittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
234 251 544 375 [500] 83 1191 273 260 24 492 517 [1000]
2110 [500] 254 505 473 87 714 944 3219 314 425 53 823 69
799 4156 [500] 207 254 856 929 5315 95 523 87 909 6149
[1000] 253 63 263 434 [500] 371 [500] 670 [500] 80 7015
45 234 [5000] 632 8214 98 217 74 473 579 653 713 85 879
9102 30 270 259 574 814 [500] 69
10002 82 341 679 759 [500] 823 11063 175 494 26 777
832 [500] 961 94 12096 [500] 450 881 988 41 13299 270 45
438 66 [1000] 99 311 24 58 623 47 703 14164 331 547 768
644 15006 61 [500] 673 16049 100 253 73 604 710 31
17151 66 564 897 830 81 73 18267 [500] 454 809 18 85
19083 123 [5000] 373 47 459 717 817
20008 208 41 87 267 21615 105 [5000] 500 33 705
22046 107 52 [5000] 84 740 [1000] 61 812 23299 123 69
742 451 810 750 24018 23 341 99 496 254 206 812 72 [5000]
23120 378 445 693 26 26023 [500] 41 355 467 60 78 [1000]
2603 211 [500] 90 [500] 27090 240 89 [5000] 772 239 28022
233 29 233 465 653 706 29032 [5000] 23 405 717 85 817
812 47 83
30010 267 116 [1000] 611 49 31063 105 78 725 219 48
442 377 750 32009 73 127 494 543 [500] 745 33023 389
2607 68 432 87 027 793 841 34 499 719 304 28 [5000] 77
916 35298 439 15 847 812 959 36966 607 227 831 68 37109
1811 800 949 [5000] 38144 224 243 519 743 87 541 58 39097
3607 220 332 83 499 214 878 86 923 83
40284 293 223 82 730 41183 92 284 251 496 280 283
70 71 501 950 44082 94 102 429 44 548 99 [5000] 45193
205 438 69 807 899 798 812 25 46129 273 384 489 549 37
[1000] 86 47209 53 544 87 73 800 48063 136 [5000] 382
444 [5000] 85 [500] 481 91 [5000] 54 586 606 [5000] 64 720
79 211 [5000] 15 948 60 49185 370 261 520 812
50165 528 719 910 51978 190 298 48 440 585 804
[1000] 52012 60 93 205 834 580 79 53094 104 311 54008
64 224 407 588 313 55190 [500] 71 378 508 607 68 782
672 73 56146 215 43 53 447 683 782 57130 436 645
58086 [500] 100 [500] 374 581 906 22 59117 26 44 725 305
25 493 761 909 [1000] 34 [5000] 87
60044 71 430 841 927 61081 157 373 207 [500] 14
89 94 484 202 35 62023 [500] 93 [5000] 306 496 [500]
89 252 214 43 63130 [500] 378 588 998 94 71 69000
48 23 856 936 740 870 65001 817 76 904 86190 89 217 876
718 67076 279 [5000] 551 601 735 873 68990 80 301 320
618 896 60 69214 496 706 85 883
70017 255 423 703 77 82 940 71939 87 606 904 72078
[500] 718 97 294 723 885 93 [500] 73206 12 146 78 470
825 685 700 960 74299 327 439 47 67 75143 87 854 76194
221 61 [500] 311 790 78 893 868 77174 508 632 [5000]
877 73253 [1000] 420 587 600 735 [1000] 863 23 98
77926 331
80095 115 299 463 503 81063 206 839 41 947 90
82209 202 3 520 612 782 [1000] 83003 803 13 490 805
84007 58 139 [500] 778 219 618 870 390 [5000] 85126 309
79 484 601 15 78 705 86083 323 456 86 269 681 87106 54
282 88099 294 545 [1000] 88 90 853 709 647 89 89001 88
1548 90 464 831 747 811 68 893
90676 123 281 447 615 [5000] 28 704 838 87 91728 860
4298 2210 22 82 [1000] 77 417 504 93000 25 96 [1000]
2798 227 [500] 213 61 89 [1000] 441 50 699 976 714 840 66
[500] 890 94116 273 305 424 [5000] 899 890 95196
[5000] 223 [500] 474 419 700 98228 74 67 518 238 986
97288 679 [1000] 82 [1000] 748 888 939 87 98303 117
61 233 63 491 623 26 318 [1000] 99127 215 60 436 202
725 71 [500] 918 [5000]
10002 20 107 87 206 63 [1000] 463 761 101028
[5000] 182 446 47 431 64 704 120259 111 252 323 732 47
855 103100 213 581 895 704 947 71 104076 87 401 855
105000 29 126 478 [5000] 520 621 25 216 813 106364
485 73 715 64 107120 384 505 74 690 722 [500] 829 950
108008 701 109076 89 106 [500] 65 709 812
110485 210 26 [500] 945 [500] 65 11101 209 61 283
[500] 522 [1000] 734 960 984 112047 109 30 523 113430
901 19 606 114058 275 [500] 203 647 129 854 59 61
115283 243 408 48 854 116046 605 746 852 117075 114
40 [500] 84 65 205 257 875 287 118995 88 111 [500] 189
203 500 604 712 119073 127 123 41 91 814 33 [500] 248
120105 251 292 901 121181 70 325 70 299 427 [500]
677 719 874 75 122199 530 641 963 123144 244 52 [1000]
887 418 124999 153 78 438 10 597 682 114 956 125463
611 653 81 673 126112 30 [1000] 75 210 63 415 535 766
1649 127601 78 95 956 909 206 410 87 735 44 923 54
128345 63 56 [5000] 302 [500] 671 516 750 129000
233 204 [1000] 1310 698 843 84
130189 220 220 522 [500] 65 93 601 749 [500] 80 803
829 54 [500] 131115 809 [1000] 645 63 770 87 132119
[1000] 77 294 864 436 50 875 322 133018 194 381 206
467 263 634 790 898 998 134014 30 181 251 213 400 581
467 263 634 [500] 941 73 135111 [500] 551 614 138067
1253 213 874 869 561 95 819 137217 614 47 49 796 893 807
138065 144 83 290 [1000] 74 20 [500] 28 292 412 70
870 [500] 818 139541 154 813 87 730 840 [500] 812
140300 723 650 141002 15 88 [500] 277 92 323 94 428
648 720 665 [5000] 142008 187 232 333 499 581 81 99 820
143090 [5000] 223 811 414 643 90 786 873 144165
684 776 825 918 145218 88 849 673 781 146096 478
829 993 [1000] 147187 212 85 [1000] 563 521 [5000]
148001 808 28 627 537 149182 279 434 71 274 91 618 729
[1000] 91
150133 66 266 825 [1000] 84 715 89 872 79 151016
283 [500] 26 152094 143 388 507 29 87 [1000] 643 985
153227 246 96 846 643 81 928 88 154124 97 250 098 741

5. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 12. Mai, nachmittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
21 185 317 559 665 81 929 [500] 30 1371 345 63 [500]
218 747 2176 348 484 [1000] 58 746 [500] 3149 332 45 798
983 4254 97 64 [1000] 459 [5000] 5263 219 487 98
818 879 956 6113 343 503 817 843 73 7084 [5000] 148 [5000]
218 325 [5000] 64 [500] 418 506 [500] 69 657 96 539 871
[500] 419 294 428 48 43 85 9000 [500] 32 [1000] 489 817
[5000] 38
10125 [5000] 250 [5000] 254 603 [5000] 984 11216 84
206 [500] 458 89 854 997 12023 129 300 476 549 [500]
774 96 601 [500] 13100 208 216 19 55 14225 486 [500]
558 [500] 663 15118 406 805 88 718 923 16184 217 487
603 985 92 778 843 [5000] 17122 218 284 494 673 [500]
716 18090 [500] 58 96 124 600 88 718 923 16184 217 487
214 298 372 505 818 949 [500] 85
20199 628 89 709 33 853 21078 181 69 876 98 449
69 692 802 22148 249 [500] 97 674 705 28 828 819
[500] 23135 454 78 [500] 387 758 71 956 82 85 24109 61
287 294 489 25198 233 77 306 546 633 843 26043 155
90 294 401 549 87 727 27176 212 818 15 918 28000 [1000]
69 281 302 [500] 456 752 824 902 [5000] 29120 120
696 89 867 909
30005 72 230 486 631 87 832 947 85 31159 232 343
216 95 593 642 85 [500] 95 792 864 32218 21 336 429
85 [1000] 48 [500] 512 45 739 [1000] 312 33023 85 164
483 614 90 [500] 712 885 34005 627 739 89 595 35017
84 [500] 260 409 517 787 38017 231 45 60 308 578 944
781 818 [500] 812 14 79 37189 263 308 21 3804 293
39023 40 [500] 161 873 402 549 29 624 707 826 981
40360 45 [500] 58 [5000] 315 851 41221 444 692
[1000] 42019 1009 299 379 439 841 95 43052 [500] 378
87 [500] 292 [5000] 478 44120 211 76 539 678 771 87
899 45232 [1000] 858 443 566 73 84 [5000] 626 [500] 85
[500] 744 983 91 46198 463 510 82 700 840 987 47857
642 711 [5000] 64 990 583 48342 175 240 300 474 7
642 711 [5000] 64 990 583 48342 175 240 300 474 7
50048 211 [500] 308 [1000] 95 97 885 [5000] 874 98
51011 208 27 215 43 810 38 52117 439 589 [5000] 884
53429 [500] 97 538 [5000] 608 734 929 54176 879 409
24 [5000] 667 96 [5000] 800 89 [500] 518 55142 217
[1000] 614 713 97 611 919 89 58000 30 158 233 856 96
297 57010 [500] 70 529 48 773 821 901 58008 476
69213 [500] 78 664 743 694
60078 [5000] 174 487 41 669 746 976 61188 216 423
804 67 459 787 827 62001 437 80 63960 348 313 423
61 619 27 836 60 [1000] 821 64044 106 39 820 882 [1000]
65008 486 565 90 775 86001 37 370 868 [500] 420 897
756 73 [1000] 823 89 67226 68 [1000] 548 708 23 868
67 61818 [1000] 400 724 27 885 910 20 [500] 64 69119
27 89 277 612 665 721 49 [1000] 79 803
70065 90 229 304 325 [5000] 23 90 617 728 [1000] 28
71190 245 54 78 741 45 800 72016 922 73122 24 288
87 265 425 515 816 64 74005 113 512 75913 111 212 89
642 710 76114 368 357 725 531 77222 728 299 78159
248 587 804 62 [1000] 514 70019 [500] 289 [1000] 471
878 89 649
80005 254 453 690 [5000] 871 756 994 44 81078 130 43
83 249 [1000] 413 996 718 [5000] 95 807 82102 35 595
83 212 470 799 83149 487 352 905 52 [5000] 84971 137
533 541 81 721 846 85081 25 249 843 [5000] 87 423 728
65 66 83947 [500] 846 326 879 87187 477 514 727
831 27 114 [5000] 430 304 [5000] 774 889 89106 30 232 42
90173 882 428 86 258 68 831 611 91842 88 232 42
625 24 278 [5000] 124 154 92 902 93504 264 324 409
533 [500] 663 94112 81 82 111 25 90 [500] 94 628 48
87 849 965 95453 218 29 [5000] 617 44 [5000] 95 79
636 [1000] 49 732 79 69390 [1000] 22 611 97157 202
484 599 69 627 749 92 98000 [1000] 89 232 318 507 599
607 762 918 25 [1000] 65 99028 84 280 475 682 607
706 63
100500 71 84 450 84 884 758 881 101364 82 595
818 92 866 102506 634 68 103102 26 360 432 617
86 727 29 84 858 104812 925 105020 221 45 485 701
878 106244 107589 [1000] 454 729 63 821 108010 124
202 424 764 [5000] 982 109156 383 485 [1000] 743 [500]
817 825 [5000] 49 88
110109 23 616 81 827 [1000] 47 85 [5000] 111204
89 293 451 513 711 855 112073 155 [500] 64 [500] 396
433 208 39 822 [1000] 822 [5000] 73 113208 280 487
800 626 56 69 98 123 23 82 [5000] 801 909 114129 29 204
61 604 74 694 [5000] 54 780 871 115233 70 [500] 335
482 [500] 744 116222 89 433 23 687 743 62 117061 354
487 84 [500] 701 [5000] 947 83 118117 72 [1000] 84
[500] 835 45 81 119098 200 431 43 673 749 86 801 33
120197 248 [5000] 719 [1000] 121067 243 320
482 528 678 795 122094 289 86 725 45 439 48 [500] 81
123190 496 [500] 505 6 956 73 124120 27 323 584 303
125001 306 75 224 76 413 584 [1000] 95 652 658 126393
648 127587 708 860 128189 778 499 743 807 13 941
129098 [500] 158 219 328 899 300 28 [500]
129197 248 [5000] 719 [1000] 121067 243 320
482 528 678 795 122094 289 86 725 45 439 48 [500] 81
123190 496 [500] 505 6 956 73 124120 27 323 584 303
125001 306 75 224 76 413 584 [1000] 95 652 658 126393
648 127587 708 860 128189 778 499 743 807 13 941
129098 [500] 158 219 328 899 300 28 [500]
130000 25 77 175 338 847 57 [1000] 131004 [500]
204 70 83 698 778 124 132034 102 10 292 493 298
822 49 811 133108 [1000] 21 387 602 198 134422 878
912 45 81 93 135135 641 92 702 136119 353 [1000]
498 137017 120 214 31 481 507 443 722 138188 [500]
241 97 806 15 403 87 747 78 872 82 922 139100 275 415
[5000] 795 [500] 804 18
140069 443 860 [1000] 720 251 946 141089 147
502 27 287 923 50 142064 189 98 205 [500] 383 758
71 [1000] 143106 76 295 399 498 836 922 84 144433
478 703 21 145096 180 279 [500] 253 37 468 859 146309
166 72 432 713 14 [5000] 44 830 63 883 [5000] 147011

5. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 12. Mai, nachmittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
25 212 440 508 [500] 41 664 906 148174 243 223 [500]
287 [1000] 120 7

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Der Wahlmorgen für Zeitungsdrukeri-Nacharbeiter findet nicht am 15., sondern Sonntag, den 22. Mai statt.

Charlottenburg. Der Wahlverein veranstaltet am 2. Pfingstfeiertag im Volkshaus, Rosinenstr. 8, ein Gartenkonzert. Bei ungünstiger Witterung wird das Konzert im Saale abgehalten. Der Eintrittspreis beträgt nur 15 Pf. Es wird erwartet, daß die Arbeitererschaft durch starken Besuch ihr Interesse an dem Gelingen ihres eigenen Heims behauptet.

Rixdorf. Am Montag, den 16. Mai (2. Pfingstfeiertag) veranstaltet der Wahlverein in den Lokalen „Karlsgarten“, Karlsgartenstraße 6-10, und „Felsch, Kneisebedstr. 48-49, Frühkonzerte. Eintritt 10 Pf. Anfang des Konzerts 6 Uhr. Kasseneröffnung 4 1/2 Uhr morgens. Von dieser Zeit an steht auch die Kaffeekeule den geehrten Damen zur Verfügung. Das Komitee.

Lichtenrade. Umständehalber findet der regelmäßige Wahlabend erst am Sonnabend (nach Pfingsten), den 21. Mai bei H. Deiter, Wajuhoffstraße statt.

Berliner Nachrichten.

Maien und Kalmus.

Der Wald geht spazieren. Zu Weihnachten wandern die Tannen, zu Pfingsten die Birken. Im Winter besucht uns die düstere Schwermut der Nadelwälder, im Frühjahr der leuchtende Zauber des Waldfrühlings. Wie zum letzten Gange festlich geschmückt, hält der silbrige Birkenstamm mit den feinen Blattwedeln seinen Einzug in die frühlingsdurstige Großstadtwelt. Nichts von all der satten, jungen Pracht kehrt zurück in die Waldbensamkeit. Auf langen Leiterwagen, von ländlichen Gestalten begleitet, wandern die schlanken Frühlingsboten aus den stillen Forsten der Mark nach der lauten, menschenüberfüllten Großstadtstraße. Wie eine rauschende Schleppe ziehen die dicht gehäuftten Stämme das zarte Laub hinterdrein. Hell bricht die Morgensonne durchs Gewölk, erfüllt mit ihrem goldigen Schimmer die entlehnte Waldschönheit. Bald tönt es überall in der Kunde: „Maieri, kauft Maieri... frische Maieri!“ Und die Welt weiß nun, daß Pfingsten, das lieblichste der Feste, dicht vor der Tür steht. Einen eigenen, immer wieder schönen Reiz hat doch die Sitte des Schmucks der Häuser und Wohnungen mit Pfingstmaien. Der deutsche Wald lädt sich zu Gaste, mit Frohmüt nehmen wir ihn auf. Weit hinweg schweift über die wallenden Maieribüschel blickgleich das Auge, in idyllische Täler mit Buchen- und Eichengrün, zu dem Gemurmel des Waldbachs und dem Jubelieren der Vögel. Mitten hindurch schreitet ein lieblicher Knabe mit strahlenden Blauaugen, das Haar mit Blüten und Blüten geziert, in der Hand den blumenumwundenen Stab... der lachende Frühlings. Und ebenso schnell zerstört uns die Waldillusion auf nächstem Großstadtplatz wieder der eintönige Ruf: „Maieri... kauft Maieri!“ Dicht ist der Leiterwagen umlagert. Zulebends schwindet die duftige Luft. Die einen tragen ganze Bäume fort, um sie vor den Geschäftsläden in Wasserfässeln aufzustellen, andere begnügen sich für wenige Pfennige mit ein paar Reifern. Von allen Balkons grüßt der frische grüne Wald, selbst von Neubauten, Geschäftswagen und von den nickenden Köpfen der Gänge. Und wo in den dunstigen Fabriken die Kollegen zusammenschließen, um den öden Raum zu schmücken, schwillt die Brust verjüngt höher in übermäßigem Frühlingssehnen. Dunte Bänder in die Pfingstmaien zu flechten, wie vielfach auf dem Lande, ist in der Großstadt nicht Brauch. Man nimmt die Natur, wie sie sich gibt. Wenn aber die Kinder unter den Birkenblättern ein paar verschlafene Maikäfer entdecken, einen purpurleuchtenden „Kaiser“ oder „König“ oder auch bloß einen schilddrüsigen „Müller“, ist der Jubel groß.

Die Landleute machen mit dem grünen Waldregen, den der Forstmann zur Durchlichtung seiner reichen Bestände ganz gern abgibt, gute Geschäfte. Nicht einen einzigen Zweig nehmen sie wieder mit nach Hause. Dafür überlassen die Dörfler es meist den Berliner Gärtnern, das junge Grün der Wasserpflanzenwelt unter die Leute, oder richtiger, unter die Kinder zu bringen, die noch immer so gern „an dem Kalmus piepen“. Der Kalmus wächst an wohl fast allen märkischen Seeufern im Morast und wuchert an vielen Stellen außerordentlich stark. Die schlanken Schwertblätter mit dem rotweißen Wurzelhaare herauszuschneiden, ist für ungelübte Hände und namentlich für Kinder nicht ganz ungefährlich. Scharf sind in diesen Tagen wieder die Gendarmen hinter der für Unerborene verbotenen Kalmusfischerei einher, aber die grünberockten Staatshüter stehen zu spät auf, und so finden große Mengen Kalmus doch ihren Weg nach der Stadt, um ein paar Dutzend armen Schluckern netten Verdienst abzuwerfen. Lange dauert das Vergnügen nicht, dann hat die Kinderwelt das Kalmuspiepen satt. Auch die Freude an den grünen Reifern ist nur kurz. Nach wenigen Tagen lassen die braunen und weißen Ruten die Köpfe hängen... der Pfingstzauber ist wieder mal vorüber.

Ein Ausflug nach Erkner.

Die Züge nach Erkner fahren Sonntags sehr zahlreich vom Schlesischen Bahnhof (Fahrpreis von hier aus 55 Pf.) ab, vom übrigen Teil der Stadtbahn seltener. Durch Umsteigen auf dem Schlesischen Bahnhof kann man jedenfalls fortwährend in wenigen Minuten Anschlag erhalten, ebenso in Stralau-Kummelsburg, wo man den Erkner-Zug auf dem Bahnsteig E erwartet. Nachdem wir die lange Reihe der Stationen glücklich zurückgelegt haben, gehen wir vom Bahnhof Erkner nicht zur Dampf-Haltestelle, sondern wenden uns rechts in den Ort hinein, indem wir ihn auf seiner hübschen, baumbepflanzten Hauptstraße durchschreiten, bis wir die links abweigende Hübnerstraße erreichen. Diese führt uns über die Bahn und bald darauf auf einer Brücke über die Vöcknitz, die sich hier durch Wald und Wiesen schlängelt. Dann sind wir im Walde, wo wir den als Walter-Leistikow-Beg bezeichneten Fußweg einschlagen, der nach der Tafel am Baume an Jangschleuse führt. Eine Reihe von Seen, im weiten Wiesengebiet der Vöcknitz eingebettet und mit ihr meistens verbunden, erwartet uns. Durch Hochwald, den schöne Wachholderbüsche zieren, wird zunächst der von Reichshühnern belebte Wubahsee erreicht. Die Walter-Leistikow-Bank an seinem Ufer erinnert an den genialen Meister märkischer Landschaften, dessen Auge oft über den dunklen Spiegel schweifte. Mit Hilfe der Karte und der Weg-

bezeichnungen finden wir leicht die folgenden Seen. Seidenreuter- oder Förstersee heißt der nächste, der nur wenige Minuten östlich entfernt ist. Er ist nicht mehr mit der Vöcknitz verbunden, sondern rings von Wald umgeben, kleiner und daher noch reizvoller, wie etwa der See im Grunewald, und wie dieser ein Moorsee, an dessen Ufer stellenweise Torfbildung auftritt. Weiter geht es in der Nähe des Waldbrandes, rechts von der Vöcknitz durchströmte Wiesen und Acker, die Tächer von Gottesbrück (rechts) und Jangschleuse (links) tauchen auf und nach Ausblicken auf den schon einigermassen „der Bebauung erschlossenen“ Priestersee erreichen wir nach weiterer Wanderung den großen Wersee, den wir von hohen Sanddünen aus betrachten können. Hier liegt, zwischen Wersee und Beetzsee, Grünheide, wo wir uns bei Vater Fietzsch erfrischen können. Unser nächstes Ziel ist jetzt Woltersdorfer Schleuse. Man kann über Alt-Buchhorst dahin gehen, wo aber kein Lokal für uns frei ist. Deshalb suchen wir uns nach der Karte bald hinter Grünheide das zweite oder dritte lange, von Osten nach Westen streichende Gestell, das wir westwärts durch prächtigen Hochwald verfolgen, den Unterholz, Wachholdergebüsch und Eichenbestände verschönern. Wo nach einer Stunde rechts die Hügel der Kranichsberge kenntlich werden, können wir uns dorthin wenden, um von einem der hohen Punkte eine Aussicht zu gewinnen oder auch den Aussichtsturm zu besteigen, ehe wir nach Woltersdorfer Schleuse absteigen. (Ausgenommen Woltersdorfer Mühle und Hotel Kranichsberg sind hier alle Lokale frei.) Es lohnt sich, diesem Punkte, einem der schönsten der Mark, einige Zeit zu widmen, am Klaken- oder Kalkseuser zu flanieren usw., ehe man auf das Gellingel einer der abfahrenden Dampfer achtet, und sich endlich löst. Die Fahrt über den See zum Bahnhof ist nicht lang, und das ist ihr einziger Fehler. Sie bildet einen Abschluß dieser Seenreise, wie man ihn sich nicht besser wünschen kann. Allzuspät darf man sich freilich nicht zur Rückkehr entschließen, es sei denn, daß einem Gedränge und überfüllte Züge nichts anzuhaben vermögen.

Die Minderung der Eheschließungen

war in Berlin unter dem Einfluß der Wirtschaftskrisis in den letzten Jahren immer fühlbarer geworden. In den Jahren 1907, 1908, 1909 wurden hier nur noch 23 245, 21 799, 21 208 Ehen geschlossen, das ergibt pro Tausend der jahresdurchschnittlichen Bevölkerung Berlins nur rund 22, 21, 20 Eheschließungen. Es scheint nun, daß im Jahre 1910 diese Abwärtsbewegung zum Stillstand kommen will. Alljährlich zweimal häufen sich in Berlin die Eheschließungen, im Frühjahr etwa von Mitte März bis gegen Ende April und im Herbst etwa von Mitte September bis gegen Ende Oktober. Gewöhnlich liefern März und April sowie September und Oktober zusammen schon die Hälfte aller Eheschließungen des ganzen Jahres, so daß das Ergebnis dieser vier Monate stark für die Eheschließungsziffer des Jahres ins Gewicht fällt. Für 1910 liegt jetzt die übliche Frühjahrshochzeit der Eheschließungen bereits hinter uns. Da ist festzustellen, daß März und April diesmal ein merklich höheres Ergebnis gebracht haben als dieselben beiden Monate des vorigen Jahres. Für 1907, 1908, 1909 belief sich in den Monaten März und April zusammen die Zahl der Eheschließungen auf 5478, 5256, 4958, in 1910 aber wurden im März und April zusammen 5218 Ehen geschlossen. Auch Januar und Februar hatten übrigens schon ein kleines Eheschließungsplus gegenüber dem Vorjahre geliefert: in beiden Monaten zusammen wurden diesmal 2155 Ehen geschlossen, in 1909 nur 2087, in 1908 und 1907 dagegen 2348 und 2324. Der Umschwung, den offensichtlich das Jahr 1910 bringen will, wurde bereits in 1909 durch die inzwischen wieder eingetretene Mehrung des Zugzugs nach Berlin angekündigt.

Die Jahresfeiern der Gemeindeschulen Berlins

sind vor etwa einem Jahrzehnt eingeführt worden. Sie wollen ein Erfolg für die öffentlichen Prüfungen sein, die früher in den Schulen üblich waren. Diese Prüfungen, zu denen die Eltern als zuziehende Gäste eingeladen wurden, sollten den Zusammenhang zwischen Schule und Haus fördern, indem sie den Eltern einen Einblick in die Unterrichtsweise gaben. Ihren Zweck erfüllten sie so wenig, daß man es nur mit Befriedigung begrüßen konnte, als dieser alte Brauch endlich abgeschnitten wurde. Von den Jahresfeiern wurde erwartet, daß sie wirksamer als die öffentlichen Prüfungen dazu beitragen würden, der Schule die Familie näher zu bringen. Sie wollen mit ihrem meist aus Unterrichtsproben, Deklamationen, Gesangsvorträgen usw. zusammengesetzten Programm den Eltern nicht nur Belehrung über die Arbeit der Schule, sondern auch einige Anregung und Unterhaltung bieten. Aber die Hoffnung, daß sie eine Brücke zwischen Schule und Haus schlagen würden, hat auch hier sich nicht erfüllt. Obwohl diese Veranstaltungen unentgeltlich dargeboten werden, gelingt es wohl nur selten einer Schule, durch sie einen besonderen Eindruck auf die Eltern zu machen. Im übrigen könnte selbst die bestgelungene, eindrucksvollste Jahresfeier den Eltern nur wenig bedeuten gegenüber dem, was die Schule Tag für Tag an den Kindern, ihnen zum Segen oder manchmal auch zum Unsegnen, tut. In den Kreisen der Gemeindeschulrektoren werden die Jahresfeiern ebenso, wie früher die öffentlichen Prüfungen, als ein Ballast empfunden, von dem die Schule baldigst wieder zu befreien sei. Der Berliner Rektorenverein hatte denn auch vor einiger Zeit an die Schuldeputation die Bitte gerichtet, die Jahresfeiern abzuschaffen, weil sie ihre Aufgabe, eine Verbindung zwischen Schule und Haus herzustellen, nicht erfüllen. Aus dem Ratshaus wird uns gemeldet, daß die Schuldeputation jetzt sich mit dieser Petition beschäftigt hat, aber zu dem einstimmigen Beschluß gelangt ist, sie abzulehnen. In der Debatte sei sogar angeregt worden, daß man diese Jahresfeiern, die jetzt an jeder Gemeindeschule nur alle drei Jahre stattfinden, künftig alljährlich veranstalten solle. Ob sonst noch etwas angeregt worden ist, sagt die uns zugegangene Meldung nicht. Wie wäre's, wenn man auch versuchte, die Jahresfeiern zweckgemäß umzugestalten? Man sollte ihnen eine freiere Form geben, die es den Eltern ermöglicht, den Lehrern persönlich näher zu treten. Durch eine Veronstaltung, bei der ein bestimmtes Programm heruntergehoppelt wird und im übrigen Eltern und Lehrer fremd aneinander vorübergehen, kann allerdings nicht die zwischen Schule und Haus bestehende Schranke weggeräumt werden. Manche Pädagogen fürchten, daß ihre Autorität, wenn sie nicht auch den Eltern gegenüber sich als „unnahbar“ geben, in die Brüche gehen könnte. Das wäre eine sehr fragwürdige „Autorität“ die nur mit solchen Mitteln aufrecht erhalten werden kann.

Und Teddy sprach.

Mr. Roosevelt kann mit dem Empfang, den ihm Behörden und Schmöden in Berlin bereitet haben, mehr als zufrieden sein. Einem blöden Staunen und einer finstlichen Reugier ist er sicherlich auch bei den rückständigsten Stämmen des entlegenen Ostafrika niemals begegnet. Aber Teddy kennt seine Leute und weiß mit ihnen umzugehen. Dem Lobhudelei verweigert er als Reiter und Schütze zu imponieren, und dem Volk der Dichter und Denker durch „philosophische“ Reden. Er wollte den guten Berlinern beweisen, daß ein republikanischer Exzentrik der Neuen Welt ebenso „tiefsinnig“ zu reden versteht wie ein gekröntes Haupt Europas. Und so hielt er denn im Senatszimmer der Universität eine wunderbare Rede über „Die Kulturbewegung der Welt“.

Wer diese Rede liest, ohne ihren Urheber und ihre Veranlassung zu kennen, würde glauben, die Primanerrede einer Schulfeier vor sich zu haben. Denn wie schön führt uns Herr Roosevelt im Fluge durch die Zeitalter! Rein Pennäler könnte uns exakter und schulgerechter die Merkmale der verschiedenen Kulturen aufzählen, könnte uns erbaulicher und belehrlicher über das Vergängliche aller Gebilde von Menschenhand unterhalten. Und die Würdenträger der Universität der Reichshauptstadt umgaben in Ehrfurcht erstarrend den erhabenen Redner — und die Presse, vor allem die liberale Presse, brachte nicht nur diverse Zeitartikel über dies epochale Ereignis, sondern übermittelte auch die illustren Gedanken des genialen Staatsmannes in spaltenlangen Berichten brühwarm ihren Lesern!

Den Bericht hätten sich die Blätter aber doch lieber schenken sollen! Denn an dem kann höchstens Herr v. Bethmann Hollweg seine Freude haben. Kann er daraus doch Schmugeln konstataren, daß auch staatsmännische Belebitäten des Landes der unbegrenzten Möglichkeiten ebenso langweilig und pedantisch gespreizt zu reden verstehen, wie ein gewisses „altes Weib“ in Preußen! Und wirklich: ein wie „smarter“ Staatsmann Teddy nach den Begriffen der amerikanischen Bourgeoisie immer gewesen sein mag, mit kulturhistorischen Rednergüssen sollte er seine kultivierteren Mitmenschen doch lieber verschonen. Hätte er noch Jägerlatein aus Wildwest oder Wilhohf verzapft — aber uns so ganz bethmannisch-langstielig zu kommen, das geht denn doch über die Quäntur!

Wißbegierige Pädagogen.

Die Schule soll auch um die Familie sich kümmern. Die Lehrenden sollen versuchen, ihre Zöglinge auch aus den Verhältnissen des Hauses zu beurteilen und zu verstehen. Das ist eine Forderung, die jeder Einsichtige billigen wird, weil nur so die Erziehungsarbeit der Schule den rechten Erfolg haben kann. Leider merkt man nicht viel von Bemühungen der Lehrerschaft, über das häusliche „Milieu“ der Schulkinder sich zu informieren. Wo aber solche Versuche wirklich gemacht werden, da richtet die Wißbegier mitunter sich auf Dinge, an die die Schule besser nicht rühren sollte.

Grundrichtig sollte die Lehrerschaft es ablehnen, nach der Parteizugehörigkeit der Eltern zu forschen. Es ist richtig, daß gerade das sehr wichtig sein kann für die Beurteilung der Einflüsse, die in der Familie auf ein Kind wirken. Doch nur zu leicht wird eine Fragerei, die — direkt oder indirekt — auf diesen Punkt sich richtet, von den Eltern als Befragungsmittel empfunden. In höheren Schulen kommt es wohl nur selten vor, daß Lehrer und Lehrerinnen ihren Zöglingen solche Fragen stellen. Aus der Volksschule aber sind oft genug Mikarisse dieser Art bekannt geworden, und gerade hier müssen sie auf das Elternhaus verstimmen wirken. Die Bevölkerungswünschen, denen für ihren Nachwuchs nur die Volksschule offen steht, bekennen sich ja größtenteils zu einer politischen Anschauung, die von der Mehrheit der Lehrerschaft unserer Volksschule bekämpft wird. So gar in die Schulstube haben manche Lehrer und Lehrerinnen den Kampf gegen die Arbeiterklasse hineingetragen, und Arbeiterkinder haben aus Pädagogenmund tränkende Aeußerungen zu hören bekommen, die sie mit auf die eigenen Eltern beziehen mußten. Selbstverständlich werden da Arbeiterfamilien gegenüber der Schule mißtrauisch gegen jede Wißbegier, die die Parteizugehörigkeit der Eltern erforschen zu wollen scheint.

Klagen hierüber sind immer wieder an uns gelangt, besonders nach vielbemerkten Ereignissen im politischen Leben, nach Wahlkämpfen, nach Wahlrechtsdemonstrationen oder Protestkundgebungen anderer Art, nach Märzfeiern und Maiereiern. Nach der diesjährigen Maifeier hat in der 187. Gemeindeschule für Mädchen (Gerhardstraße) eine Lehrerin Fräulein Selle, die die Klasse VI M leitet, ihre Schülerinnen niederschreiben lassen, wie sie den 1. Mai verleben hatten. Ein Vater teilt uns das mit und knüpft daran die Frage, ob es sich hier nur um eine persönliche Reugier oder um einen Auftrag von oben handelt. Es braucht weder das eine noch das andere zugutreffen, sondern kann lediglich ein Zufall sein, daß Fräulein Selle ihren acht bis neunjährigen Schülerinnen für die kleine Stilübung ausgerechnet den Sonntag, der auf den 1. Mai fiel, als Thema gegeben hat. Aber angeht's früherer Vorkommnisse, die aus anderen Schulen bekannt geworden sind, kann man, wie gesagt, sich nicht wundern, wenn so etwas mit einigem Mißtrauen aufgenommen wird. Fräulein Selle hat übrigens auch selber schon dazu beigetragen, Argwohn gegen sich rege zu machen. Erst vor wenigen Wochen hat sie in ihrer Klasse gefragt, welche Zeitungen von den Eltern gelesen werden. Der Vater, der uns das mitteilt, vermutet auch hinter dieser Frage den Wunsch, die Parteizugehörigkeit der Eltern zu ermitteln. Die Lehrerin wird sich vielleicht beklagen, daß ihr da eine Absicht nachgesagt werde, die ihr völlig fern gelegen habe. Zu danken hätte sie das denjenigen ihrer Kollegen und Kolleginnen, die den Kampf gegen die politische und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse in die Schule hineingetragen haben.

Wenn in dieser Hinsicht jede Angehörigkeit vermieden wird, so wird auch das Elternhaus gegenüber der Schule sich frei machen von jenem Mißtrauen, das rasch bereit ist, Gefinnungsnüffel zu wittern. Im übrigen kann man nur wünschen, daß alle Eltern ihre Kinder dazu anhalten, solche Wißbegier durch rückhaltlose Auskunft zu befriedigen. Jedes Kind sozialdemokratischer Eltern sollte in der Schule, wenn es gefragt wird, mit Stolz erklären: „Ja, wohl, meine Eltern lesen den „Vorwärts“, mein Vater bekennet sich zu den Anschauungen der Sozialdemokratie, meine Mutter auch, beide haben an der Wahlrechtsdemonstration teilgenommen, und wir alle sind zur Maifeier gegangen.“ Jeder Lehrer und jede Lehrerin sollte zu der Heberzeugung gebracht werden, daß bei Arbeiterkindern nur diese Antwort zu erwarten ist.

Wettervorhersage durch den Fernsprecher. Das Zuspochen der Wettervorhersage durch den Fernsprecher ist eine Einrichtung, die immer noch so wenig bekannt zu sein scheint, daß die Post jetzt beim Beginn des Sommers auf die Einrichtung hiedurch hinweisen läßt. Die alltägliche Wettervorhersage für den folgenden Tag gelangt in Berlin jeden Tag etwa mittags 12 Uhr auf jedes Fernsprechart. Sie kann dann durch einfachen Anruf beim Amt erbeten werden, worauf sie sofort ausgesprochen wird. Das Zuspochen kostet nur 10 Pfennig. Der Betrag wird nachher von dem Briefträger eingezogen. Das Zuspochen der Wettervorhersagen kann an jedem beliebigen Tage geschehen. Außerdem kann man auch das Zuspochen der Wettervorhersage ein für allemal bestellen und darauf abonnieren. Auch dann kostet dies 10 Pfennig für den Tag.

Die Betriebsleitung der Berliner elektrischen Straßenbahnen A.-G. (Siemens und Halske) teilt mit, daß bei günstiger Witterung am ersten und zweiten Pfingstfeiertage auf ihren Linien folgende Früh-

züge eingestellt werden: 1. Linie Behrenstraße—Trepow; ab Holmannstraße (Ede Lindenstraße) von früh 4,30 Uhr an; ab Behrenstraße von früh 5 Uhr an in Abständen von zehn Minuten. 2. Linie Mittelstraße—Wanlow—Rieder—Schönhausen; ab Wanlow (Betriebsbahnhof Damerowstraße) von früh 4 Uhr an; ab Mittelstraße (Ede Friedhofstraße) von früh 4,40 Uhr an in Abständen von zehn Minuten. 3. Linie Badstraße (Ede Prinzen-Allee)—Franz. Buchholz; ab Badstraße (Ede Prinzen-Allee) von früh 4,25 Uhr an in Abständen von 15 Minuten. Der dann beginnende fahrplanmäßige Betrieb wird durch Einfügen von Sonderzügen verstärkt.

Die Behandlung der Heimgärtcheninsassen der Heimgärte Buch durch den leitenden Arzt Dr. Reuter, die wir wiederholt in unserem Blatte rügen mußten und die am 8. März 23 Patienten Veranlassung gab, die Heimgärte zu verlassen, war in der letzten Sitzung des Kuratoriums der Heimgärte Gegenstand längerer Besprechungen. Ueber das Ergebnis teilt das Nachrichtenamt der Stadt Berlin folgendes mit: „Das Kuratorium hat nach eingehenden Erhebungen eine Verechtigung zum Austritt nicht anerkennen können, jedoch auch dem leitenden Arzt, welcher in der Sitzung zugegen war, nicht verhehlt, daß der von ihm benutzte Ausdruck, daß Nachliegen solle als Strafe dienen, nicht zu billigen sei.“

Die Form, in der die Mißbilligung gegen Dr. Reuter erfolgt, ist die denkbar mildeste und läßt den Schluß zu, daß man dem Herrscher in Buch in der Öffentlichkeit nicht allzu wehe tun wollte. Aber auch schon so sagt die Mißbilligung genug. Wir wollen nur hoffen, daß sie geeignet ist, Herrn Reuter zu bessern in seinem Verhalten gegen die Patienten. Schließlich muß doch immer Bedacht genommen werden darauf, daß Herr Reuter es mit den Kranken zu tun hat und nicht mit Rekruten. Durch diese Erledigung der Angelegenheit erfährt auch die Rolle, die der Herr Oberbürgermeister in der Stadtverordnetenversammlung bei Besprechung der Angelegenheit spielte und wobei er ganz unbesehen eine Lanze für Herrn Reuter gläubte brechen zu müssen, eine sonderbare Beleuchtung. So wenig objektiv wie in diesem Falle haben wir unseren „Ober“ noch nie gesehen. Öffentlich kommt auch er zu der Ansicht, daß er eine schlechte Sache vertreten hat und daß man der Allgemeinheit mehr nützt, wenn man rücksichtslos die Wahrheit zu ermitteln sucht ohne Ansehen der Person.

Das Kuratorium der Heimgärte scheint das letztere erkannt zu haben und man kann nur wünschen, daß es auf diesem Wege fortfährt. Tut es das und sucht es auch den Heimgärtchenpatienten nach Möglichkeit entgegenzukommen, so wird es sicher dem Zweck der Anstalten und seinen Aufgaben am besten gerecht.

Ueber den durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter gibt der Polizeipräsident folgendes bekannt: In Abänderung meiner Bekanntmachung vom 27. März 1900 und 10. Mai 1900 lege ich in Gemäßheit der Bestimmungen des § 10 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft vom 30. Juni 1900 in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 1900 — R. G. Bl. S. 641 ff. — und der Ausführungsanweisung vom 19. August 1900 — Min. Bl. für die innere Verwaltung S. 243 — Ziffer I 1 für den Stadtkreis Berlin nach Anhörung des Magistrats den durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter wie folgt fest: a) für erwachsene (über 16 Jahre alte) männliche Arbeiter 1080 M., b) für erwachsene (über 16 Jahre alte) weibliche Arbeiter 680 M., c) für jugendliche (unter 16 Jahren alte) männliche Arbeiter 540 M., d) für jugendliche (unter 16 Jahren alte) weibliche Arbeiter 420 M. Die neuen Sätze treten mit dem 1. Juni 1910 in Wirksamkeit.

Strenge Absperrungen wurden gestern Unter den Linden durchgeführt. Schon nach 10 Uhr wurde von Schuppleuten zu Fuß und zu Pferde unter Leitung zahlreicher Polizeioffiziere der Wagenverkehr abgelenkt. Nach 11 Uhr wurden die Absperrungsmassregeln immer strenger. Der Grund zu diesen Maßnahmen lag darin, daß der Exordiant Hofmann seinen angekündigten Vortrag über die Weltkulturbewegung in der Universität halten wollte und daß zu diesem Vortrage die gesamte kaiserliche Familie und sonstige Würdenträger als Zuhörer angekündigt waren.

Ueber den Vorfall der Stadtbahnstation Schönberg wird uns folgende Klage vorgetragen: Kürzlich löste sich am Schalter der genannten Station ein Arbeiter ein Billett nach Rixdorf und weil er infolge Müdigkeit in den überfüllten Coupés 3. Klasse nicht stehen wollte, nahm er eine Karte 2. Klasse. Als der Zug, mit dem der Fahrgast fahren wollte, einlief, rief ihm der Stationsvorsteher zu: Sie bleiben hier! Verwundert frag der Arbeiter nach dem Grunde dieser Anordnung. Es wurde ihm gesagt, er dürfe nicht 2. Klasse fahren. Schließlich wollte der Vorsteher dem Arbeiter 5 Pf. wieder herausgeben, damit er 3. Klasse fahre. Bemerkte sei, daß der Arbeiter sauber gekleidet war, selbst über einen weichen, niedrigen Kragen verfügte. Der Arbeiter ließ sich auf das Angebot nicht ein und als der nächste Zug einlief, stieg er ein, ohne sich weiter an die Anordnung des Vorstehers zu halten. Auf der nächsten Station „Ebersstraße“ wurde die Coupetür aufgerissen, der Arbeiter herausgeholt und nach der nächsten Polizeiwache behufs Feststellung seiner Personalien gebracht. Als das geschehen war, wurde gefragt, was denn der Mann verbrochen habe. Aus den Anmerkungen der Beamten war zu entnehmen, daß wegen derartiger angeblicher Verfehlungen öfter Feststellungen angeordnet worden seien sollen. Nach seiner Vernehmung begab sich der mit der 2. Klassen-Fahrtarte Ausgerüstete nach der Ebersstraße, von wo er ungehindert nach Rixdorf fahren konnte.

Es wäre interessant, von der Eisenbahnverwaltung zu erfahren, ob sie das Verhalten des Stationsvorstehers billigt und auf welche Bestimmungen sie sich dabei stützt.

Dem Manne ist die Karte verkauft worden, natürlich, damit er sie benutzen kann. Ihm später Schwierigkeiten zu machen, dazu ist unseres Erachtens der Vorsteher nicht befugt, solange sich der Fahrgast nicht unanständig verhält. Das ist im vorliegenden Falle nicht geschehen. Unseres Erachtens hat sich der Stationsvorsteher in Schönberg eine strafbare Verletzung zuschulden kommen lassen, wenn er die Feststellung des Fahrgastes auf der Station Ebersstraße veranlaßt hat. Hierzu war er keineswegs befugt.

Ein ungewöhnlich dreifacher Fleischwarendiebstahl ist bei einem Schlächtermeister Böhm, Gartenstr. 62, verübt worden. Er besitzt auf dem Grundstück Panoramast. 8 einen großen Kühlraum, in dem geschlachtetes Fleisch untergebracht ist. Gestern am besten Tage fuhr nun ein von fremden Eindringern geleitetes Fuhrwerk vor und, nachdem die Diebe die Türschlösser erbrochen, machten sie sich daran, den Wagen zu beladen. Zwei geschlachtete Schweine, geschlachtete Kälber, einen Hammel, ganze Rinderviertel und andere Fleischwaren im Werte von mehr als 1000 M. schleppten die Täter davon. Die verübte Verbrechen Passanten glaubten natürlich, daß die Leute zum Fortschaffen der geschlachteten Tiere berechtigt seien.

Rückzahlung von Eintrittsgeldern zum Flugplatz Johannisthal. Die Flugplatzgesellschaft macht das Publikum nochmals besonders darauf aufmerksam, daß, wenn ungünstiges Wetter das Fliegen während der Flugwoche unmöglich macht, das Eintrittsgeld für den betreffenden Tag zurückgezahlt wird, und zwar nach dem Hüfen der schwarzen Flagge an den Flugplätzen. Diejenigen Besucher, die vor diesem Signal den Platz verlassen, müssen sich an den Ausgängen ihre Billets abstempeln lassen und erhalten dann das Eintrittsgeld im Laufe des folgenden Tages im Stadtbüreau der Gesellschaft, Lützowstr. 89/90, oder an denjenigen Verkaufsstellen zurück, wo die Billets gelöst sind. Nur ein geringer Teil des gezahlten Eintrittsgeldes wird nicht zurückgehalten, zur Deckung der Unkosten für die Wärfel, die auch beim Ausfallen der Plätze dem Publikum Unterhaltung bietet. Einzig auf die Billets zum Startplatz wird nichts zurückgezahlt mit Rücksicht darauf, daß deren Inhaber Gelegenheit haben, die Flugzeuge und deren Maschinen zu besichtigen und wertvolle technische Studien zu machen, was ihnen

auf keinem der ausländischen Flugplätze geboten wird. Das Publikum wird gebeten, den Vordruck auf den Eintrittskarten genau durchzulesen, auf denen alles Nähere angegeben ist.

Neue Briefmarken-Automaten sollen in unserer Stadt demnächst zur Ausstellung kommen, die, wie man uns schreibt, ein tadelloses Funktionieren gewährleisten und in solch genügender Zahl angebracht werden, daß sie dem Bedürfnis des Publikums entsprechen und die Post wesentlich entlasten. Eine außerdem an den Automaten angebrachte Orientierungstafel gibt Aufschluß, wo man die nächste Rettungswache, Arzt, Apotheke, Feuermelder, Polizeiwache usw. findet. Eine um den Automaten arrangierte Kellame soll das Unternehmen bezahlt machen.

Eindrescher haben in letzter Zeit verschiedene Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft Berlins und Umgegend heimgeführt. Nachdem erst kürzlich in der Langhansstraße in Wehensee eingebrochen worden ist, hat in der vergangenen Nacht ein Einbruch in der Verkaufsstelle in der Friedhofstraße in Rixdorf stattgefunden. Die fremden Durschen bogen auf dem Hofe die starken Eisentüre der Schützgitter an einem Fenster mit großer Gewalt so weit auseinander, daß sie hindurchschieden und durch das zertrümmerte Fenster in die Räume gelangen konnten. Hier packten sie Butter, Schinken, Speck, Wurst, eine Anzahl Risten Zigarren, ein Fahrrad usw. zusammen und nahmen mit der Beute den Rückweg durch den Keller, Auch 150 M. Wechselgeld steckten sie ein.

Die Geschäftsleitung der Genossenschaft hat auf die Ermittlung des oder der Täter eine Belohnung von 100 M. ausgesetzt.

Der Dämmerzustand. Entlarvt wurde von dem Erkennungsdienst der hiesigen Kriminalpolizei eine gefährliche Taschendiebin. Vor einigen Tagen wurde eine Frauensperson, die mit der Straßenbahn und dem Omnibus hin und her fuhr, von einem Beamten der Kriminalpatrouille festgenommen, nachdem sie gerade in einem Omnibus einer armen Frau die ganzen Ersparnisse aus der Tasche gestohlen hatte. Beim Verhör erklärte die Verhaftete, daß sie sich in Dämmerzustande befinde und nicht einmal genau wisse, wie sie heiße. Sie glaube aber eine Frau Emma Bräunung geborene Berner oder so ähnlich zu sein. Jetzt hat sich ergeben, daß der Dämmerzustand der Frau sehr gelegen gekommen war. Nur das er vor dem Erkennungsdienst nicht stand gehalten. Die Verhaftete ist, wie jetzt feststeht, eine Schuhmacherfrau Anna Baumann, eine alte, schon wiederholt mit Justizhaus bestrafte Taschendiebin, die gewöhnlich mit ihrem Kame und einem kleinen Sohne von Ort zu Ort reiste, um zu stehlen. Die Verhaftete behauptete, so oft sie festgenommen wurde, stets, daß sie sich in Umständen befinde, die eine schonende Behandlung verlangen. So gelang es ihr wiederholt, zu entweichen. Sogar aus dem Justizhaus ist sie schon mehrmals entkommen. Die Diebin hielt sich schon die letzten Wochen über in Berlin auf und stahl in den Warenhäusern wie ein Mause. Damals war sie von Köln hierher gekommen, jetzt wie es scheint, von Breslau. Dort hat sie auch ihren jetzt neun Jahre alten Sohn entführt, der sich nun wahrscheinlich ebenso, wie auch ihr Mann in Berlin aufhält. Die Breslauer Staatsanwaltschaft suchte die Verhaftete auch schon. Frau Baumann ist schon oft fotografiert und gemessen und konnte deshalb bestimmt festgesetzt werden.

Als Leiche wiedergefunden wurde gestern an der Sülter Straße im Spandauer Schiffahrtskanal die 10 Jahre alte Arbeiterin Feida Schwan aus der Sparrstr. 25. Am Freitag vor 14 Tagen hatte die Arbeiterin einen Streit mit dem Bräutigam; seitdem war sie verschwunden.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Arbeitslosigkeit betrafte in der vergangenen Nacht den vierzig Jahre alten Krankenhüter Oskar De Laporte zu einem Selbstmordversuch. Der wohnungslose Mann nahm auf dem Fluß eines Hauses in der Ringbahnstraße Arsenik. Hierauf brach er besinnungslos zusammen. Ein Arzt aus dem Hause pumpte ihm den Magen aus und ließ ihn dann nach dem städtischen Krankenhaus in Budow bringen.

Gestern nachmittag wurde auf dem neuen Rixdorfer Friedhof am Mariendorfer Weg der auf so bedauerliche Weise geendete Genosse Siegrist unter zahlreicher Beteiligung zur letzten Ruhe beigesetzt. Eine Reihe bekannter Genossen sowohl wie auch die Leitung der Gewerkschaftsorganisation, der Siegrist angehörte, haben den Schritt des alten Kämpfers bedauert, der nur aus seinem verflochtenen Wesen zu erklären ist. Denn hätte Siegrist sich einigen seiner Bekannten über seine traurige Lage geäußert, wären ihm sofort Mittel zur Verfügung gestellt worden.

Wegen gewerbdmässigen Bankers ist vom Polizeipräsidenten gegen die Firma M. D. Krüger in der Wartstr. 64 ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Die Firma belohnt Waren jeder Art und nimmt nach dem gegen sie erhobenen Beschuldigungen Jinsen, die in keinem richtigen Verhältnis zu ihren Leistungen stehen, in einem Fall z. B. 8 M. Jinsen für ein auf drei Monate gegebenes Darlehen von 10 M. d. i. 320 Proz. auf das Jahr. Die Darlehensnehmer sind meistens minder- oder unbemittelte Leute, die sich in ihrer Notlage zu jedem Opfer bereit finden. Wer mit der Firma M. D. Krüger in solche Geschäftsverbindung gestanden hat, wird ersucht, sich im Zimmer 61 des Rixdorfer Polizeipräsidentiums zu melden.

Tempelhof.

Ein folgenschwerer Gerüststurz, bei dem vier Personen verletzt wurden, ereignete sich gestern nachmittag gegen 3 Uhr in der Berliner Straße unmittelbar hinter dem Ringbahnhof Tempelhof. Dort wird zurzeit von der Firma Müller u. Co. eine Farben- und Lackfabrik errichtet, die mitten im Bau begriffen ist. Der Neubau ist von einem Holzgerüst umgeben. Gestern nachmittag brach plötzlich eine Verankerung, und fast das gesamte Gerüst stürzte mit großem Gelde in sich zusammen. Vier Maurer, die gerade bei der Arbeit waren, wurden mit in die Tiefe gerissen und unter den Trümmern begraben. Sofort wurde die Hauptfeuerwehr in Tempelhof alarmiert, die einen Geräte- und einen Mannschaftswagen an die Unfallstelle entsandte; zur gleichen Zeit mit diesem trafen auch aus den benachbarten Kasernen Soldaten zur Hilfeleistung ein. Ihren gemeinschaftlichen Bemühungen gelang es, die vier unter dem Chaos der Holztrümmer verhafteten Maurer noch lebend zu bergen. Drei von ihnen haben schwere Verletzungen an der Brust und an den Gliedern erlitten; sie wurden sofort mit Krankenwagen dem in der Rolkestraße belegenen Garnisonlazarett II zugeführt. Ihr Befinden gibt zu Bedenken Anlaß. Ueber die Ursache der Katastrophe ist bisher nichts Positives ermittelt worden.

Halensee.

Die Anlegung eines Kinderspielfeldes für Halensee ist, wie im Bezirksverein Halensee mitgeteilt wurde, vom Wilmerdorfer Magistrat zugelassen worden. Veranlassung tief die Mitteilung eines Lehrers hervor, derzufolge einige Kerzte sich gegen den Besuch von Kindergärten ausgesprochen haben sollen. Es soll mit den betreffenden Kerzten in Verbindung getreten werden, um die Gründe für diese Forderung zu erfahren. Eine Frage von großem Interesse für die Anwohner des Bahnhofs Halensee bildet die schon vielfach gestellte Forderung einer Neuanlegung eines zweiten Zuganges zum Ringbahnhof Halensee. Die maßgebenden Behörden haben es seinerzeit wegen der angeblich zu hohen Kosten abgelehnt und wollten sich nur dann dazu bereit erklären, wenn die interessierten Gemeinden (Wilmerdorf, Schmargendorf und Grunewald) die Kosten aufbrächten. Innerhalb wird die Frage nicht zur Ruhe kommen, bis sie gelöst ist. In der Sitzung des Bürgervereins lösten die „unerhörten Maßnahmen des Gemeindevorstehers von Schmargendorf, der die Normalie in der

Augusta-Viktoriastraße ohne erkennbaren Grund habe niederzulegen lassen“, große Entrüstung aus. Verbesserungen im Straßenbahnverkehr wurden getrotten, indem Linie 8 zum vollen Ring und Linie B ebenfalls durch Halensee geführt werden soll.

Straßen.

„Zum Kampf für Freiheit und Recht“ lautete das Thema, über welches Genosse Stadthagen in einer gut besuchten Versammlung in den Markgrafensälen referierte. Stürmischer Beifall bekräftigte dem Referenten, daß seine markigen Worte, mit denen er die Handlungen der bürgerlichen Parteien sowie der Regierung geißelte, den Versammelten aus dem Herzen gesprochen waren. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung aufgelöst hatte, sich die Ausführungen des Referenten zu Herzen zu nehmen, wies er darauf hin, daß die einzige Stütze in diesem Kampfe der „Vorwärts“ sowie die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen seien. Zum Schluß trug der Gesangsverein „Vorwärts-Frohmann“ einige Freiheitslieder vor.

Rummelsburg.

Einen schaurigen Fund machten spielende Kinder am sogenannten Fischpflanz am Parallellweg. Sie sahen auf der Oberfläche des Gewässers einen toten Körper treiben, den sie ans Land riefen. Es handelte sich um die Leiche eines neugeborenen Anaben. An der linken Kopfseite weist der Leichnam eine größere Wunde auf, die sich etwa 15 Zentimeter lang hinzieht. Der tote Körper war bereits stark in Verwesung übergegangen. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Zehlendorf (Hannseebahn).

Eine unterirdische Höhle mit vollständiger Wohnungseinrichtung wurde im Grunewald, unweit Zehlendorf-West, aufgefunden. Ein junges Mädchen wurde in jener Gegend von einem Manne überfallen, der aber auf ihre Hilferufe von ihr abließ und flüchtete. Da man dort in letzter Zeit derartige Wassermännische Gestalten öfter beobachtet hatte, wurde eine Razzia vorgenommen, wobei man zwar nicht den Mörder, wohl aber dessen „Wesens“, zu der ein langer, unterirdischer Schacht führt, entdeckte. Die romantische Wohnung ist mit einem Tisch, zwei Stühlen, einem Spiegel, Bett usw., „ausmöbliert“. Den Besitzer fand man jedoch nicht.

Jugendveranstaltungen.

Freie Jugendorganisation. Abt. 6 und 15. An beiden Pfingstfeiertagen Wanderung über Fichtenwalde, Rauen, Storfow (Nachlager) nach Königswinterhausen. Treffpunkt: Sonntag früh 1/2 Uhr Normaluhr Hohenhausenplatz. Ferner veranstaltet Abt. 6 noch für diejenigen Kollegen und Kolleginnen, welche die 2 Tage-Partie nicht mitmachen, am 1. Feiertag eine Spielpartie nach Hohenhausen (Alter Fremdb). Treffpunkt: 1/2 Uhr Hohenhausenplatz. Fahrgeid 40 Pf. Wiederbächer nicht vergessen! Gäste sind als Teilnehmer herzlich willkommen.

Schöneberg. Deuts. Freitag, abends 8 1/2 Uhr, findet der dritte Vortragabend des Volksmanns, Vorderstr. 8, statt. Vortrag des Genossen Schenk über „Arbeit und Kultur“. Die Jugendlichen sowie Erwachsenen werden um rege Beteiligung ersucht.

Wanlow-Nieder-Schönhausen. Am ersten Pfingstfeiertag Ausflug nach den Riederbörster Kallbergen. Treffpunkt: 6 1/2 Uhr (pünktlich) am Ringbahnhof Schönhauser Allee. Fahrgeid 1,80 M. Wiederbächer nicht vergessen! Sorgf. für zahlreiche Beteiligung. Fremde und Bekannte herzlich willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 23. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Vermittlung. Von Hans Klotz. — Die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen der persischen Revolution. Von Urschavir Ischikhanian. — Zum Kampfe im Baugewerbe. Von August Bringsmann. — Das Budget des deutschen Arbeiters — eine Statistik des Glubs. Von Dr. A. Lischke. (Schluß). — Literarische Rundschau: Fritz Döbel und Franz Diederich. Kommet. Von R. G. Dr. Johann Döpp. Geschichte des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Von Julius Deutsch. — Zeitstreifen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 60, vorn über Treppen — Fahrstuhl — wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends statt. Jeder Frage ist ein Sachfrage und eine Zahl als Vertretung beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Willige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

W. N. 100. Werden Sie sich an eine Antiquariats-Buchhandlung. Sie finden solche im Adreßbuch, II. Band, Teil IV, Seite 60 folgende verzeichnet. — W. N. 9. 1. Ja, in der Buchhandlung Buchwärts, Lindenstraße 69, Preis gebunden 4 M., broschiert 3 M. 2. Ja, in Deutschland 15,50 M. pro Kopf. 3. Nein. 4. Wenn der Beweis erbracht werden kann, ja. 5. Das wird behauptet, ist aber noch nicht feststehend. — W. N. 11. Es handelt sich um einen Bericht über einen Vortrag. Das Verfahren selbst in seinen Einzelheiten können wir leider nicht angeben. — W. N. 102. Der Sonntag. — 20. Sch. Die Namen werden so, wie sie geschrieben werden, ausgeprochen. — W. N. 16. a) Nein, der Anspruch ist verjähr. 1. Nein, gegen den Unternehmer steht Ihnen der Anspruch nicht zu, wohl aber gegen die Kasse, die sich an den Unternehmer hält. 2. Nein. W. N. D. W. Die Mißbräucher müssen den Vertrag erfüllen, vorausgesetzt, daß der Mißbrauch zur Zeit des Vertragsschlusses noch nicht bekannt war. G. N. 200. 1. Nein. 2. Nein. Die Kopierrechte kann aber den Vorkäuflichen verlangen. 3. Die Tochter kann Mitteilung eines Nachlassverhältnisses verlangen. Sicherstellung jedoch nur dann, wenn durch das Verhalten des Vaters oder durch seine ungenügende Vermögenslage die Befolgung einer erheblichen Verletzung der Rechte des Rückgebers begründet wird. Inventarisierungs- und die eventuelle Sicherstellungspflicht kann durch Testament ausgeschlossen sein. — W. N. 1000. Am 31. Dezember 1911.

Witterungsüberblick vom 12. Mai 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand am 11. Mai	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometer-stand am 11. Mai	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius
Stettin	762,0	SW	3	14,5	Hannover	760,0	SW	3	14,5
Darmstadt	759,0	SW	4	14,5	Stettin	760,0	SW	3	14,5
Berlin	760,0	SW	3	14,5	Stettin	760,0	SW	3	14,5
Frankfurt	756,0	SW	3	14,5	Stettin	760,0	SW	3	14,5
München	757,0	SW	4	14,5	Stettin	760,0	SW	3	14,5
Wien	760,0	SW	1	14,5	Stettin	760,0	SW	3	14,5

Wetterprognose für Freitag, den 13. Mai 1910. Vielwolke heiter, nachts etwas kühl, am Tage wieder warm bei ziemlich lebhaften südöstlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 11. 5.	am 10. 5.	Wasserstand	am 11. 5.	am 10. 5.
Remel, Teltow	154	154	Saale, Großh.	106	106
Bregel, Osterburg	-11	+9	Dabel, Sandow	68	-2
Wegsel, Thorn	88	-8	Nathow	91	-9
Ober, Kallbe	469	-27	Spree, Spremberg	132	+50
Rosin, Kallbe	275	+55	Beesow	73	+1
Frankfurt	250	-19	Weser, Minden	-29	-1
Wartbe, Schrum	70	+8	Weser, Minden	54	+1
Landberg	-	-	Rein, Pommern	520	-9
Rege, Verdamm	25	+6	Rhein	291	+21
Elbe, Leimert	209	-14	Rhein	298	+32
Redden	115	-29	Redar, Heilbronn	110	-9
Barby	318	-13	Rhein, Wehrheim	164	-5
Magdeburg	282	-18	Rosel, Trier	134	-17

+) + bedeutet Hoch, — Fall. — *) Unterpegel. Nach telegraphischen Meldungen beträgt der Wasserstand der Oder bei Ratibor heute früh nur noch 378 cm und fällt weiter. — Die Elbe ist bei Barby bis gestern nur 8 Uhr abends noch etwas gestiegen und liegt dort seitdem unverändert auf 320 cm.

Die Geburt des kleinen Rudi folgten am 21.7. Die beglückten Eltern
Frida u. Siegfried Weinberg.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Stralauer Viertel, Bezirk 328 Teil II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schlosser
Karl Hörsenz
Verstuszt 1. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Mai, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedbergstraße aus statt. 217/17
Um rege Beteiligung erucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 11. Mai verstarb der Genosse Schlosser
Franz Frese.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, auf dem Heides-Sträßchen in Weiskow, Böcker Str. 17, statt.
Um rege Beteiligung erucht
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein Britz.
Am 10. Mai verstarb unser Mitglied
Richard Watschitschek
an Blinddarmentzündung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 13. Mai, nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Britz aus statt.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Karl Jänner
gestorben ist. 115/12
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Freitag, den 13. Mai, nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Berlin, Bergstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Hans Däumichen
im Alter von 26 Jahren am 11. d. Mts. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Nieder-Schönhauser Kirchhofes, Buchholzer Straße, aus statt.
75/13 Die Bezirksverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Minna Weißgerber
geb. Leistikow
im Alter von 44 Jahren am 11. d. Mts. am Herzschlag verstorben ist. 55092
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schönberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.
Der trauernde Gatte
Rudolf Weißgerber, Pauer, Granenstraße 85.

Am 11. d. Mts. verschied nach schwerem Leiden unser liebes
Mariechen
im Alter von einem Jahr und vier Monaten.
Max Krömke und Familie
Weißstraße 60.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Friedrichs-Friedhofes, Mariendorfer Weg aus statt.

Allen denjenigen, die uns während des schweren Leidens, sowie bei der Beerdigung meiner umgeliebten Frau, unserer herzenguten Mutter
Frau Anna Schaller
mit ihrer Teilnahme tröstend zur Seite gestanden haben, sprechen wir hiermit unseren herzlichsten Dank aus.
Robert Schaller und Kinder.

Dankfagung.
Anlässlich des Hinscheidens meines lieben Mannes
Hermann Lange
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die vielen Kranzspenden meinen aufrichtigsten Dank. Rixdorf, den 11. Mai 1910.
2126b
Witwe Anna Lange.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines leider zu früh dahingegangenen lieben Mannes, unseres sorgsamsten Vaters, sagen wir auf diesem Wege allen unseren herzlichsten Dank.
Witwe Amalie Tiffener
nebst Kindern. 21245

Ausnahmepreise!
für die Monate Mai, Juni u. Juli.
Gersberger & Müller
Kohlengroßhandlung.
1. Lagerplatz Am Schlesienschen Güterbahnhof, Mühlentstr. 18.
Bernspr.-Kant VII 10290.
2. Lagerplatz Pallasadenstr. 95.
Bernspr.-Kant VII 4861.
Preise ab Wag von 10 Str. an:
p. Str. ca. 120 St.
a. Str. p. 1000 St.
Berndt und Salow 72 St. 6,75 M.
Mario Grube Alwin 72 St. 6,75 M.
Poley, Fiellitz und Pfäferschaft 82 St. 7,75 M.
Anhaltische Kohlenwerke 90 St. 8,50 M.
Alle 90 St. 8,50 M.
Halbsteln, prima Qualität
Bullon u. Ferdinand a Str. 70 St.
Hoye u. A. K. W. Halbat. 80 St.
Handwagen haben kostenlos zur Verfügung.
Bei größerer Abnahme verlangen Sie bitte Vorzugspreise.
Bei Anlieferung frei Haus per Str. ca. 10-20 St. mehr.

Für die anlässlich meines 25-jährigen Arbeitsjubiläums mit dargebrachten Ehrungen sage ich allen daran beteiligten Kollegen der Mt.-Ges. für Anilin-Fabrikation zu Treptow meinen herzlichsten Dank. 55082
August Lastander.

Bäckereigenossenschaft Berlin.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Sonntag, den 22. Mai 1910, mittags 2 Uhr,
bei Krone, Hegnitzer Str. 18:
Kaiserordentliche
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht.
2. Verschmelzungsfrage.
3. Verschlebung.
Der Vorstand.
Richard Linder, Ludwig Eckl.

Dr. Berthold Hirschfeld,
Dhrens, Rosen-, Galsberg,
21215 Alexanderstr. 21.

Wir empfehlen:
Griebens Reiseführer.
Bunow und Umgebung . . . 60 St.
Dresden und die sächsische Schweiz . . . 2.- M.
Erzgebirge . . . 2.- M.
Freienwalde und Oberwald . . . 60 St.
Sax (keine Ausgabe) . . . 1.- M.
(große Ausgabe) . . . 2,50 M.
Westenburg . . . 1,50 M.
Oberbayern (Salzburg, Solstammergut) . . . 3.- M.
Oberspre . . . 50 St.
Ostseebäder . . . 2.- M.
Potsdam und Umgebung . . . 50 St.
Rheureise . . . 1,50 M.
Riesengebirge (H. Ausgabe) . . . 1.- M.
(gr. Ausgabe) . . . 2,50 M.
Rügen . . . 1,50 M.
Sächsische Schweiz . . . 1.- M.
Schwarzwald (H. Ausgabe) . . . 1.- M.
(gr. Ausgabe) . . . 2,50 M.
Tirol . . . 3.- M.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

1 Mark
wöchentliche Teilzahlungen
liefern elegante fertige
Herren-Garderoben
Ersatz für Maß.
Anfert. n. Maß.
Tadellose Ausf.
Julius Fabian
Schneidernstr.
Große Frankfurterstr. 37 II
Eingang Straußberger Platz.
II. Geschäft:
Turmstr. 18
nur erste Etage,
kein Laden.



Sieben erschienen:
Deutsche Geschichte
vom
Ausgange des Mittelalters.
Ein Leitfadens für Lehrende und Lernende.
Von
Franz Mehring.
Erster Teil.
Preis 1,25 Mark.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68
Lindenstraße 69 (Laden).

Rute 8 M. an
bei **Buch**
nur 20 Pfennig
von Berlin.
Sollin & Brunnhofer, Mühlstr. 16, ob.
Restaurant Albrecht, Bahnhof Buch.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelster 14/15,
Saal 4 (Arbeitsloislenaal):
Sitzung der Ortsverwaltung.
Zur Beachtung!
Am Sonnabend, den 14. Mai, wird wegen des Pfingstfestes auf allen Bahnhöfen von 5-7 Uhr kassiert.
S. H.: Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands
Zweigverein Berlin.
Zur Beachtung für alle Mitglieder!
Wir eruchen die Mitglieder, bei Arbeitslosigkeit und bei Aussetzen der Arbeit infolge Materialmangels oder wegen ungünstiger Witterungsverhältnisse, nach wie vor sich täglich einmal zur Kontrolle zu melden, andernfalls der Streikbeitrag voll entrichtet werden muß. Die Kontrollmeldestellen sind jedem Mitgliede in dem letzten Flugblatt bekannt gegeben worden.
Am Dienstag, den 17. Mai (3. Pfingstfeiertag), an welchem in Berlin allgemein nicht gearbeitet wird, fällt auch die Kontrollmeldung aus.
Der Arbeitsnachweis der Gips- und Zementbranche ist Sonnabend, den 14. und Dienstag, den 17. Mai, geschlossen.
Die Bureaus der Organisation sind am Pfingstsonnabend **bis 5 Uhr nachm. geöffnet.**
Am Dienstag, den 17. Mai, sind alle Bureaus, wie in jedem früheren Jahre, den ganzen Tag geschlossen.
137/16*
Der Zweigvereinsvorstand.

Hut-Salinger Begründet 1873
Engros Spezialhaus für Neuheiten Export
in Filzhüten, Zylinderhüten, Chapeaux claqueos, Strohhüten
echten Panamas.
Einzelverkauf
zu sehr billigen
und streng festen Preisen.
Neue Königstr. 48, 1 Treppe, am Alexanderplatz.
Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.




Engelhardt
Caramel-Bier
Alkoholfreies Spezialbräu.
Aerisch empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährnde Mütter etc. etc.
Preis pro Flasche 10 Pfg.
Überall käuflich.
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. A.-G.
BERLIN-PANKOW.
Größte Malzbierbrauerei Deutschlands.



fordern Sie Musterbuch V



Einheitspreis für Damen und Herren M. 12,50
Luxus-Ausführung M. 16,50

Salamander
Schuhges. m. b. H., Berlin
Zentrale: Berlin W. 8, Friedrich-Strasse 182
C. König-Strasse 47
SW. Friedrich-Strasse 221
C. Rosenthaler Tor
W. Potsdamer Strasse 5
W. Tauentzien-Strasse 15
NW. Wilenacker Strasse
Ecke Turn-Strasse 4
N. Bad-Strasse 20
Spandau, Breite Strasse 30
Steglitz, Schloss-Strasse 20



ES IST IESIG!
welche Erfolge das Waren- und Möbel-Kredithaus
Kottbuser **Hugo Udo Cohn** Kottbuser
Damm 13 Damm 13
in der kurzen Zeit unter der sach- und fachkundigen
Leitung der neuen Geschäftsinhaber zu verschreiben hat.
Warum? Weil dort die 3 Grundprinzipien herrschen
Reellität, Kulanz, Diskretion!
Kredit bei kleinster Anzahlung
Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe
Manufakturwaren, Wäsche, Schuhwaren,
Möbel, Polsterwaren, kpl. Einrichtungen
Größtes Unternehmen
des Südens!
Hüte, Stöcke, Gürtel
gratis!



35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie
direkt zu Engrospreisen
in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: A. III, 5157
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - nur
eigenes Fabrikat. - Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Die teure Zeit
zwingt so manchen Herrn äußerst sparsam zu sein.
Wie kann man sparen?
Im Verleihhaus feiner Herrenmoden Leipzigerstr. 59
finden Sie elegante, von feinsten Herrschaften
nur ganz kurze Zeit getragene, vielfach auf
Seide gearbeitete Anzüge, Paletots und Hosen.
Eine Quelle des Wohlstandes
erschließt sich Ihnen, denn wirkliche Mod-
Kleidung wird Ihnen dadurch ersetzt
Abonnements-Anzüge und Paletots M. 12.- 16.- 19.-
Monats-Anzüge und Paletots M. 7.50 10.50 14.-
Verleihhaus feiner Herrenmoden
Leipzigerstr. 59, am Spittelmarkt.
Verleihung von Anzügen, Paletots und Hosen
auf Tage, Wochen, Monate.
Sonntags geöffnet von 7 1/2-10, 12-2 Uhr.
Stets großes Lager von 11 Gelegenheitskäufen 11
Anzüge und Paletots von 9.50 Mark an.

Haus Industrie und Handel.

Gewinn im norddeutschen Brauereigrößbetriebe.

Im Jahre 1891 existierten in Norddeutschland noch 7785 gewerbliche und im Betriebe befindliche Brauereien, von denen 4064 vorwiegend obergäriges Bier und 3121 vorwiegend untergäriges Bier bereiteten. Von diesen 7785 zählten 6074 von 1 M. bis zu 500 M. Brauereien — das war der Brauereigrößbetrieb — 4064 obergärige und 2010 untergärige Brauereien — dem 1111 größere Brauereibetriebe gegenüberstanden. Da die 3121 untergärigen Bier bereitenden Brauereien im Jahre 1891 schon 24 778 232 Hektoliter herstellten, so entfallen auf jede Brauerei im Durchschnitt 7939 Hektoliter. Nun haben aber die 2010 untergärigen Brauereien höchstens je 2250 Zentner Malz verbraucht, was 4500 M. Brauereiertrag hat. Rechnet man weiter, daß der Zentner 2,50 Hektoliter Bier ergab, weil diese Brauereien ihr untergäriges Bier nicht ganz so stark einbrauten wie die größeren Brauereien, so haben jene 2010 Betriebe: 2250 x 2,50 x 2010 = 11 806 250 Hektoliter untergäriges Bier hergestellt. Es verbleibt demnach für die 1111 Brauereien im Rechnungsjahre 1891 noch eine Produktion von 13 471 982 Hektoliter, oder im Durchschnitt für eine Brauerei 12 126 Hektoliter. Der Durchschnittsday im Jahre 1891 war 7939 Hektoliter, so daß jeder der 1111 Brauereien 4187 Hektoliter infolge der Vergrößerung der Zahl der Brauereibetriebe zufließen. Das macht bei 1111 Brauereien: 4187 x 1111 = 4 651 757 Hektoliter, und einen Profit von nur 8 M. pro Hektoliter vorausgesetzt, die Summe von 18 955 271 M. als Gewinn im Rechnungsjahre 1891.

Im Rechnungsjahre 1907 bestanden nur noch 2885 gewerbliche untergärige Brauereien, welche 40 197 033 Hektoliter untergäriges Bier herstellten. Nimmt man das Verhältnis der bis zu 4500 M. Brauereiertrag zählenden Brauereien wie im Jahre 1891 an, so würden von den 2885 Brauereien 1729 von 1 M. bis zu 4500 M. Brauereiertrag entfallen haben, denen 956 größere und Großbetriebe gegenüberstehen. Diese 1729 Brauereien würden 2250 x 2,50 x 1729 = 9 725 625 Hektoliter untergäriges Bier, die restierenden 956 Brauereien dagegen 30 471 408 Hektoliter hergestellt haben. Im Durchschnitt hätten auf jede der 2885 Brauereien 14 970 Hektoliter Bier entfallen müssen, es entfiel aber auf jede der 956 Brauereien im Durchschnitt 31 878 Hektoliter, d. h. ein Zuwachs von durchschnittlich 16 908 Hektoliter. Das würde bei einem Verkaufsertrag von nur 2 M. pro Hektoliter ergeben: 16 908 x 956 x 2 = 82 818 588 M. Gewinn im Jahre 1907.

Die Differenz zwischen 1891 und 1907 stellt sich auf 18 955 271 M. oder für jedes der 16 Jahre im Durchschnitt auf 1 147 704 M. Demnach ergeben sich folgende Gewinnziffern:

Table with 3 columns: Year, Profit (M.), and another column. Rows show years from 1891 to 1896 and 1907, with profit values ranging from 18,955,271 to 82,818,588.

So sieht der Kollaps der Brauerei-Großbetriebe Norddeutschlands aus!

Zur Geschäftslage in der Textilindustrie.

Der Auftragsbestand der Baumwollspinnereien und Webereien ist noch wie vor sehr unbefriedigend. In manchen Baumwollspinnereien stehen viele Hundert Spindeln still, z. B. in Leipzig 1200. Andere arbeiten nur fünf Tage in der Woche. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den Webereien. Nur aus Schlesiens wird teilweise etwas besserer Geschäftsgang gemeldet. Die Unsicherheit auf dem Rohstoffmarkt und die hohen Baumwollpreise wirken lähmend. Nach wie vor treiben Patien und Konferten ihr Spiel. So wurde am 26. April die sensationelle Nachricht verbreitet, im östlichen Tennessee, in Alabama, Georgia, Louisiana, Mississippi und Texas sei die Hälfte des Anbaues der Baumwolle durch Frost vernichtet worden. Der Schaden wurde auf 45 Millionen Pfund Sterling angegeben. Wenn man bedenkt, daß die Ausfaat der Baumwolle in den Vereinigten Staaten erst im April beginnt und sich oft bis Mitte Mai hinzieht, also damals nur ein Teil der Anbaufläche mit Samen belegt war, erkennt man das fabelhafte Spiel der Kapitalisten. Zum Ueberflus wird noch die Mär verbreitet, eine Nachpflanzung sei wegen Mangels an Samen nicht möglich.

Nicht gut beschäftigt ist anhaltend die Schafwollbranche. Die Kammgarnspinnereien in allen Teilen des Reiches arbeiten außerordentlich still. Das Jahr 1909 brachte den Unternehmern durchgehends sehr hohe Reingewinne, und das laufende Jahr verspricht das gleiche. In den Kammgarnwebereien zu Vera, Ozeiz und im Vogtlande hat das lebhafteste Treiben etwas nachgelassen, Glauchau, Meerane aber arbeitet still. Auch in der Tuch- und Buckstambenbranche, Neumünster, Grimmitzhaus, Werbaus herrscht reges Leben. In Grünberg i. Schl. müssen die Webertinnen sogar Nebenstunden machen. Als sie sich weigerten, drohte man mit der Entziehung der üblichen Jahresprämie von 15 bis 20 M. Nur in Kottbus ist der Beschäftigungsgrad sehr unbefriedigend. Schlecht steht es auch noch mit der schlesischen Strumpfwanderei, nur die besseren Qualitäten werden einigermaßen begehrt. Dagegen ist das Geschäft in der Handschuhfabrikation, in Tricotagen und Apollonier Waren recht gut zu nennen. Gut ist auch der Geschäftsgang in Rute. Die Korbwarenindustrie hat sehr durch den Kampf im Wagnis zu leiden. In den Brauereistädten hat eine ganze Anzahl der im Winter in den Textilbetrieben beschäftigten Bauarbeiter dieses Jahr das Arbeitsverhältnis in Erwartung des beginnenden Kampfes noch nicht gelöst. Sehr flott gearbeitet wird in den vogtländischen Stickerien. Der von manchen Unternehmern infolge der Lohnerrhöhung prophezeite Niedergang ist nicht eingetreten. Im Gegenteil, es ist noch besser geworden. Die Seidenstoff- und Samitbranche hat nach langer Krise wieder gute Beschäftigung. Am Niederrhein und in der Wandbranche des Wuppertales und in den Färbereien und Appreturen sind größere Aufträge zu erleben.

Banken und Großindustrie.

In der letzten Generalversammlung der Dommermarckhütte waren 10 078 Stimmen mit 6 046 800 M. Kapital vertreten, darunter u. a. Deutsche Bank mit 1 557 000 M., Pariserbank u. Co. mit 1 465 200 M., Richard Levy u. Co. mit 1 201 200 M., Diskontogesellschaft mit 898 000 M. Die Banken verfügten demnach über eine Zweidrittelmehrheit. Die Herren Kommerzienrat Verbe (Schlesischer Bankverein) und Konsul Richard Levy vertraten als Bevollmächtigte außerdem 678 000 M. bzw. 422 400 M. Aktienkapital. Somit waren über 90 Prozent des vertretenen Kapitals in Händen der Bankvertreter.

Rhein-Rhone-Kanal.

Auf einer in Mainz abgehaltenen Versammlung des Zentralverbandes für Rheinschiffahrt berichtigte Ingenieur Kuthran-Gens über das Projekt eines „Deutsch-Schweizerischen Rhein-Rhone-Kanals“. Es handelt sich um eine Schiffahrtsstraße von 820 Kilometer und zwar von Marseille bis Genf 540, von Genf bis zur Mündung in den Rhein 280 Kilometer. Der

Unterlauf der Rhone sei bereits schiffbar, stromaufwärts sei die Rhone aber nur für kleine Schiffe benutzbar und habe demgemäß nur einen mittleren Jahresverkehr von 18 000 Tonnen. Auf Schweizerischem Gebiet soll die Kanalisierung der Rhone vorgenommen werden. Es sind hierzu nötig Schleusenanlagen und die Projektierung des Schiffahrtskanals durch oder um Genf. Dieser wird in einer Breite von 9 Meter vorgesehen. Die Schleusenanlagen werden 110 Meter lang sein. Bisher seien vier Projekte entworfen worden, von denen zwei den Kanal unterirdisch durch Genf führen sollen. Der Kanal wird eine durchgehende internationale Wasserstraße von Rotterdam bis Marseille herstellen.

Lebhafter Umsatz in Wertpapieren.

Das erste Vierteljahr 1910 zeichnet sich den gleichen Perioden der Vorjahre gegenüber durch einen sehr lebhaften Umsatz in Wertpapieren aus. Die folgende Aufstellung veranschaulicht das. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer für Wertpapiere betragen:

Table with 4 columns: Month, 1907, 1908, 1909, 1910. Rows show January, February, March, and Totals. Values are in 1000 Mark.

Die diesjährige Einnahme ist weitaus die größte in den letzten vier Jahren.

Fusion. Die Leipziger Spiritfabrik A.-G., die der Spirituszentrale angeschlossen ist, und die U.-G. Union, Leipziger Preßfabriken und Kornbranntweinbrennereien, in Wockau bei Leipzig, die dem Hefesyndikat angehören, wollen eine Interessengemeinschaft eingehen. Das bedeutet eine weitere Stärkung der Spirituszentrale.

1 1/2 Millionen Mark Miete.

Die Generalversammlung des Aktien-Vereins unter den Linden in Berlin hörte von ihrem Vorstände die Mitteilung, daß sich für die nächsten Jahre steigende Erträge erwarten ließen. Die Gesellschaft besitzt in Berlin in der Hauptstraße zwei Grundstücke, eins unter den Linden, das nach der Behrensstraße durchgeht und das Metropol-Theater beherbergt, und ein anderes an der Leipziger Straße am Dönhofsplatz, das zum großen Geschäftshaus eingerichtet worden ist. Dieses war bisher an die Firma Franz Sonntag vermietet, die dann aber zusammenbrach. Jetzt hat Wolf Wertheim, der jüngste der Brüder Wertheim, die Räume dieses Hauses gemietet und dort ein Warenhaus eingerichtet. Die Gesellschaft erzielt jetzt jährlich insgesamt 1 800 000 M. an Mieten. Wenn der jetzige Vertrag mit dem Metropol-Theater abläuft, so erhöht sich diese Summe noch um 400 000 M. für das Jahr 1909 erhalten die Aktionäre 8 Proz. Dividende.

Des Stahltruffs mildes Herz.

Der Stahltruff (United States Steel Corporation) wird selbstverständlich ob seiner Hochherzigkeit von den kapitalistischen Organen der Vereinigten Staaten über den grünen Alex gepriesen. Aus freien Stücken, so wird betont, hat er die Löhne seiner rund 280 000 Arbeiter erhöht. Nebenbei bemerkt, beträgt die Aufbesserung durchschnittlich ganze 18 Cent pro Kopf und Arbeitstag. Pro Jahr macht die Lohnerrhöhung insgesamt neun Millionen Dollar aus. Eine große Summe und doch herzlich wenig!

Erst kürzlich noch hat die United States Steel Corporation die Vierteljahresdividende auf ihre Stammaktien im Nennwerte von rund 500 Millionen Dollar von einem auf fünfviertel Prozent erhöht. Das gibt eine Jahresdividende von fünf Prozent.

Auf die „nur“ fünfprozentige Jahresdividende weisen diejenigen hin, welche das Bedürfnis fühlen, das vom Stahltruff durch die Lohnaufbesserung bedingte Wohlfühlen gegen die Arbeiter besonders zu unterstreichen. Im Gegensatz zu den Vorzugsaktien wurden die Stammaktien bei der Gründung des Stahltruffs unentgeltlich an die Gründer verteilt. Die profitierenden Papiere kosteten also keinen Cent; sie stellen demnach auch gar kein angelegtes Kapital dar. Die Aktionäre erhalten ihre Jahresgewinne selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus für nichts.

In den letzten Jahren war der Aufschwung des Truffs zu einem wesentlichen Teil auf den hohen Schußholl auf Rohstoffe und Fabrikate der Eisen- und Stahlindustrie zurückzuführen. Das Schußhollsystem ist aber auch hauptsächlich für die exorbitante Steuerungsverantwortlich. In keinem Berufe hat die Steigerung der Löhne, soweit eine solche in den letzten Jahren überhaupt eintrat, mit derjenigen der Kosten der Lebenshaltung auch nur annähernd gleichen Schritt gehalten. Auch die für das Zustandekommen des Wahnsinnigen Dollartarifs in erster Linie verantwortliche republikanische Partei ist nicht etwa über die unerhörte, sich noch fortgesetzt verschärfende Steuerung, wohl aber die sich allenthalben kundgebende tiefe Unzufriedenheit der großen Mehrzahl der Bevölkerung.

Die Ratslosigkeit der herrschenden Gewalten wird so recht illustriert durch einen Vorschlag O Mallens, des Generalanwalts des Staates New York, der in einem der Legislativ (gesetzgebende) einzelstaatliche Körperschaften) unterbreiteten Bericht die staatliche Regelung der Lebensmittelpreise oder doch wenigstens die gesetzliche Festsetzung eines im Handel mit notwendigen Bedarfsartikeln zulässigen Höchstgewinnes befürwortet. Man sucht nach einer Formel, den aufziehenden Sturm zu beschwören: kann aber das Mittel nicht finden.

Der Stahltruff geht in der Bekämpfung der Unzufriedenheit seiner Arbeiter seinen eigenen Weg; er sucht zwei Fliegen mit einer Klappe zu erschlagen. Er erhöht freiwillig die Löhne, die bei der Mehrzahl seiner Arbeiter so niedrig sind, daß auch diese bedürfnislosen, gewerkschaftlich nicht organisierten Leute sich über kurz oder lang, vom Hunger getrieben, gegen die erbärmliche Entlohnung aufbäumen müßten. Solche aus der Verzweiflung geborenen Ausfälle haben schon mehrfach zur Gründung von Gewerkschaften geführt, mit welchen die Unternehmer sich abfinden mußten. Das bekannteste Beispiel dieser Art bieten die Waggonwerke der Pressed Steel Car Co. in Westons Nock bei Pittsburg. Einer Gewerkschaft mühte der Stahltruff schließlich erhebliche Zugeständnisse machen. Daher dünkte es ihm billiger und praktischer, seinen Arbeitern durch eine „aus freien Stücken“ gewährte, unter allen Umständen unvermeidliche Lohnerrhöhung darzutun, wie überflüssig die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen ist.

Neun Millionen Dollar machen die von der United States Steel Corporation gewährten Lohnzulagen im Jahr aus. Der Reingewinn der Gesellschaft stellte sich 1909 auf mehr als 130 Millionen Dollar, in dem ersten Vierteljahr 1910 auf über 37 1/2 Millionen Dollar, d. h. fast 15 Millionen Dollar mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Für das laufende Jahr rechnet man auf einen Profit von mindestens 160 Millionen Dollar. Davon würden wenigstens 25 Millionen Dollar als Dividenden auf die Stammaktien entfallen, welche, wie schon oben erwähnt, den Gründern des Stahltruffs geschenkt wurden!

Gaufenweise wird aus dem Schwelge der Lohnslaven das gleiche Dividendenbrot gemünzt. Einen Pottelbrotchen, den die Couponabschneider in Klug, egoistischer Verrechnung den Schöpfern der riesigen Reichtümer vorwerfen, nennt man ein „hochherziges Geschenk!“ Und der es hergibt, ist der Stahltruff; derselbe Stahltruff, der, wie im Repräsentantenhaufe von Mainz festgesetzt wurde, die mit den amerikanischen Verhältnissen völlig unbedeutenden, der Landessprache unkundigen Einwanderer aus den kulturell rückständigsten Ländern sofort bei ihrer Landung auf

amerikanischem Boden durch besondere, bezahlte Agenten zu Hungerlöhnen anwerben läßt; derselbe Stahltruff, der in der gegenwärtigen Session des Kongresses durch den Repräsentanten Gardner in einer Kommission einen Antrag begraben ließ, nach dessen Bestimmungen bei allen im Auftrage der Vereinigten Staaten, sei es auch durch Privatunternehmer, ausgeführten Arbeiten nicht länger als acht Stunden täglich gearbeitet werden sollte.

Den zum Stahltruff gehörigen Schwabischen Stahlwerken zu Weiskirchen sind Lieferungen für die Kriegsstätte übertragen, wie im Gegensatz zu den Ablehnungen des Regierungsvertreter, General Crozier, in einer Kommission des Repräsentantenhauses, unüberleglich festgestellt wurde.

Ausgeblasen. Wie das Fachblatt „Iron Age“ schreibt, zeigt sich im amerikanischen Eisenexportgeschäft keine Lebhaftigkeit, während der Stahltruff ständig weiter die Produktion einschränkt. Seit dem 1. Mai sind vier Hochöfen ausgeblasen worden, das Stilllegen weiterer Hochöfen wird erwartet.

Syndikatsverträge.

Die süddeutschen Ziegeleibesitzer haben in Stuttgart eine zentrale Ziegeleiverkaufsstelle errichtet. Alle von den Mitgliedern hergestellten Steine werden durch die Verkaufsstelle vertrieben. Damit ist natürlich die Grundlage und Möglichkeit einer „einheitlichen“ Preispolitik geschaffen. Die Verpflichtung, alle Steine durch die Verkaufsstelle zu betreiben, geht nach dem Syndikatsvertrag auch auf den eventuellen Erwerb einer dem Bunde angehöriger Ziegelei über. § 20 dieses Syndikatsvertrages bestimmt, daß der Verkäufer einer Ziegelei bei einer Vertragsstrafe von 5 Mark für das tausend Stück Steine — nach der Jahresproduktion berechnet — dem Käufer seines Wertes die Pflicht aufzulegen hat, der Syndikatsverkaufsvereinigung beizutreten. Kürzlich verkaufte nun ein dem Syndikat angehöriger Ziegeleibesitzer seine Ziegelei, die 1 1/2 Millionen Steine jährlich produziert, an einen Kaufmann, der selbst schon 8 Millionen Steine herstellte. Der Kaufmann trat in die Verkaufsvereinigung ein, aber nur mit der Produktion von 1 1/2 Millionen Steinen aus dem gekauften Werke. Die Syndikatsherren versetzten nun auf den schlauen Gedanken, den Verkäufer der Syndikatsziegelei auf Veranlassung der noch § 20 ausgemachten Konventionalstrafe — zirka 8000 M. — zu verklagen, weil der Käufer nicht auch mit seinem alten Werke der Vereinigung beitrug.

In allen Kaliforniasyndikatsverträge hatte man für gewisse Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des Vertrages Strafen festgelegt, die bis zu 300 000 M. lauteten.

Kürzlich brachte eine bekannte Bankzeitung einen Bericht über die Verhandlungen zum Ausdruck, leider ohne Nennung der Namen. Er lautet:

An den ... Verband, Ich beauftrage Ihnen hierdurch den Empfang Ihrer neuen Preisliste nebst Begleitbriefen und gebe hierdurch die verpflichtende Erklärung ab, daß ich sämtliche in den Listen enthaltenen Ausschüttungssätze unter den mir bekannten Preisen und Bedingungen ausschließlich den Konventionenmitgliedern für das Jahr ... zur Bearbeitung überweisen werde. Achtungsvoll

Abnehmer werden verpflichtet, sich völlig in die Hände irgend-einer wirtschaftlichen Organisation zu geben. Und das entrüsst sich über Terrorismus der Arbeiter!

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Stadtvorordnetenversammlung. Zu dem am 6. und 7. Juni in Landsberg a. W. stattfindenden 88. Brandenburgischen Städtetag wurden, wie in den letzten Jahren, sechs Stadtvorordnete delegiert, unter ihnen von unseren Genossen Stadt, Girch.

Einer Vorlage betreffs Kanalisierung von Straßen auf Westend, welche 580 000 M. für diesen Zweck vorsieht, wurde trotz der erheblichen Ausgabe ohne Ausschüttung zugestimmt, damit mit den sehr umfangreichen Vorarbeiten — für die betreffenden Straßenzüge muß erst eine Vorflut geschaffen werden — möglichst bald begonnen werden kann.

Für die Benutzung des gegenwärtig in der Herstellung begriffenen Städtelplatzes am Spreedock, auf dem der Betrieb im Monat September voraussichtlich wird aufgenommen werden können, legte der Magistrat einen Tarif vor, dessen geringe Höhe allgemeine Zustimmung fanden. Der Magistrat verlangte aber zugleich die Ermächtigung, die Tariffälle nach den Erfordernissen des Betriebes abändern zu können. Diese Ermächtigung wurde verweigert. In der Debatte erkannten die verschiedenen Redner zwar an, daß der vorgelegte Tarif nur ein Provisorium sein könne, weil der Magistrat naturgemäß erst während des Betriebes Erfahrungen sammeln müsse; aber bei dem großen Interesse, das weite Kreise der Bürgerschaft an der Benutzung des Städtelplatzes und an dem Tarif haben, sei es nicht erwünscht, die Mitwirkung der Stadtvorordnetenversammlung an der Gestaltung des Tariffes auszuschließen.

Eine sehr wichtige Vorlage war die betreffs der Erteilung der Zustimmung an die Hochbahngesellschaft zum Bau der Untergrundbahn nach dem Gleisdreieck, dem Rixdörfer Platz und dem Kurfürstendamm, über die wir inhaftlich bereits vor einigen Tagen berichtet haben. Zur näheren Beratung der Einzelheiten wurde die Vorlage einem Ausschuss überwiesen, dem von unseren Genossen die Stadtv, Hill und Kild angehören. Der Stadtv, Dr. Stadthagen und Genossen (Unpol.) richtete folgende Anfrage an den Magistrat: „Aus welchen Gründen hat eine Einrichtung des Spielplatzes auf Westend bisher noch nicht stattgefunden, und bis zu welchem Zeitpunkt gedenkt der Magistrat den Spielplatz einzurichten?“

Bürgermeister Rattig betonte, der Magistrat habe bisher die Einrichtung verzögert, weil er die Erwerbung eines größeren Spielplatzes im Grunewald in Aussicht genommen hat. Leider liegen die Verhandlungen hierüber noch auf demselben Nief wie vor einem Jahre, weil von der königlichen Regierung in Potsdam unangemessen hohe Preise verlangt werden. Deshalb sind die Arbeiten zur Herstellung des Westender Spielplatzes bereits in die Wege geleitet. Von der letzten Erklärung nahm die Versammlung mit Befriedigung Kenntnis.

Es folgte der Bericht des Ausschusses über die Vorlage betreffs Entsendung von Magistratsmitgliedern und Beamten zur Weltausstellung in Brüssel. Der Magistrat hatte um die Zustimmung der Entsendung von drei Magistratsmitgliedern und vier oberen Beamten gebittet. Der Ausschuss empfahl nur die Mittel für die Entsendung zweier Magistratsmitglieder und dreier oberen Beamten zu bewilligen, und der Stadtv, Bergmann (liberal) beantragte, sogar nur 2 Magistratsmitglieder zu entsenden. Genosse Fietz geißelte in treffenden Ausführungen den überaus feindseligen Standpunkt, den die Mehrheit der Liberalen unter Führung des Stadtv, Bergmann einnahm, und wies auf die große Bedeutung hin, die der Besuch solcher Ausstellungen hat. Am richtigsten wäre es, die Delegation nach Brüssel auf eine breitere Grundlage zu stellen. Wenn man das nicht wolle, so sei der Ausschuh Antrag das Minimum dessen, was bewilligt werden müsse.

Stadtv, Dr. Trüger (liberal) erkannte an, daß der weitere Nief bei den Sozialdemokraten zu finden sei, nicht bei seinen Freunden, und erklärte durch die Ausführungen von Fietz dem Nief gefunden zu haben, die Wiederherstellung der ursprünglichen Magistratsvorlage zu beantragen. Aber das Gros der Liberalen

Stimmte nicht nur diesen Antrag, sondern auch den des Ausschusses nieder, so daß Herr Bergmann über die einsichtigeren Elemente seiner Partei einen vollständigen Sieg errang.

Kunmehr folgte der Bericht des Ausschusses über die Vorlage betreffs Ortstatut über die Zahl der Stadtverordneten. Nach der Städteordnung ist die Zahl der Stadtverordneten um je 6 zu vermehren, wenn die Einwohnerzahl um 50 000 wächst. Für Charlottenburg hätte die Zahl schon seit einigen Jahren von 72 auf 78 vermehrt werden müssen. Durch künstliche Auslegung der Bestimmung der Städteordnung hat man sich dieser Verpflichtung bisher noch entzogen, und als unsere Genossen die Erfüllung des Gesetzes verlangten, wurde von liberaler Seite die Schaffung eines Ortstatuts angeregt, durch welches die Zahl der Stadtverordneten ein für allemal festgesetzt werden soll. Im April d. J. legte der Magistrat den Entwurf eines solchen Statuts vor, wonach die Zahl der Stadtverordneten auf 72 beschränkt bleiben soll, bis die Einwohnerzahl auf 400 000 gestiegen ist; dann soll sie auf 90 erhöht werden und damit endgültig begrenzt sein. Demgegenüber empfahl der Ausschuss, vom 1. Januar 1912 ab die Zahl auf 78 zu vermehren und dann jeweils um 6, sobald die Bevölkerungsziffer gegenüber einer Grundzahl von 300 000 Einwohnern eine Erhöhung um volle 50 000 aufweist, aber nur bis zur Höchstzahl von 90. Genosse Dr. Vorcharadt wies darauf hin, daß die Schaffung eines Ortstatuts vollkommen unnötig sei, da sich irgend welche Nebenstände haben nicht aus einer zu großen Zahl der Stadtverordneten ergeben können, sondern lediglich aus einer zu geringen Zahl, und dies werde auch in den nächsten Jahrzehnten so bleiben. Deshalb sei es ganz unangebracht, der natürlichen Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten eine künstliche Grenze zu setzen. Es komme hinzu, daß, wenn einmal diese Grenze erreicht ist, eine Neueinteilung der Bezirke erfahrungsgemäß sehr schwer durchzuführen sei, und dies bedinge dann eine Entrechtung der Bevölkerung, die sich in den neu anwachsenden Stadtteilen anstedeln, gegenüber der in den alten Stadtteilen wohnenden Einwohnerschaft.

Auch Stadtv. Dr. Stadthagen (Unpol.) erkannte an, daß die Zahl der Stadtverordneten gegenwärtig nicht genügt, um ohne Ueberlastung der einzelnen die Aufgaben der Kommune sachgemäß zu erledigen, und beantragte, die erste Erhöhung zum Januar 1912 auf wenigstens 84 festzusetzen. Die liberale Mehrheit, die sich ja kurz vorher so schön als Stimmvieh bewährt hatte, erwies sich jedoch auch hier vernünftigen Erwägungen unzulänglich und stimmte dem Ausschussantrage zu.

Damit war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt, doch beantragte Genosse Dr. Vorcharadt, den ersten Punkt der Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung auch öffentlich zu verhandeln. Es handelt sich um die Petition eines Streckenwärters bei der hiesigen Kanalisation, der nach fast 20jähriger Dienstzeit und beinahe 70jährig, pensioniert ist und darum bittet, ihm seine Invalidenrente nicht auf die Pension anzurechnen. Diese Petition ist seinerzeit öffentlich verhandelt worden und wurde dem Magistrat zur wohlwollenden Erwägung überwiesen. Die ablehnende Antwort des Magistrats hielten unsere Genossen für angebracht, ebenfalls öffentlich zu verhandeln. Die Mehrheit lehnte dies jedoch ab. In der Sache selbst wurde der Magistrat nochmals ersucht, das Vorliegen eines außerordentlichen Falles anzunehmen, der ein Abweichen von den Grundregeln des Ortstatuts, das ein Anrechnen der Invalidenrente verlangt, rechtfertigt.

Groß-Lichterfelde.

Der gefährliche Schnübergang an der Wilhelmstraße wird endlich beseitigt. Die Gemeindevertretung hatte sich in ihrer jüngsten Sitzung mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Von allen den Nebenübergängen über die Bahn in der Nähe der Reichshauptstadt ist zweifellos der in Groß-Lichterfelde mit dem gewaltigen Verkehr der Anhalter Bahn der gefährlichste und unter Umständen für Leben und Gesundheit der Passagiere sowohl wie der Ortseinswohner verhängnisvollste. Bei der raschen Bevölkerungszunahme im östlichen Ortsteile hat sich der Verkehr auf der über die Schienen führenden Straße in einem Maße gesteigert, daß nun selbst bei dem Eisenbahnminister sich das Gewissen etwas zu regen begann bei dem Gedanken, daß bei den dort bestehenden und nun unhaltbar gewordenen Zuständen über kurz oder lang sich doch ein großes Unglück ereignen könne. Der Eisenbahnsiskus hat neuerdings mit der Gemeinde verhandelt und mit ihr ein Abkommen getroffen, über das der Schöffe Dr. Domino berichtete. Er führte aus, daß bei den früheren Verhandlungen der Eisenbahnsiskus zunächst für die Höherlegung der Bahn beziehungsweise Unterführung der Straße einen Zuschuß von 173 000 M. verlangte. Die Gemeinde habe auch die Weiterführung des Vorortverkehrs auf der Anhalter Strecke bis

Lichterfelde-Süd gewünscht. Die Kosten dafür seien auf 2 Millionen veranschlagt und von der Gemeinde ein Betriebszuschuß von 60 000 Mark pro Jahr verlangt worden. Auf diese Bedingungen hätte die Gemeinde nicht eingehen können. Inzwischen seien die vielen Petitionen um Beseitigung des gefährlichen Bahnüberganges zu einem dicken Aktenstück angewachsen. Auch die Gemeinde habe ein großes Interesse an der Beseitigung dieses Verkehrshindernisses infolge der Ausschließung des noch brach liegenden Geländes im östlichen Ortsteile. Die neuerlichen Verhandlungen mit dem Eisenbahnsiskus hätten nun endlich zu einem Resultat geführt, indem derselbe seine Ansprüche wesentlich reduzierte. Danach solle die Gemeinde an den Fiskus bar 100 000 M. zahlen, die Kosten der erforderlichen Straßenregulierung und die allenfallsigen Entschädigungsansprüche der Anlieger übernehmen. Die Kosten der Straßenregulierung würden sich auf circa 38 000 M. belaufen, zu denen jedoch der Kreis, da es sich im wesentlichen um dessen Straßen handle, einen erheblichen Zuschuß leisten. Gemeindevorsteher Jörn fand die von der Gemeinde zu zahlende Summe hoch; nach seiner Meinung habe einzig und allein der Eisenbahnsiskus die Pflicht zur Beseitigung des gefährlichen Zustandes. Im Interesse der endlichen Erledigung der Angelegenheit stimmte er jedoch der Vorlage zu. Im übrigen verlangte Redner einen besseren Schutz beim Bahnübergang an der Esdorfer und Marienfelder Straße. Gemeindevorsteher Meyer wünscht erst die Verhandlungen mit dem Kreis wegen der Kosten der Regulierung der Straßen beendet zu sehen, ehe bindende Beschlüsse wegen des Zuschusses an den Eisenbahnsiskus gefaßt werden. Dem widersprachen Gemeindevorsteher Schulz, der in sichere Aussicht stellte, daß der Kreis ohne Zweifel einen erheblichen Teil der Regulierungskosten übernehmen werde und Schöffe Dr. Domino, der ein Hinausschieben der Angelegenheit weder als möglich noch als wünschenswert bezeichnete. Der Eisenbahnsiskus wolle innerhalb vier Wochen definitive Bescheid und in dieser Zeit könnten die Verhandlungen mit dem Kreis nicht erledigt sein. Auch die Gemeinde habe eine moralische Verpflichtung, ihr Möglichstes zur Beseitigung des gemeingefährlichen Ueberganges beizutragen, abgesehen von den wirtschaftlichen Vorteilen, die ihr aus dieser Beseitigung erwachsen. Daraufhin wurde die Vorlage einstimmig angenommen. Die übrigen Punkte der Tagesordnung boten kein besonderes öffentliches Interesse.

Adlershof.

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde endlich die Beratung der Arbeitsordnung für die Gemeindegewerkschaften vorgenommen. Unsere Vertreter gaben sich die größte Mühe, die Rückständigkeit, welche dem Entwurfe noch anhafteten, auszumergen. Der Antrag unserer Genossen, die Arbeitszeit auf 8 Stunden zu normieren, erlitt den bestmöglichen Widerstand des Gemeindevorstehers, welcher hierbei die Drohung aussprach, event. von seinem Einspruchsrecht Gebrauch machen zu wollen, da nach seiner Meinung durch einen derartigen Beschluß die Gemeindegewerkschaften schwer verletzt würden. Um die ganze Ordnung, die in verschiedenster Hinsicht den Gemeindegewerkschaften bedeutende Vorteile gegenüber dem bisherigen Zustande bringt, nicht an dieser Frage scheitern zu lassen, wurde von unseren Genossen der Antrag auf zehnstündige Arbeitszeit einschließlich der Frühstück- und Vesperpause von je 20 Minuten gestellt und auch angenommen. Von besonderer Wichtigkeit und neu für die Gemeindegewerkschaft ist auch die Bestimmung, daß den Arbeitern im Falle der Erkrankung bis zu 26 Wochen die Hälfte des Lohnes neben den Leistungen der Krankenkasse gezahlt wird. Dasselbe gilt auch, wenn Arbeiter auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes Unterstützungen beziehen. Die Vorlage wollte die Gewährung vorstehender Vergünstigung nur in Höhe eines Viertels von Lohn und nur Arbeitern gewähren, welche mindestens ein Jahr beschäftigt sind. Dem Gemeindevorsteher sollte aber das Recht zustehen, in Fällen kürzerer Arbeitsdauer nach seinem Ermessen die Vergünstigungen gewähren zu können. Auch hier wurden unsere weitergehenden Anträge angenommen. Während die Vorlage einen achtstündigen Urlaub nach fünfjähriger Beschäftigungsdauer gewähren wollte, wird auch auf Antrag unserer Genossen nach einjähriger Beschäftigung ein dreitägiger Urlaub gewährt, welcher je nach der Beschäftigungsdauer bis zu 14 Tagen steigt. Der Anfangslohn der ständigen Arbeiter wurde auf 25 M., steigend von zwei zu zwei Jahren von 1 M. bis zu 30 M. festgesetzt. Ueberstunden werden mit 20 Proz. und Nachtarbeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens mit 50 Proz. vergütet. Betreffend der Aufstellung von Urnen auf den Grabhügeln des Gemeindefriedhofes ist nunmehr die Genehmigung der Regierung eingegangen.

Nowawes.

Die Festsetzung des Wahlmodus für das hier zu errichtende Gewerbegericht beschäftigte die letzte Gemeindevertretersitzung. Nach

dem Beschluß der Vertretung vom 12. Januar war für dieses Gericht die einfache Mehrheitswahl vorgesehen. Von einigen Vereinen sind nun bei dem Gemeindevorstand Petitionen eingegangen, welche um die Einführung des Proportionalwahlsystems eruchen. Die Gewerbegerichts-Kommission empfahl, die Petitionen zu berücksichtigen und schlug die Anwendung der Verhältniswahl unter Benützung des vereinigten Systems der gebundenen und verbundenen Listen nach Berliner Muster vor, welchem Antrage die Vertretung debattelos zustimmte. Das Gewerbegericht wird voraussichtlich am 1. Oktober in Wirksamkeit treten. — Dem Antrag der Gemeinde auf Abschluß eines Vertrages mit dem fiskalischen Vertreter betreffend den Erwerb der Dorfaue (Friedrichsstraße) zum Preise von 1 Pf. pro Quadratmeter gab die Vertretung ihre Zustimmung. — Die Armen-deputation beantragte eine Aenderung ihrer Geschäftsordnung dahingehend, die Sitzungen der Deputation anstatt jeden ersten Montag jeden ersten Donnerstag im Monat stattfinden zu lassen; die Vertretung beschloß demgemäß. — Zur Ausführung der Bestimmungen des Ortstatuts gegen die Verunstaltung von Straßen und Plätzen wurde eine Sachverständigenkommission gewählt, bestehend aus dem Schöffen Richter, den Vertretern Vobach, Röhl und Reumann sowie mit beratender Stimme Baumeister Kluge. — Die neu anzulegende Verbindungsstraße zwischen der Regom- und Schornhorststraße soll den Namen Anhalterstraße erhalten. — Da die Gehälter der Lehrerinnen an der höheren Mädchenschule nicht den geltenden ministeriellen Vorschriften entsprechen, wurden dieselben geändert und das Grundgehalt für die wissenschaftlichen und Zeichenlehrerinnen auf 1630 M., für Handarbeits- und Turnlehrerinnen auf 1230 M. festgesetzt.

Die Erwerbung der in der Gemeinde gelegenen fiskalischen Grundstücke bildet seit Jahren einen ständigen Beratungsgegenstand der Gemeindeverwaltung; da Nowawes ursprünglich auf fiskalischem Grund und Boden errichtet worden ist und das Streben der Gemeinde nach möglicher Selbstständigkeit erst in dem letzten Jahrzehnt stärker hervorgetreten ist, verursacht es bei dem Bureaokratismus der preussischen Behörden außerordentliche Schwierigkeiten, dem gewünschten Ziele näherzukommen. Der Erwerb der fiskalischen Grundstücke ist aber trotz der damit auch verbundenen finanziellen Aufwendungen seitens der Gemeinde notwendig, um der Gemeindeverwaltung betreffs der Verwertung und Bebauung dieser Gelände mehr Bewegungsfreiheit zu verschaffen. Bis auf einige Provinzialstraßen und den Friedrichsplatz, der früher die sogenannte „Dorfaue“ bildete, ist es der Gemeinde auch gelungen, das Gelände des Ortes in ihr Eigentum zu bringen. Seit einiger Zeit schweben nun zwischen der Regierung und der Gemeindeverwaltung Verhandlungen betreffs Ueberlassung des auf Kosten der Gemeinde neu regulierten Friedrichsplatzes als Ortseigentum. Obwohl sich der Fiskus seit langen Zeiten nicht um dieses Terrain gekümmert und auch keine Aufwendungen für dasselbe gemacht hat, verlangt er von der Gemeinde einen Kaufpreis von über 500 M. für das Terrain. Die Finanzkommission der Gemeindevertretung mußte sich nach Lage der Sache mit dieser Bedingung einverstanden erklären, da eine kostenfreie Erwerbung des Platzes nicht zu erhoffen ist und durch den Erwerb des genannten Terrains auch das Grundstück, auf welchem sich die frühere Weberschule, in deren Räumen jetzt die Fortbildungsschule untergebracht ist, befindet und für welches die Gemeinde jetzt circa 200 M. Amortisationskosten jährlich zahlen muß, in Gemeindeigentum übergeht. Mit der Erwerbung des Platzes wird auch das letzte fiskalische Grundstück innerhalb der Gemeinde in den Besitz derselben übergehen. Zur völligen Selbständigmachung der Gemeinde blieb nur noch die Uebernahme einiger Provinzialstraßen übrig, mit welchem Projekte sich bereits eine der letzten Gemeindevertretersitzungen beschäftigte. Die Vertretung kam jedoch zu einem ablehnenden Beschluß, da die daran geknüpften Bedingungen eine zu hohe finanzielle Belastung der Gemeinde im Gefolge gehabt hätte. In Betracht der schlechten Finanzlage des Ortes beschloß man, die Sache zu vertagen.

Eingegangene Druckschriften.

Die neue Generation. 4. Heft. Zeitschrift für Mutter- und Sexualreform. Herausgegeben von Dr. Helene Stöcker. 50 Pf. Desterfeld u. Co., Berlin W. 15.
Reclams Universal-Bibliothek. 5181, 5182. Porträlgalerie aus Lamprecht deutscher Sprache. Von Dr. G. J. Helmolt. — 5183. Romet und Erde. Von Camillo Mammari. — 5184. Alessandro Stradella. Oper von B. Friedrich. — 5185. Detektiv Dagoberts Taten und Abenteuer. Von Balduin Grollier. II. Band. — 5186. Im Dales. Roman von R. Müller. — 5187. Die Stangenjäger. Von G. J. Gerhard. — 5188—5190. Licht und Farbe. Von R. Geigel. Einzelnummer 20 Pf. H. Reclam, Leipzig.

Bekanntmachung!

Auf vielseitigen Wunsch unserer im Südosten wohnenden Kundschaft haben wir uns entschlossen, ein **Zweiggeschäft** in diesem Stadtteile zu errichten, welches wir mit dem heutigen Tage

Waldemarstr. 36
Ecke Elisabethufer 46

eröffnet haben. Wir weisen darauf hin, daß in diesem Zweiggeschäft unsere **Originalwaren zu Originalpreisen** zum Verkauf gelangen und bitten um geneigtes Wohlwollen.

Hochachtungsvoll

Weinvertriebsgesellschaft v. Malottki

G. b. b. H.

Kontor und Lager: Auguststraße 60.

16jähriges Geschäftsbestehen.

Tuche u. Maß-Anzüge

fertige Herren- und Knabensachen kaufen Sie am billigsten bei der Tuchgesellschaft Kottbuser Damm 16/17. Unser Bestreben ist es, jeden Zwischenhandel auszuscheiden und Tuche wie fertige Anzüge dem Publikum direkt zu äußerst billigen Preisen abzugeben. Maßanzüge — vornehmster Sitz wird garantiert — M. 32,00—85,00, fertige sehr elegante Herrenanzüge M. 25,00, Burschen- 6,50, Knaben- 1,25 an. Paletots auf Seide, sehr elegant, M. 37,50, Ulster M. 16,50, Fantasiwesten M. 2,20. Elegante Sonntagsjose M. 6,00. Stoff zum Anzug M. 5,00, zur Hose M. 2,25 an. Großes Lager in Original englischen Stoffen sehr billig. — Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Tuchgesellschaft Kottbuser Damm 16-17.

Vorzeiger dieses Inserats 5 Prozent Rabatt.

Restaurant Paradiesgarten, Birkenwerder, neu renoviert, am See gelegen, empfehle ich allen werten Vereinen und Sommerausflüglern für Vergnügungen. Für Speisen und Getränke sowie saubere, freundliche Bedienung wird bestens gesorgt. Karl Songbusch.

Größtes Kindergarderobe-Spezialhaus des Ostens.
Enorme Auswahl von ganz reizenden **Wasch-, Stickerei- u. wollenen Kleidchen** in Baby- bis Pachtisch-Größe, sowie sehr geschmackvoll.
Wasch- und wollenen Anzügen vom einfachsten bis zum elegantesten Genre.
Ueberaus reichhaltiges Lager in eleganten **Mädchen-Jaketts und Knaben-Paletots, Reizendsten Mädchen- und Wägen für Knaben und Mädchen.**
Eigene Anfertigung sehr und in den Stand, ein reelles, sehr **billig** zu liefern. **C. & A. Wendt, Große Frankfurter Straße 118.**

Hühner, junge, beste Leget, 2/3 M., sofort feststehende Brutputen, Brut-eier hochedeller Rassen, empfiehlt unter Garantie für Reellität **Wegner, Berlin SO., Mariannenstraße 34.**

Neu eröffnet! **Neu eröffnet!**
Frankfurter Allee 193, Kronprinzenstraßen-Ecke.
2. Geschäft: Konfektions-Haus Leo Wolff.
Elegante Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß, vom einfachsten bis zum elegantesten Genre, auch für sehr schlanke und korpolente Herren in großer Auswahl am Lager. **Streng reelle sachgemäße Bedienung zugesichert,** wovon sich jeder ohne Kaufzwang gef. überzeugen kann.
Großes Lager dauerhafter Arbeiter- und Berufskleidung zu sehr billigen Preisen.
1. Geschäft: Rigaer Straße 1, am Ballanplatz. Gegr. 1897.
Abonnenten dieses Blattes erhalten beim Vorzeigen dieses Inserats 5 Proz. Rabatt u. ein schönes Eröffnungs-Andenken.

Lützower Str. 5a

am Rathaus.
Schweinehäuten u. Schulter Pfd. 75 Pf.
Bausch, Rückenfell u. Nieren . . . 70
Kaffeler . . . Pfd. 85 u. 90
Schmorfleisch . . . Pfd. 80
Kalb- u. Hammelfleisch . . . 90
Gerelatmurst . . . 100
Berl. Rot- u. Leberwurst . . . 50
5 Pfd. gemischte Wurst à Pfd. 80 u. 90
Thüring. Pfingst-Knackmurst Pfd. 90

Normalwäsche

für **Damen u. Herren.**

Margarete Dietrich

Berlin O., **Mirbachstr. 25,**

Eingang Samariterstraße.

Hüte

in allen Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher,
Prinzenstr. 57, Dresden Str.
Nabefeld wird vergütet.

Berlin-Lichtenberg Kohlenvertrieb „Glückauf“
Güterbahnhof Frankfurter Allee.
Ausnahme-Preise
vom 1. Mai bis 31. Juli von 10 Zentner an ab Platz in nur prima Marken.
Beste Vulkan Halbstein-Briketts p. Ztr. M. 0,70,
Heye „ „ „ „ „ 0,80,
Prima Ferdinand Salon- „ „ „ „ 0,72, 1000 Stück 6,75
Anker „ „ „ „ „ 0,82, 1000 „ 7,75
„ Anh. Kohlenw. „ „ „ „ 0,90, 1000 „ 8,50
„ Ilae „ „ „ „ „ 0,90, 1000 „ 8,50
„ Brikettbruch, Steinkohlen und Koks billigst.
Handwagen zur Verfügung.